

Integrationsbericht

für die Landeshauptstadt Wiesbaden

2014



Amt für Zuwanderung
und Integration

Impressum

- Herausgeber:** Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden
Amt für Zuwanderung und Integration
Alcide-de-Gasperi-Str. 2, 65197 Wiesbaden
Tel.: 0611/31 4428
E-Mail: integration@wiesbaden.de
- Umschlagsgestaltung:** Oli von der Heidt, olistyle.de
- Druck:** Druckcenter der Landeshauptstadt Wiesbaden
- Stand:** Dezember 2017

Integrationsbericht 2014

Amt für Zuwanderung und Integration
Integrationsabteilung -3302-
integration@wiesbaden.de

Inhalt

	Seite
1	Zu diesem Bericht 4
2	Stand der Integration 4
2.1	Das Wiesbadener Monitoring 4
2.2	Migrantinnen und Migranten in Wiesbaden 9
	Indikatoren zur strukturellen Integration 18
	Rechtliche Integration 18
	Integration in das Bildungssystem 22
	Integration in den Arbeitsmarkt 33
	Integration in den Wohnungsmarkt 46
	Indikatoren zur kulturellen Integration 51
	Indikatoren zur sozialen Integration 56
	Indikatoren zur identifikatorischen Integration 64
	Bürgerumfrage „Leben in Wiesbaden“ 67
	Konsequenzen für die Integrationsarbeit aus Sicht der Fachverwaltung 69
3	Integrationskurse nach dem Zuwanderungsgesetz 80
3.1	Zahlen und Fakten zu den Integrationskursen 80
3.2	Übersicht der Träger, die 2014 Integrationskurse durchgeführt haben: 81
3.3	Zielgruppen, Struktur, Dauer und Inhalt des Integrationskurses 82
4	Einbürgerungen 84
4.1	Zahlen und Fakten 84

5	Sachstand zu den Handlungsfeldern	88
5.1	Bildung	89
5.1.1	Vernetzung / Steuerung	89
5.1.2	Projekte und Maßnahmen	92
5.2	Arbeit	104
5.2.1	Vernetzung / Steuerung	104
5.2.2	Projekte und Maßnahmen	106
5.3	Handlungsfeld Gesundheit und Sport	110
5.3.1	Vernetzung / Steuerung	110
5.3.2	Projekte und Maßnahmen	112
5.4	Vielfalt in Stadtentwicklung und kulturellem Leben	123
5.4.1	Vernetzung / Steuerung	123
5.4.2	Projekte und Maßnahmen	125
6	Schlüsselprojekt	135
	Fortsetzung der Sprachcafés des Internationalen Bundes Wiesbaden	135
7	Wiesbadener Integrationspreis	138
8	Wiesbadener Gespräche zur Integration	140

1 Zu diesem Bericht

Auf Basis des im November 2009 beschlossenen Integrationskonzeptes 2010-2014 für die Landeshauptstadt Wiesbaden wird hiermit der elfte Integrationsbericht vorgelegt. Wesentlicher Bestandteil dieses Berichtes sind Aussagen zum Fortgang der Umsetzung der im Integrationskonzept beschlossenen vier Handlungsfelder. Wie bereits in den vorangegangenen Integrationsberichten wird für die einzelnen Handlungsfelder jeweils systematisch berichtet zu Steuerung und Vernetzung und den konkreten Projekten.

Ein weiterer Bestandteil des Integrationskonzeptes und damit dieses Berichtes sind Aussagen zum Stand und Wirkungen der Integration und zu Veränderungen von Kontextbedingungen der Integrationspolitik. Basis hierfür sind die aktuellen Daten des Wiesbadener Monitoringsystems - ein Produkt des Amtes für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik - anhand derer die Entwicklungen der Integration in den verschiedenen Dimensionen aufgezeigt wird.

2 Stand der Integration

2.1 Das Wiesbadener Monitoring

*Monitoring als Element
der Wiesbadener
Integrationsberichterstattung*

Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat 2003 erstmals ein Integrationsmonitoring herausgegeben, das seitdem regelmäßig fortgeschrieben und weiterentwickelt wurde. Viele andere Großstädte, aber auch kleinere Kommunen und Landkreise, haben ähnliche Ansätze erprobt und etabliert. Bund und Länder haben in den letzten Jahren das Thema Integrationsmonitoring ebenfalls aufgegriffen und eigene Indikatorenkataloge entwickelt.

*Bestandteil des
Integrationskonzepts*

Das Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden ist auch Bestandteil des Integrationskonzepts der Landeshauptstadt Wiesbaden. 2014 wurde eine zweite Fortschreibung des Konzepts erarbeitet (Laufzeit 2015 bis 2019); dabei hat das Monitoring den Prozess der Zielfindung maßgeblich unterstützt.

*Ziel des Monitorings:
Integration sichtbar machen*

Es liegt im Interesse einer langfristig erfolgreichen Integrationspolitik, den Verlauf der tatsächlichen Integration beobachten, messen und einschätzen zu können. Vorrangiges Ziel des Monitorings ist es daher, den Stand des Integrationsprozesses aufzuzeigen und zu interpretieren. Durch regelmäßige Messungen und die Abbildung von Zeitreihen werden Entwicklungen kontinuierlich verfolgt. Auf diese Weise soll sichtbar werden, wo Integration erfolgreich verlaufen ist und in welchen Bereichen (noch) Handlungsbedarf besteht. Das Integrationsmonitoring erfüllt primär die Aufgabe der Sensibilisierung und der Frühwarnung, es nimmt darüber hinaus auch eine unterstützende Funktion bei der Steuerung von Integrationsprozessen wahr.

Das Integrationsmonitoring soll zeigen, inwieweit sich die Partizipation von Zugewanderten in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen im Lauf der Zeit entwickelt hat und inwieweit sich Vielfalt im gesellschaftlichen Leben und den Institutionen widerspiegelt. Dies ist allerdings nur für Bereiche möglich, zu denen hinreichend aussagekräftige Daten vorhanden sind. Integration ist darüber hinaus ein äußerst vielschichtiger gesellschaftlicher Prozess, der durch Monitoring nur teilweise erfasst werden kann.

*Eingeschränkte
Wirkungsmessung*

Monitoring ermöglicht für sich genommen keine Ursachen-Wirkungs-Analyse. Monitoring und Evaluation sind zwar im Zusammenhang zu betrachten, jedoch bedarf die Wirkungsmessung von Integrationsprogrammen und -maßnahmen eigener Untersuchungsansätze.

*Nicht alles kann auf kommunaler
Ebene gesteuert werden*

Bei der Interpretation der Kennzahlen ist zu beachten, dass sich nicht nur die Effekte der Wiesbadener Integrati-

onsarbeit widerspiegeln, sondern auch gesamtgesellschaftliche Entwicklungen und rechtliche Rahmenbedingungen, die sich einer Steuerung auf kommunaler Ebene entziehen.

*Wiesbadener Verständnis
von Integration*

Ziel der Wiesbadener Integrationspolitik ist es, Zugewanderten mit Bleibeperspektive gleiche Bildungs- und Berufschancen zu eröffnen und sie umfassend am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben zu beteiligen. Voraussetzung erfolgreicher Integration ist die gleichberechtigte Teilhabe an den ökonomischen, sozialen und kulturellen Ressourcen der Gesellschaft.

Die Wiesbadener Kommunalpolitik versteht unter Integration „den dauerhaften Prozess der Eingliederung von Zuwanderern und Menschen mit Migrationshintergrund in das soziale und kulturelle Spektrum der Aufnahmegesellschaft sowie die Angleichung ihrer Lebenslagen ohne Aufgabe der jeweils eigenen kulturellen Identität“.¹

¹ Integrationskonzept, 1. Fortschreibung 2010-2014; gleichlautend im Entwurf des Integrationskonzeptes 2015-2019 für die Landeshauptstadt Wiesbaden (SV 15-V-33-0006, derzeit noch in der politischen Abstimmung).

*Vier Dimensionen
des Integrationsprozesses*

Der Integrationsprozess wird in vier Dimensionen gegliedert:²

- Strukturelle Integration
(= Eingliederung in Kerninstitutionen der Aufnahmegesellschaft, z. B. Bildung und Arbeitsmarkt)
- Kulturelle Integration
(= Spracherwerb und Wertvorstellungen)
- Soziale Integration
(= Eingliederung in private Sphären der Aufnahmegesellschaft, z. B. interethnische Partnerschaften)
- Identifikatorische Integration
(= Zugehörigkeitsgefühl)

Übersicht 1: Dimensionen der Integration		
strukturell	Rechtliche Integration	Aufenthaltssicherheit
	Integration in das Bildungssystem	Schulbesuch
	Integration in den Arbeitsmarkt	Erwerbsquote
kulturell	Integration in den Wohnungsmarkt	Eigentümerquote
	Spracherwerb	Sprachfähigkeiten bei Kindern
sozial	Gesundheit	Übergewicht
	Aufenthaltsdauer / Bleibeabsichten	In Deutschland Geborene
identifikatorisch	Multikulturelles Zusammenleben	Einheiratsquote
	Einbürgerungen	Einbürgerungsquote

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik



*22 Indikatoren
zur Messung von Integration*

Das Monitoring greift diese Definition und Gliederung auf und bildet insgesamt 22 Kennzahlen zur objektiven Beschreibung des Integrationsprozesses. Rund die Hälfte der Indikatoren unterscheidet in herkömmlicher Weise

² Das Konzept der vier Dimensionen für das Integrationsmonitoring geht auf die theoretischen Arbeiten von Friedrich Heckmann zurück, vgl. z. B. Heckmann, Friedrich: Integration und Integrationspolitik in Deutschland. efms Paper Nr. 11. Bamberg, 1997.

zwischen Ausländer/-innen und Deutschen; bei den übrigen Kennziffern konnte ein Bezug zum „Migrationshintergrund“ hergestellt werden.

*Unterschiedliche Definitionen
des „Migrationshintergrunds“*

Soweit ein Migrationshintergrund ausgewiesen wird, können die Kriterien je nach fachstatistischer Provenienz recht unterschiedlich sein. So wird beispielsweise der Migrationshintergrund in der Schulstatistik anders abgebildet als im Einwohnermelderegister. Eine systematische Übersicht über die verschiedenen Definitionen hat das Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik 2010 veröffentlicht.³ Ob und wie im konkreten Fall ein Migrationshintergrund definiert wird, wird jeweils bei den einzelnen Indikatoren dokumentiert.

*Kennziffern mit und ohne
Vergleichsgruppe*

Die meisten verwendeten Kennziffern lassen sich als „Vergleichsindikatoren“ bezeichnen, nämlich diejenigen, für die Referenzwerte berechnet werden können (z. B. für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund gegenüber der ohne Migrationshintergrund). Damit soll geprüft werden, ob und inwieweit sich Partizipationsmöglichkeiten der Zugewanderten in gesellschaftlichen Schlüsselbereichen durch Angleichung realisiert haben. Darüber hinaus werden „Optimierungsindikatoren“ genutzt, für die sich keine Referenzgrößen berechnen lassen, die aber eine integrationspolitisch relevante Entwicklung abbilden (z. B. die Zahl der Ausländer/-innen mit gesichertem Aufenthaltsrecht oder die Zahl der Einbürgerungen).

Das Wiesbadener Integrationsmonitoring greift auf verfügbare Daten der amtlichen und der kommunalen Statistik zurück. Primärerhebungen zu integrationsrelevanten Themen fließen sporadisch in das Monitoring ein und verbreitern die Datenbasis. So liefern beispielsweise die Ergebnisse der im Herbst 2014 durchgeführten repräsentativen Bürgerbefragung „Leben in Wiesbaden“ Informationen zu Kontakten zwischen Menschen mit und ohne

³ Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik: „Personen mit Migrationshintergrund“.

Aktueller Stand des Nachweises in der Statistik. Wiesbaden, 2010. Abrufbar unter http://www.wiesbaden.de/medien/dokumente/leben/stadtportrait/10_2010_Sonderpublikation.pdf

Migrationshintergrund, zur Bewertung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens sowie zur Beurteilung von Integration als gesellschaftlicher Aufgabe.

Tabellen und Grafiken

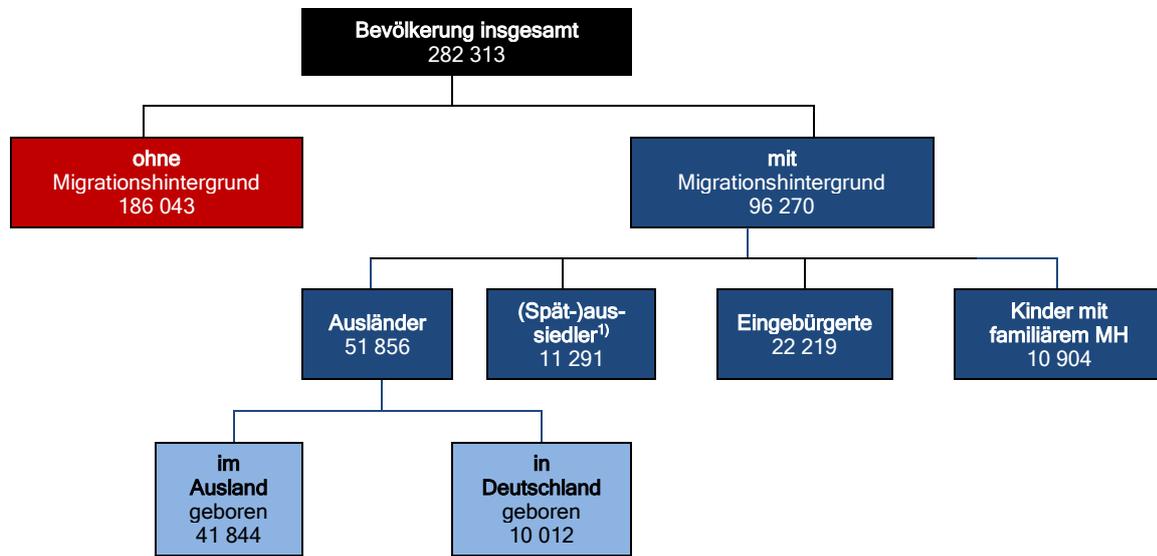
Die Darstellung der Erkenntnisse aus dem Monitoring folgt einem einheitlichen Aufbau; die einzelnen Indikatoren werden jeweils auf ein bis zwei Seiten abschließend dokumentiert. So können die Definitionen der Kennziffern, ihre Datenquellen, methodische Hinweise sowie die Ergebnisse hinsichtlich des Integrationsprozesses „auf einen Blick“ erfasst werden. Wer darüber hinaus an absoluten Größenordnungen interessiert ist, wird im Anhang fünfzig.

2.2 Migrantinnen und Migranten in Wiesbaden

Jeder Dritte hat einen Migrationshintergrund

Ende 2014 haben 96.270 Wiesbadenerinnen und Wiesbadener einen Migrationshintergrund, das sind 34,1 % der Bevölkerung. Gut die Hälfte von ihnen (51 856) besitzt ausschließlich eine ausländische Staatsangehörigkeit; die übrigen 44 414 sind Deutsche mit einem Migrationshintergrund, der entweder auf eine Herkunft aus dem Ausland oder (bei Minderjährigen) auf einen Migrationshintergrund der Mutter zurückzuführen ist.

**Bild 1:
Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund am 31.12.2014**



1) einschließlich deren Kinder

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik



*Immer mehr Deutsche
mit Migrationshintergrund*

Seit 2004 ist die Zahl der Migrantinnen und Migranten fast kontinuierlich gestiegen - in zehn Jahren um knapp 18 %. Dies ist in erster Linie auf die stetig wachsende Gruppe der Deutschen mit Migrationshintergrund zurückzuführen, deren Anzahl in diesem Zeitraum um 30,9 % anstieg und die heute fast die Hälfte aller Migranten ausmacht. Hinsichtlich der Zahl der Ausländerinnen und Ausländer lässt sich dagegen kein eindeutiger Entwicklungstrend identifizieren. Seitdem 2010 das Einwohnermelderegister in größerem Umfang durch Abmeldungen von Amts wegen bereinigt wurde⁴, steigen die Ausländerzahlen wieder an.

**Tab. 1:
Personen mit Migrationshintergrund 2004 bis 2014**

Jahr	Personen mit Migrationshintergrund		
	insgesamt	davon	
		Ausländer/-innen	Deutsche
2004	81 763	47 837	33 926
2005	83 755	48 544	35 211
2006	85 476	48 715	36 761
2007	86 900	49 111	37 789
2008	87 164	48 368	38 796
2009	87 755	48 032	39 723
2010	86 045	44 995	41 050
2011	88 560	46 584	41 976
2012	90 866	47 843	43 023
2013	92 953	49 080	43 873
2014	96 270	51 856	44 414

Jeweils 31. Dezember
Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen



*Migrantenbevölkerung
deutlich jünger*

Zwischen der Bevölkerung mit und jener ohne Migrationshintergrund bestehen deutliche Unterschiede im Altersaufbau. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist, vereinfachend gesagt, erheblich jünger; ihr Medianalter

⁴ Bei 4 767 der insgesamt 5 880 Registerbereinigungen im Jahr 2010 handelte es sich um Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

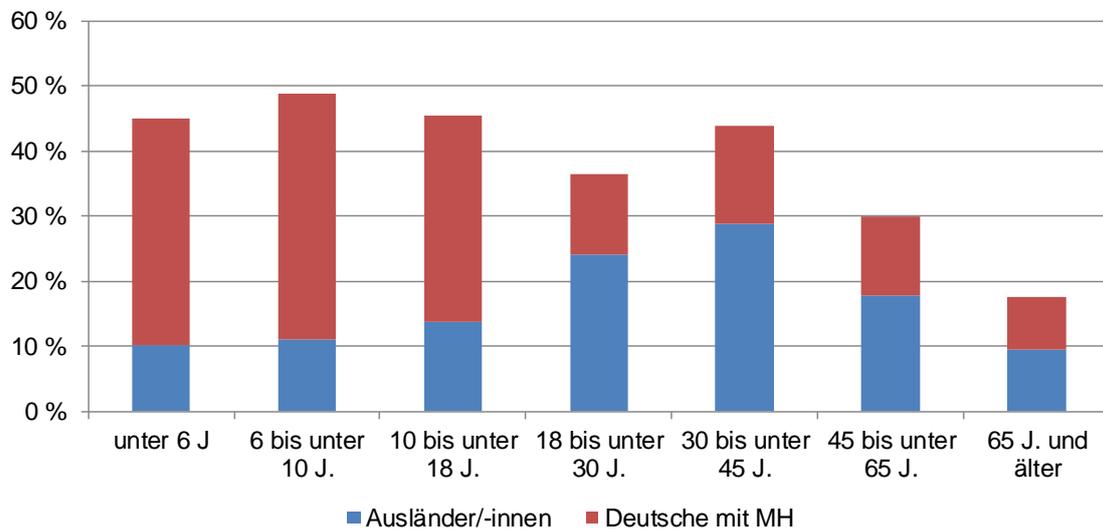
liegt mit 36 Jahren um 7 Jahre unter dem der Gesamtbevölkerung. Die deutsche Bevölkerung ohne Migrationshintergrund erreicht ein Medianalter von 47 Jahren. Besonders auffallend sind die Unterschiede am unteren und am oberen Ende der Altersskala, und entsprechend variiert der Anteil der Migranten zwischen den einzelnen Altersklassen: In den jüngeren Gruppen ist er überproportional hoch (unter 18 Jahre: 46,0 %), in den obersten Altersgruppen (noch) recht gering (65 Jahre und älter: 17,6 %).

Tab. 2: Bevölkerung nach Alter und Migrationshintergrund am 31.12.2014				
Alter in Jahren	Bevölkerung			
	insgesamt	darunter mit Migrationshintergrund		
		zusammen	Ausländer/-innen	Deutsche
unter 6	16 225	7 288	1 625	5 663
6 bis unter 10	10 489	5 114	1 152	3 962
10 bis unter 18	20 623	9 391	2 810	6 581
18 bis unter 30	40 954	14 914	9 868	5 046
30 bis unter 45	60 027	26 305	17 244	9 061
45 bis unter 65	78 617	23 523	13 943	9 580
65 und älter	55 378	9 735	5 214	4 521
Insgesamt	282 313	96 270	51 856	44 414

Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen



Bild 2:
Migrantenanteil an der Bevölkerung am 31.12.2014



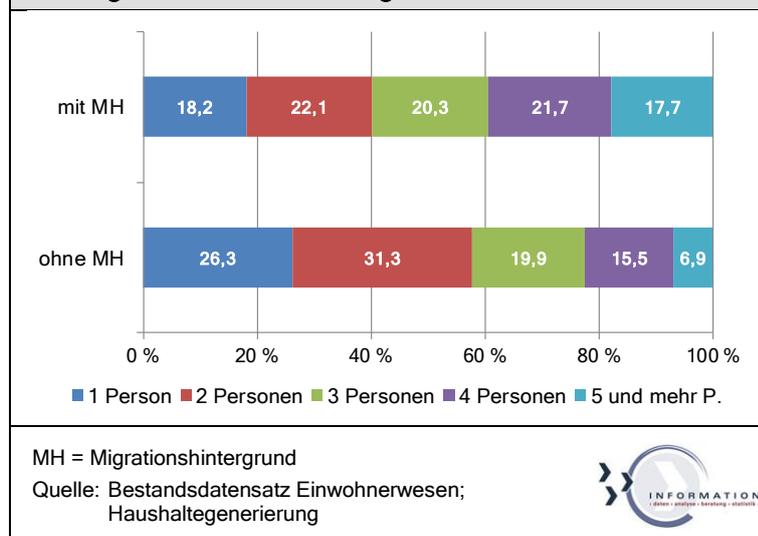
MH = Migrationshintergrund
 Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen



*Migranten
eher in größeren Haushalten*

Wiesbadenerinnen und Wiesbadener mit Migrationshintergrund bilden tendenziell größere Haushalte als Einheimische. 39,4 % von ihnen leben in Haushalten mit vier und mehr Personen (Bevölkerung ohne Migrationshintergrund: 22,4 %). Andererseits sind Alleinlebende innerhalb der Migrantenbevölkerung vergleichsweise selten anzutreffen: Der Single-Anteil liegt hier bei 18,2 %, während in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund mit 26,3 % mehr als jede/r Vierte einen Einpersonenhaushalt führt. Die unterschiedliche Größenstruktur ist dabei nicht nur auf ein abweichendes Haushaltsbildungsverhalten zurückzuführen, sondern ist auch eine Folgewirkung der unterschiedlichen Altersverteilung zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund.⁵

**Bild 3:
Bevölkerung in Privathaushalten nach Migrationshintergrund und Haushaltsgröße am 31.12.2014**



*Häufigste Herkunftsländer:
Türkei und Polen*

Die in Wiesbaden lebenden Migrantinnen und Migranten kommen aus insgesamt 170 verschiedenen Ländern. Mit 16 186 Personen stammt die größte Gruppe aus der Türkei, das sind 16,8 % aller Migranten. 9 699 von ihnen ha-

⁵ Migranten sind überproportional in den Altersgruppen unter 18 und zwischen 25 und 45 Jahren vertreten - gerade diese Altersgruppen bilden in der Regel größere Haushalte. Hätten Migranten dieselbe Altersverteilung wie Nichtmigranten, so läge ihr Anteil in 1-Personen-Haushalten rechnerisch bei 21,0 % (2 Personen: 27,7 %, 3 Personen: 19,5 %, 4 Personen: 17,7 %, 5 und mehr Personen: 14,1 %). Das heißt: „Bereinigt“ um den Alterseffekt wäre die Verteilung der Haushaltsgrößen zwar ähnlicher der von Nichtmigranten, würde aber immer noch eine Tendenz zu größeren Haushalten aufweisen.

ben die türkische Staatsangehörigkeit, weitere 6 487 besitzen türkische Wurzeln und haben die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung oder aufgrund ihrer Geburt in Deutschland erhalten.

Die zweitgrößte Gruppe mit 6 593 Personen hat einen polnischen Migrationshintergrund. Sie setzt sich zusammen aus 4 461 polnischen Staatsangehörigen und 2 132 Deutschen polnischer Herkunft.

Weitere umfangreiche Gruppen kommen aus der Russischen Föderation, aus Marokko, Italien, Kasachstan und Griechenland. Von den Einwohnern russischer und kasachischer Herkunft besitzen die allermeisten die deutsche Staatsangehörigkeit; hier handelt es sich in der Mehrzahl der Fälle um (Spät-)aussiedler.

**Tab. 3:
Die häufigsten Herkunftsländer der Wiesbadener Migrantinnen und Migranten am 31.12.2014**

Herkunftsland	Personen mit Migrationshintergrund		
	insgesamt	davon	
		Ausländer/-innen	Deutsche
Türkei	16 186	9 699	6 487
Polen	6 593	4 461	2 132
Russische Föderation	5 172	1 043	4 129
Marokko	4 965	1 716	3 249
Italien	4 868	4 068	800
Kasachstan	3 700	180	3 520
Griechenland	3 210	2 733	477
Rumänien	2 986	2 119	867
Serbien	2 769	1 799	970
Iran	2 469	716	1 753

Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen 

Positiver Wanderungssaldo ...

Zuwanderungen aus dem Ausland trugen in den letzten Jahren zum Wachstum der Wiesbadener Bevölkerung bei. Zwar ist auch Abwanderung gesellschaftliche Realität, doch war der Wanderungssaldo, also die Differenz

... durch Zuwanderung, ...

aus Zu- und Fortzügen, von Ausländern aus dem bzw. ins Ausland seit 2011 stets positiv. Mit rund 2 000 Personen lag er im Jahr 2014 höher als in den drei Jahren zuvor.

Eine besondere Zielgruppe der Integrationsarbeit bilden die Neuzuwanderer, also die nach Deutschland zuziehenden ausländischen Staatsangehörigen. Ihre Zahl ist für Wiesbaden in letzter Zeit stark angewachsen: Von 2009 bis 2014 kletterte sie von 3 102 auf 5 883 und damit auf fast das Doppelte. Der höchste Zuwachs wurde im Jahr 2014 registriert.

... insbesondere aus Rumänien und Bulgarien

Das Gros der nach Wiesbaden Zuwandernden sind Personen mit (süd-)osteuropäischer Staatsbürgerschaft: Rumänen, Bulgaren und Polen machten 2014 36,4 % der Einwanderung aus. Insbesondere bei Zuziehenden rumänischer und bulgarischer Nationalität wurde in den letzten Jahren - infolge der schrittweisen Öffnung einzelner Arbeitsmarktsegmente - ein deutlicher Zuwachs registriert. Überproportionale Zugewinne innerhalb der letzten fünf Jahre wurden aber auch bei Zuwanderern italienischer und spanischer Staatsangehörigkeit beobachtet, also aus den von der Finanz- und Schuldenkrise stark betroffenen Ländern Südeuropas. Einen Sonderfall bilden die Neuzuwanderer aus Syrien, die als Bürgerkriegsflüchtlinge in Deutschland Asyl beantragen.

Überwiegend handelt es sich bei den Neuzuwanderern um Männer (2014: 62,3 %). Gut 80 % der Zuwandernden sind im erwerbsfähigen Alter zwischen 18 und 65 Jahren. Aber auch die Zahl der Minderjährigen unter den Eingewanderten ist in den letzten Jahren stark gestiegen.

Zwei von drei Neuzugängen sind Unionsbürger

Die verstärkte Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien - beide Länder gehören seit 2007 zur Europäischen Union - beeinflusst auch das Zahlenverhältnis zwischen Zuzügen aus EU- und aus Drittstaaten: Waren 2009 noch 54,7 % der aus dem Ausland Zuziehenden Unionsbürger, so lag ihr Anteil 2012 schon bei 67,8 %. Seitdem ist er wieder leicht rückläufig (2014: 62,9 %). Gleichzeitig hat sich die absolute Zahl der Zuzüge von EU-Staatsangehörigen gegenüber 2009 mehr als verdoppelt.

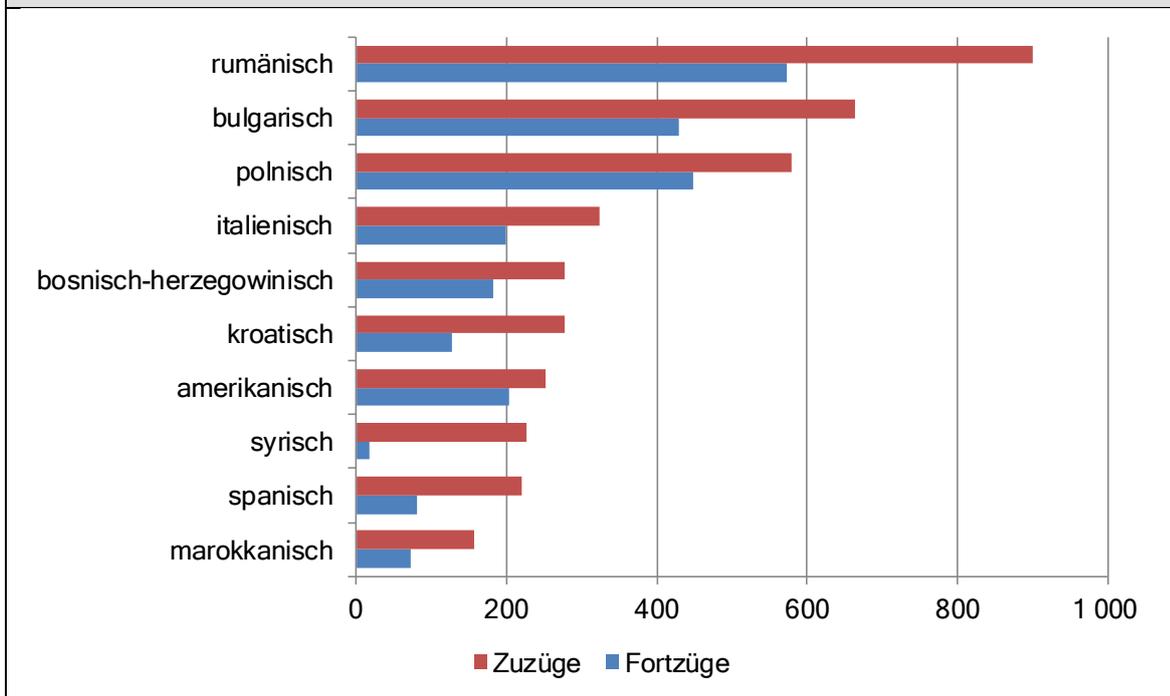
**Tab. 4:
Zuzüge von Ausländer/-innen aus dem Ausland 2009 bis 2014**

	2014	2013	2012	2011	2010	2009
Insgesamt	5 883	4 896	4 384	4 387	3 721	3 102
Männer	3 668	3 064	2 685	2 917	2 380	1 989
Frauen	2 215	1 832	1 699	1 470	1 341	1 113
im Alter von ... Jahren						
unter 18	856	613	498	419	353	280
18 bis unter 25	1 162	1 047	915	924	736	693
25 bis unter 30	890	754	677	679	599	517
30 bis unter 40	1 360	1 171	1 072	1 082	1 030	802
40 bis unter 50	1 012	775	739	773	603	494
50 bis unter 65	498	451	426	460	344	278
65 und mehr	105	85	57	50	56	38
mit ... Staatsangehörigkeit						
rumänischer	900	722	611	462	448	239
bulgarischer	663	461	497	494	331	214
polnischer	579	686	704	819	556	530
italienischer	323	234	193	157	136	107
bosnisch-herzegowinischer	278	201	129	230	222	166
kroatischer	278	147	41	47	75	70
amerikanischer	252	225	161	221	204	171
syrischer	227	41	18	17	19	21
spanischer	220	219	181	108	84	67
marokkanischer	156	132	104	79	74	68
mit Staatsangehörigkeit						
eines EU-Landes	3 698	3 273	2 971	2 792	2 130	1 698
eines Drittstaates	2 185	1 623	1 413	1 595	1 591	1 404

Quelle: Bewegungsdatensatz Einwohnerwesen



Bild 4:
Zu- und Fortzüge von Ausländer/-innen aus dem bzw. ins Ausland 2014
nach Staatsangehörigkeit



Quelle: Bewegungsdatensatz Einwohnerwesen



Indikatoren zur strukturellen Integration

1. Rechtliche Integration

A.1.1 Aufenthaltstitel

Definition

Anteil der Ausländer mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel oder einer EU-Staatsangehörigkeit

Relevanz

Ein gesichertes Aufenthaltsrecht ist eine wesentliche Voraussetzung für eine langfristige Lebensperspektive und weitere Integrationsschritte der in Wiesbaden lebenden Ausländerinnen und Ausländer. Je besser die rechtliche Absicherung, desto besser die Chancen am öffentlichen Leben teilzuhaben, die eigenen Interessen wahrzunehmen und vor allem auch uneingeschränkt einer Beschäftigung nachgehen zu können.

Datenquelle

Ausländerbehörde (LaDiVA, jeweils 31. Dezember)

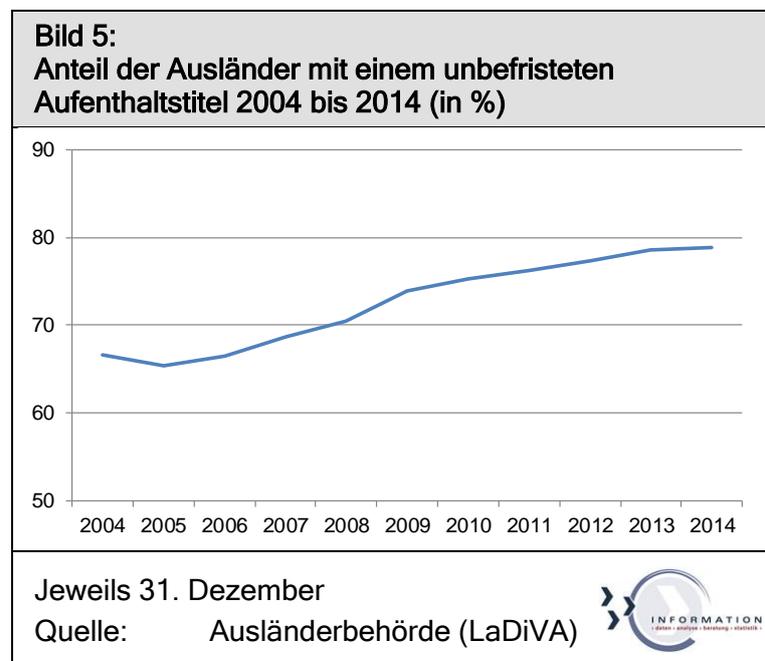
Migrationshintergrund

Daten beziehen sich auf Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

Tab. 5:
Anteil der Ausländer mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel 2004 bis 2014 (in %)

Jahr	Anteil unbefristeter Aufenthalt		
	insgesamt	Männer	Frauen
2004	66,6	67,7	65,5
2005	65,4	66,4	64,5
2006	66,5	67,4	65,5
2007	68,7	69,6	67,9
2008	70,5	71,3	69,7
2009	73,9	75,1	72,8
2010	75,3	76,3	74,4
2011	76,2	77,3	75,1
2012	77,3	78,4	76,2
2013	78,5	79,5	77,5
2014	78,8	79,2	78,3

Jeweils 31. Dezember
Quelle: Ausländerbehörde (LaDiVA) 



Trend zeigt nach oben

Ende des Jahres 2014 haben 78,8 % der in Wiesbaden lebenden Ausländerinnen und Ausländer einen sicheren Aufenthaltsstatus. Damit hat sich die positive Tendenz der vergangenen Jahre weiter fortgesetzt.

A.1.2 Einbürgerungsanspruch

Definition

Anteil der Ausländer, die einen eigenständigen Anspruch auf Einbürgerung haben: Sie sind mindestens 16 Jahre alt, haben seit acht Jahren rechtmäßig ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland und verfügen über einen unbefristeten Aufenthaltstitel oder sind freizügigkeitsberechtigte EU-Bürger.

Relevanz

Ausländer, die diese Kriterien erfüllen, haben rechtlich gesehen die besten Voraussetzungen für eine gleichberechtigte Teilhabe an der Aufnahmegesellschaft.

Datenquelle

Ausländerbehörde (LaDiVA, jeweils 31. Dezember)

Migrationshintergrund

Daten beziehen sich auf Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

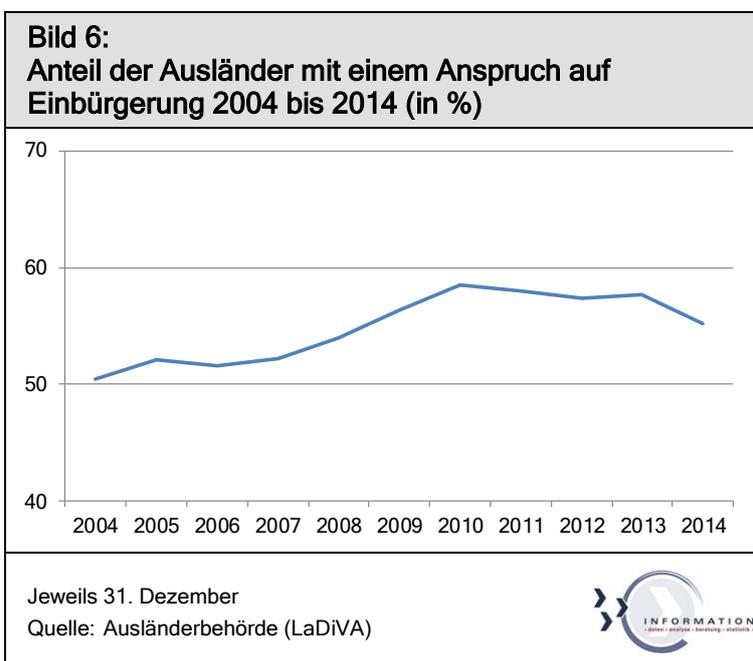
Methodische Hinweise

Gemessen werden mit diesem Indikator lediglich die aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen einer möglichen Einbürgerung. Weitere Bedingungen wie Kenntnisse der deutschen Sprache sowie das Bestehen eines Einbürgerungstestes können statistisch nicht abgebildet werden.

Tab. 6:
Anteil der Ausländer mit einem Anspruch auf Einbürgerung 2004 bis 2014 (in %)

Jahr	Anteil Einbürgerungsanspruch		
	insgesamt	Männer	Frauen
2004	50,5	51,4	49,5
2005	52,1	52,3	51,8
2006	51,6	51,7	51,5
2007	52,2	52,4	52,0
2008	54,0	54,0	54,1
2009	56,3	56,4	56,3
2010	58,5	58,3	58,6
2011	58,0	57,2	58,8
2012	57,4	56,2	58,5
2013	57,7	56,2	59,3
2014	55,2	53,0	57,4

Jeweils 31. Dezember
Quelle: Ausländerbehörde (LaDiVA)

*Trendumkehr
beim Einbürgerungsanspruch*

Der Anteil der Einbürgerungsberechtigten liegt 2014 bei 55,2 % - mehr als die Hälfte der Wiesbadener mit ausländischem Pass erfüllt also die aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen um Deutsche zu werden. Dass sich der bis 2010 beobachtete Aufwärtstrend in den letzten Jahren

nicht fortgesetzt hat, ist auf die verstärkte Neuzuwanderung der letzten Jahre zurückzuführen.

2. Integration in das Bildungssystem

A.2.1 Kindergartenbesuch

Definition

Anteil der Kinder, die vor ihrer Einschulung mindestens 18 Monate lang einen Kindergarten besucht haben

Relevanz

Die frühkindliche Förderung hat für den gesamten Bildungserfolg eine zentrale Bedeutung. Insbesondere wird der Entwicklung der sprachlichen Fähigkeiten eine Schlüsselrolle bei der Integration zuerkannt, da von den Sprachkenntnissen der Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt abhängt. Zudem fördert der Besuch einer Kindertagesstätte die kognitiven und sozialen Fähigkeiten. Der Ausbau der frühkindlichen Tagesbetreuung ist daher ein wichtiges integrationspolitisches Ziel.

Datenquelle

Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung)

Migrationshintergrund

Anlässlich der Schuleingangsuntersuchung wird der Migrationshintergrund über die Herkunft der Eltern erfragt. Ein Migrationshintergrund besteht, wenn beide Elternteile (oder der alleinerziehende Elternteil) einer anderen Ethnie angehört. Bei Kindern aus „gemischten“ Ehen wird ein Migrationshintergrund unterstellt, wenn der nichtdeutsche Elternteil kulturell oder sprachlich stark prägt. Ein Migrationshintergrund wird auch dann angenommen, wenn in der Familie eine andere Sprache als Deutsch gesprochen wird oder das Kind bis zum dritten Lebensjahr eine andere Sprache als Muttersprache erlernt hat.

Methodische Hinweise

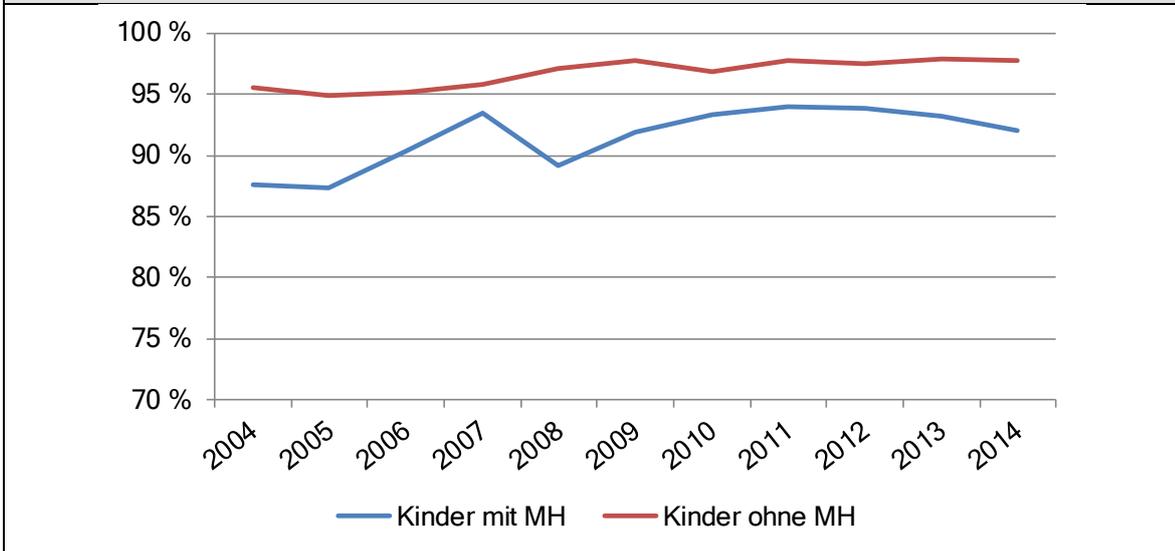
Zu beachten ist, dass der Indikator auch von der Aufenthaltsdauer in Deutschland beeinflusst werden kann: Kinder aus Migrantenfamilien, die erst kurz vor der Einschulung in die Bundesrepublik eingewandert sind, haben nicht die Chance auf einen ausreichend langen Besuch einer Kindertagesstätte. Dadurch ist die Vergleichbarkeit mit einheimischen Kindern eingeschränkt.

Tab. 7: Anteil der Kinder mit einem Kindergartenbesuch von mindestens 18 Monaten an allen einzuschulenden Kindern 2004 bis 2014						
Jahr	Kinder mit Migrationshintergrund			Kinder ohne Migrationshintergrund		
	zusammen	Jungen	Mädchen	zusammen	Jungen	Mädchen
	%			%		
2004	87,6	89,3	85,7	95,6	95,6	95,6
2005	87,4	86,7	88,3	94,9	94,7	95,1
2006	90,3	89,1	91,6	95,2	94,8	95,7
2007	93,5	93,5	93,4	95,8	96,5	95,0
2008	89,2	89,3	89,2	97,1	97,0	97,2
2009	91,9	91,9	91,9	97,7	97,5	97,8
2010	93,3	93,8	92,8	96,8	97,9	95,4
2011	94,0	94,1	94,0	97,7	97,6	97,8
2012	93,8	94,1	93,4	97,5	97,1	97,9
2013	93,2	92,5	93,8	97,9	98,1	97,6
2014	92,0	90,4	93,7	97,7	98,0	97,4

Quelle: Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung)



Bild 7:
Anteil der Kinder mit einem Kindergartenbesuch von mindestens 18 Monaten an allen einzuschulenden Kindern 2004 bis 2014



MH = Migrationshintergrund

Quelle: Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung)



*Langfristig positive Tendenz
beim Kindergartenbesuch*

Der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund, die eine Elementareinrichtung mindestens 18 Monate besucht haben, lag 2014 bei 92,0 %. Damit hat sich die Verbesserung, die zwischen 2008 und 2011 zu beobachten war, in den letzten Jahren nicht fortsetzen können, vielmehr hat sich der Abstand zu den einheimischen Kindern wieder leicht erhöht. Dies ist wohl darin begründet, dass mit der verstärkten Zuwanderung aus dem Ausland in den letzten Jahren auch die Zahl der Kinder gestiegen ist, die ohne (oder ohne längeren) Kindergartenbesuch eingeschult wurden.

A.2.2 Gymnasialquote in der 8. Jahrgangsstufe

Definition

Anteil von Gymnasialschüler/-innen an allen Schüler/-innen der 8. Jahrgangsstufe

Relevanz

Der Indikator gibt einen Zwischenstand im Bildungsweg zu einem Zeitpunkt vor dem Schulabschluss und bei voller Differenzierung der Bildungswege wieder. Es handelt sich um eine wichtige Kennziffer für die strukturelle Integration und die Chancengleichheit im Bildungssystem. Die Relation von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund auf dem Gymnasium zeigt an, ob vergleichbare Bildungschancen zu einheimischen Schülerinnen und Schülern bestehen.

Datenquelle

Hessisches Statistisches Landesamt (Schulstatistik, jeweils im Herbst des Schuljahres)

Migrationshintergrund

Die Schulstatistik verwendet eine Definition des Migrationshintergrundes, die die drei Merkmale Staatsangehörigkeit, überwiegend in der Familie gesprochene Verkehrssprache und Geburtsland einbezieht. Migrationsmerkmale der Eltern gehen in die Ableitung des Merkmals nicht ein. Die Definition wird in Hessen seit dem Schuljahr 2009/2010 umgesetzt.

Methodische Hinweise

Die Erhebung der Schulstatistik umfasst sowohl öffentlichen Schulen als auch Schulen in privater Trägerschaft.

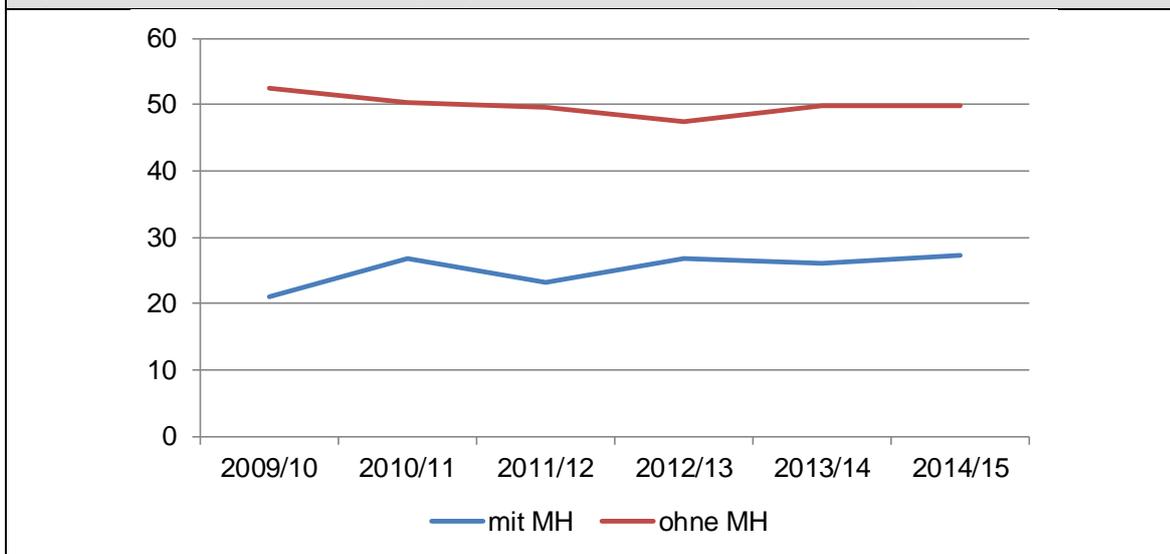
Tab. 8:
Gymnasialquote in der 8. Jahrgangsstufe (in %)

Schuljahr	Schüler/-innen mit Migrationshintergrund			Schüler/-innen ohne Migrationshintergrund		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
2009/10	21,0	17,5	24,8	52,6	51,2	54,2
2010/11	26,7	26,2	27,1	50,4	49,4	51,5
2011/12	23,3	21,2	25,9	49,6	47,5	51,7
2012/13	26,8	25,1	28,8	47,4	45,8	49,1
2013/14	26,1	24,0	28,3	49,9	47,5	52,7
2014/15	27,4	23,6	31,6	49,9	45,6	54,5

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (Schulstatistik)



Bild 8:
Gymnasialquote in der 8. Jahrgangsstufe 2009/2010 bis 2014/2015 (in %)



MH = Migrationshintergrund

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (Schulstatistik)



Leichte Tendenz zur Annäherung

Hinsichtlich der Gymnasialquote lassen sich zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund ausgeprägte Unterschiede diagnostizieren: In den achten Klassen der allgemeinbildenden Schulen gehen derzeit 49,9 % der Kinder ohne Migrationshintergrund aufs Gymnasium; die

entsprechende Quote bei Kindern ausländischer Herkunft liegt mit 27,4 % deutlich niedriger. Tendenziell hat sich in den letzten Schuljahren der Abstand zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund leicht verringert. Unabhängig von der Herkunft gehen in der achten Jahrgangsstufe Mädchen häufiger auf das Gymnasium als Jungen.

A.2.3 Schulabgänger aus allgemeinbildenden Schulen

<i>Definition</i>	Anteil der Schulabgänger/-innen nach erreichtem Abschluss an allen Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen
<i>Relevanz</i>	Der Indikator misst die erreichten Schulabschlüsse bei allen Schulabgänger/-innen am Ende eines Schuljahres; er ist eine zentrale Kennziffer für die strukturelle Integration und Chancengleichheit im Bildungssystem. Der erreichte Schulabschluss ist die Grundlage, auf der die weitere Teilhabe im Ausbildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt aufbauen kann. Wird kein Schulabschluss erworben, sind die Integrationschancen gering. Je höher der erreichte Schulabschluss ist, desto besser sind auch die weiteren strukturellen Integrationschancen.
<i>Datenquelle</i>	Hessisches Statistisches Landesamt (Schulstatistik)
<i>Migrationshintergrund</i>	Die Schulstatistik verwendet eine Definition des Migrationshintergrundes, die die drei Merkmale Staatsangehörigkeit, überwiegend in der Familie gesprochene Verkehrssprache und Geburtsland einbezieht. Migrationsmerkmale der Eltern gehen in die Ableitung des Merkmals nicht ein. Die Definition wird in Hessen seit dem Schuljahr 2009/2010 umgesetzt.
<i>Methodische Hinweise</i>	Der Indikator beschränkt sich auf die Schulabschlüsse an allgemeinbildenden Schulen (öffentliche und private Schulen). Darüber hinaus werden Bildungsabschlüsse nicht nur an allgemeinbildenden Schulen, sondern auch an beruflichen Schulen erlangt. 2014 erwarben 1 032

Schülerinnen und Schüler einen allgemeinbildenden Schulabschluss an beruflichen Schulen, darunter 15,6 % die allgemeine Hochschulreife, 59,8 % die Fachhochschulreife und jeweils 12,1 % einen mittleren Abschluss und einen Hauptschulabschluss. Allerdings kann auf beruflichen Schulen nur zwischen deutschen und ausländischen Schüler/-innen und (noch) nicht nach dem Migrationshintergrund differenziert werden.

Bei der Verteilung auf die Schulabschlüsse ist zu beachten, dass aufgrund der Einführung des achtjährigen Gymnasiums (G8) „doppelte Abiturjahrgänge“ die Schulen verlassen haben. Die gestiegene Zahl von Abgängerinnen und Abgängern mit Hochschulreife ist zu einem Teil auch darauf zurückzuführen.

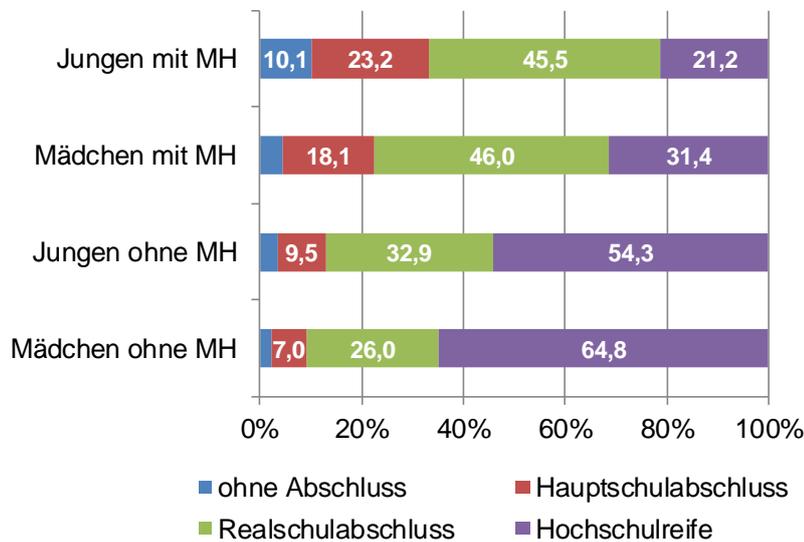
**Tab. 9:
Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen 2010 bis 2014**

Art des Abschlusses	Jahr	Abgänger/-innen					
		mit Migrationshintergrund			ohne Migrationshintergrund		
		insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
		%			%		
ohne Hauptschulabschluss	2010	7,6	9,9	5,7	3,1	2,9	3,1
	2011	9,1	11,3	7,1	2,7	3,4	2,1
	2012	8,5	9,0	7,9	2,3	2,1	2,4
	2013	7,9	9,1	6,8	1,7	1,8	1,6
	2014	7,3	10,1	4,5	2,7	3,4	2,2
mit Hauptschulabschluss	2010	32,9	38,7	27,9	13,0	14,9	11,2
	2011	30,6	34,8	26,8	12,5	15,1	10,2
	2012	28,3	32,1	24,5	11,7	12,8	10,5
	2013	22,9	26,9	19,0	9,2	10,6	8,0
	2014	20,7	23,2	18,1	8,2	9,5	7,0
mit Realschulabschluss	2010	42,3	38,7	45,4	35,4	37,1	33,9
	2011	40,7	38,3	42,9	34,2	36,3	32,4
	2012	40,4	40,0	40,9	33,8	36,2	31,2
	2013	45,9	43,7	47,9	34,9	38,6	31,2
	2014	45,7	45,5	46,0	29,3	32,9	26,0
mit Hochschulreife	2010	17,1	12,7	21,0	48,5	45,1	51,8
	2011	19,6	15,7	23,2	50,6	45,2	55,4
	2012	22,8	18,9	26,7	52,2	48,8	55,9
	2013	23,4	20,3	26,3	54,1	49,0	59,3
	2014	26,3	21,2	31,4	59,8	54,3	64,8

Ohne Abgänge aus Förderschulen
Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (Schulstatistik)



Bild 9:
Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen 2014



MH = Migrationshintergrund
 Ohne Abgänge aus Förderschulen
 Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (Schulstatistik)



Unter den Migranten viele Schulabgänger ohne Abschluss

Die Quote der Schulabgänger ohne Abschluss liegt unter den Migranten bei 7,3 % und (ist) damit fast dreimal so hoch wie bei den Schulentlassenen ohne Migrationshintergrund. Bei männlichen Migranten hat sich die Zahl der Abgänger ohne Abschluss gegenüber den beiden Vorjahren sogar erhöht. Die Hochschulreife erreichten unter den Migrantinnen und Migranten 26,3 %; unter den Abgängern ohne Migrationshintergrund lag der Anteil mit 59,8 % mehr als doppelt so hoch. Soweit die kurze Zeitreihe eine Einschätzung zulässt, lässt sich ein Trend zu höheren Bildungsabschlüssen bei beiden Gruppen feststellen. Ebenfalls für beide Gruppen gilt, dass Schülerinnen im Schnitt bessere Abschlüsse erhielten als ihre männlichen Mitschüler.

A.2.4 Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag

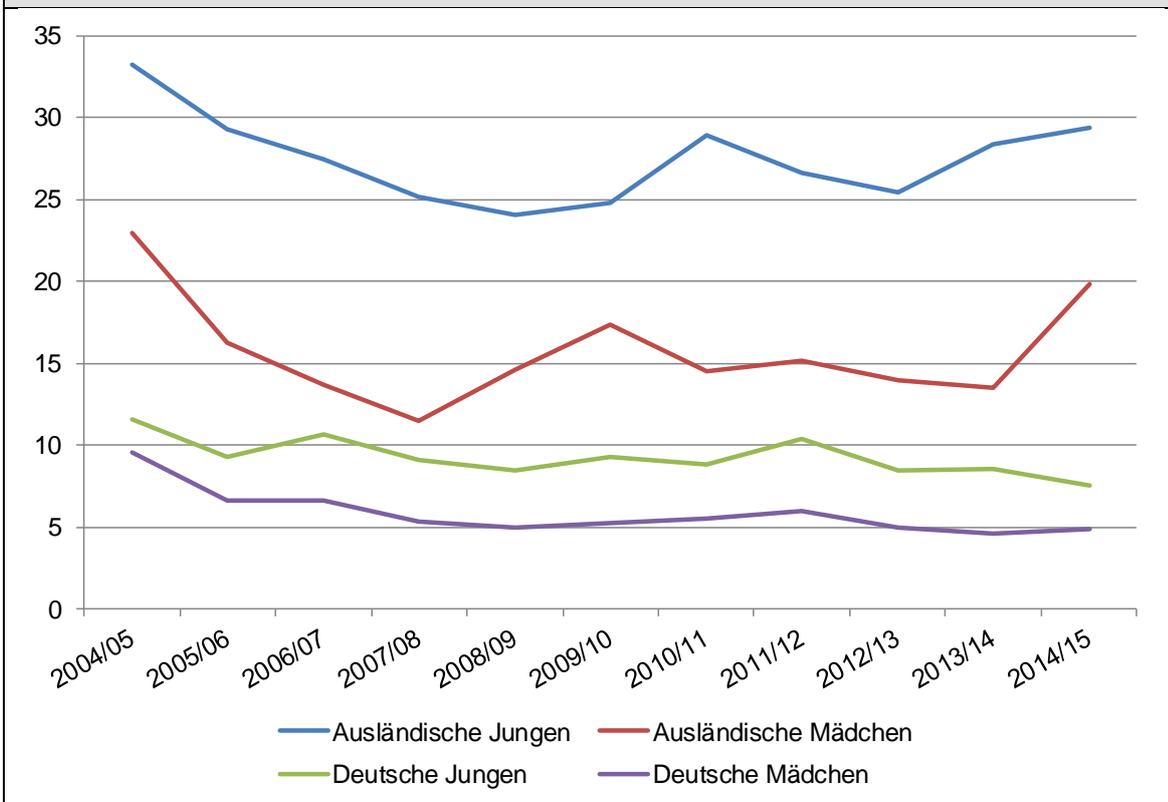
<i>Definition</i>	Anteil der Schüler ohne Ausbildungsvertrag an allen Schüler/-innen an Berufsschulen
<i>Relevanz</i>	Die meisten Jugendlichen streben, sofern sie nicht studieren wollen, beim Verlassen der Schule eine betriebliche Berufsausbildung an. Sie wird im dualen System, also in der Kombination von betrieblicher Ausbildung und Berufsschulbesuch, absolviert. Die Ausbildungsbetriebe entscheiden darüber, welche Bewerber einen Ausbildungsplatz bekommen. Das Bestehen eines vertraglichen Ausbildungsverhältnisses mit dem ausbildenden Betrieb stellt eine erste Integration in das Berufsleben dar. Wer dagegen keinen Ausbildungsvertrag abschließen konnte, gilt als Problemkandidat auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt.
<i>Datenquelle</i>	Hessisches Statistisches Landesamt (Schulstatistik, jeweils im Herbst des Schuljahres)
<i>Migrationshintergrund</i>	Nur Unterscheidung nach Deutschen und Ausländer/-innen möglich

Tab. 10: Anteil der Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag (in %)						
Schuljahr	Ausländische Schüler/-innen			Deutsche Schüler/-innen		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
2004/05	28,7	33,2	23,0	10,7	11,6	9,6
2005/06	23,7	29,3	16,3	8,1	9,3	6,6
2006/07	21,1	27,5	13,7	8,9	10,7	6,6
2007/08	18,9	25,2	11,5	7,4	9,1	5,3
2008/09	19,6	24,1	14,6	7,0	8,5	5,0
2009/10	21,5	24,8	17,4	7,5	9,3	5,2
2010/11	22,8	28,9	14,5	7,4	8,8	5,5
2011/12	21,7	26,6	15,2	8,4	10,4	6,0
2012/13	20,4	25,4	14,0	7,0	8,5	5,0
2013/14	22,4	28,4	13,5	6,9	8,5	4,6
2014/15	25,5	29,4	19,8	6,4	7,5	4,9

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (Schulstatistik)



Bild 10:
Anteil der Berufsschüler/-innen ohne Ausbildungsvertrag (in %)



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt



*Erhebliche Unterschiede
 beim Einstieg in den Beruf*

Zwischen deutschen und ausländischen Jugendlichen bestehen nach wie vor gravierende Unterschiede, was die Chancen auf ein vertragliches Ausbildungsverhältnis angeht. Zu Beginn des Schuljahres 2014/2015 hat jeder vierte ausländische Berufsschüler keinen Ausbildungsplatz, bei den deutschen Schülerinnen und Schülern trifft das lediglich auf 6 % zu. Jungen Männern ausländischer Nationalität fällt der Einstieg ins Berufsleben besonders schwer: Fast jeder dritte von ihnen scheitert daran, einen Ausbildungsvertrag abzuschließen. Und in den letzten beiden Jahren hat sich die Situation für ausländische Jugendliche sogar noch deutlich verschärft.

3. Integration in den Arbeitsmarkt

A.3.1 Beschäftigtenquote

<i>Definition</i>	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort an der 18- bis 64-jährigen Bevölkerung
<i>Relevanz</i>	Die Beschäftigtenquote gibt Auskunft darüber, inwieweit die Wiesbadener Ausländerinnen und Ausländer in den Arbeitsmarkt der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung integriert sind. Eine gelingende Partizipation am Arbeitsmarkt bildet eine Voraussetzung für die Erzielung eines eigenen Einkommens, das wiederum eine selbstbestimmte Lebensführung und gesellschaftliche Teilhabe erleichtert. Nicht zuletzt ermöglicht der Arbeitsplatz Kontakte zwischen Deutschen und Zugewanderten, die einen wichtigen Stellenwert für die Integration haben.
<i>Datenquelle</i>	Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik, jeweils 30. September). Durch eine Revision der Beschäftigtenstatistik von August 2014 mussten Daten früherer Zeitpunkte korrigiert werden.
<i>Migrationshintergrund</i>	Nur Unterscheidung nach Deutschen und Ausländer/-innen möglich
<i>Methodische Hinweise</i>	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sind nur eine Teilgruppe der Erwerbstätigen. Erfasst werden alle Angestellten, die der Sozialversicherungspflicht unterliegen; Selbständige, Beamte und mithelfende Familienangehörige sind nicht enthalten.

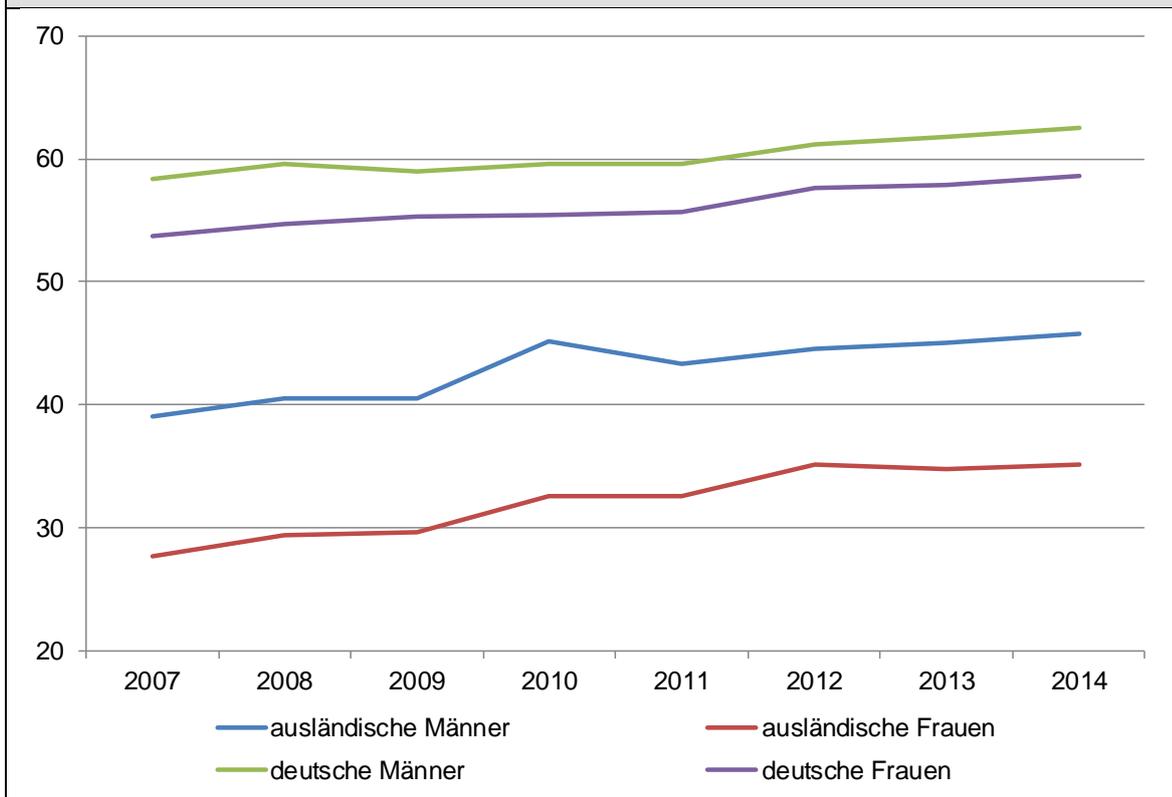
Tab. 11:
Beschäftigtenquote 2007 bis 2014 (in %)

Jahr	Ausländer			Deutsche		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
2007	33,4	39,0	27,7	56,0	58,4	53,8
2008	35,0	40,6	29,4	57,1	59,5	54,7
2009	35,1	40,5	29,6	57,0	58,9	55,3
2010	38,8	45,2	32,5	57,4	59,5	55,5
2011	38,0	43,4	32,5	57,6	59,6	55,7
2012	39,9	44,5	35,1	59,4	61,2	57,7
2013	40,0	45,0	34,8	59,8	61,8	57,9
2014	40,6	45,8	35,1	60,5	62,5	58,6

Jeweils 30. September
Quelle: Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik)



Bild 11:
Beschäftigtenquote 2007 bis 2014 (in %)



Jeweils 30. September
Quelle: Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik)



Steigende Beschäftigtenquoten der Ausländerinnen und Ausländer

41 % der 18- bis 64-jährigen Ausländer und 61 % der erwerbsfähigen Deutschen gehen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. Die Beschäftigtenquote der Ausländer ist auch im vergangenen Jahr leicht gestiegen. Besonders gering ist nach wie vor die Erwerbsbeteiligung ausländischer Frauen, die allerdings seit einigen Jahren - mit Ausnahme des Jahres 2013 - steigt.

A.3.2 Berufliche Qualifikation der Beschäftigten

Definition

Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort nach formaler beruflicher Ausbildung an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, für die Angaben zur Qualifikation vorliegen.

Relevanz

Die formale berufliche Qualifikation ist eine wesentliche Voraussetzung, um Positionen mit angemessenem Einkommen und Arbeitsplatzsicherheit zu erreichen. Gerade in Deutschland sind für fast alle Berufe spezifische Ausbildungsgänge und -inhalte vorgeschrieben. Folglich ist es als Integrationshemmnis zu interpretieren, wenn Ausländer/-innen keine Berufsausbildung haben oder ihre im Ausland erworbene Ausbildung nicht anerkannt wird. Demgegenüber steigen die Chancen zur Integration, wenn aufgrund einer guten beruflichen Qualifikation entsprechende Positionen auf dem Arbeitsmarkt erreicht werden können.

Datenquelle

Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik, jeweils 30. September. Für das Jahr 2011 30. Juni, für das Jahr 2012 31. Dezember). Durch eine Revision der Beschäftigtenstatistik von August 2014 mussten Daten früherer Zeitpunkte korrigiert werden.

Migrationshintergrund

Nur Unterscheidung nach Deutschen und Ausländer/-innen möglich

Methodische Hinweise

Aufgrund einer Umstellung im Meldeverfahren zur Sozialversicherung liegen zwischen dem 30.06.2011 und dem 31.12.2012 keine Informationen zum höchsten beruflichen Ausbildungsabschluss vor. Beim Vergleich von Daten ab dem Stichtag 31.12.2012 mit denen vorangegangener Stichtage ist zu beachten, dass Arbeitgeber im Zuge der Umstellung die Angaben zum Berufsabschluss ihrer Beschäftigten häufig korrigiert haben, so dass sich allein aufgrund dessen die Struktur der Abschlüsse verändert hat - auf Bundesebene leicht zugunsten abgeschlossener Berufsausbildungen und akademischer Abschlüsse. Einschränkend muss angemerkt werden, dass insbesondere bei ausländischen Beschäftigten der Anteil, bei denen keine Angabe zur beruflichen Qualifikation vorliegt, bei ca. 30 % liegt.

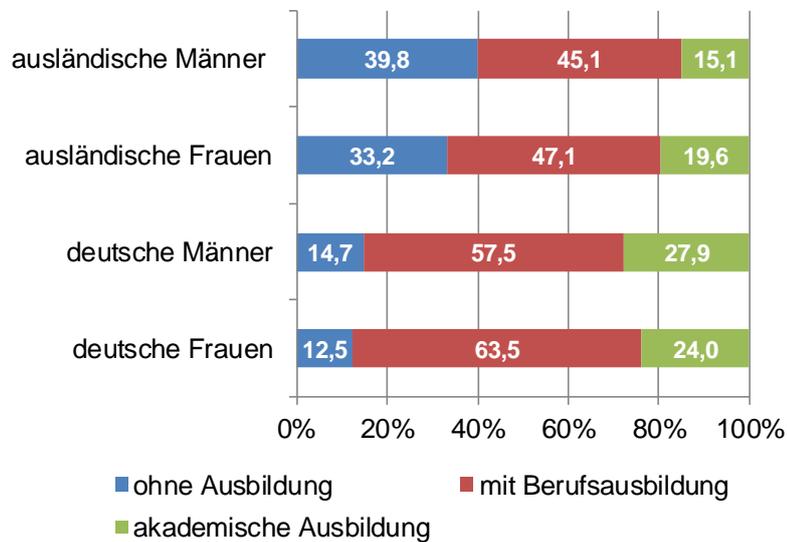
**Tab. 12:
Berufliche Qualifikation der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2007 bis 2014**

Art der beruflichen Ausbildung	Jahr	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte					
		Ausländer			Deutsche		
		insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
		%			%		
ohne Berufs- ausbildung	2007	41,8	41,4	42,5	16,5	16,2	16,9
	2008	41,3	40,5	42,5	16,7	16,6	16,8
	2009	40,2	39,5	41,3	16,5	16,5	16,6
	2010	39,2	38,5	40,1	16,2	16,4	16,0
	2011	37,8	37,5	38,2	15,3	15,4	15,1
	2012	37,1	38,8	35,0	13,8	14,5	13,0
	2013	37,4	39,8	34,4	13,8	14,7	12,9
	2014	36,9	39,8	33,2	13,6	14,7	12,5
mit Berufs- ausbildung	2007	47,6	48,6	46,0	62,1	59,3	64,9
	2008	47,4	48,7	45,4	61,2	58,3	64,2
	2009	47,7	49,1	45,7	60,7	57,9	63,5
	2010	48,2	49,6	46,1	60,1	57,4	62,9
	2011	49,1	50,4	47,4	60,2	57,5	63,0
	2012	46,0	45,8	46,3	61,3	58,1	64,5
	2013	45,7	45,1	46,5	61,0	58,0	64,0
	2014	46,0	45,1	47,1	60,5	57,5	63,5
mit (Fach-) Hochschul- ausbildung	2007	10,6	10,0	11,5	21,4	24,6	18,2
	2008	11,3	10,8	12,0	22,1	25,0	19,1
	2009	12,1	11,4	13,1	22,8	25,6	20,0
	2010	12,6	11,8	13,7	23,6	26,2	21,0
	2011	13,1	12,1	14,4	24,5	27,1	21,9
	2012	16,8	15,4	18,7	24,9	27,4	22,4
	2013	16,8	15,1	19,0	25,2	27,2	23,2
	2014	17,1	15,1	19,6	26,0	27,9	24,0

Jeweils 30. September (2011: 30.06., 2012: 31.12.).
 Bezogen auf diejenigen Beschäftigten mit Angaben zur beruflichen Qualifikation.
 Quelle: Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik)



Bild 12:
Berufliche Qualifikation der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2014



30. September
Quelle: Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik)



*Qualifikationsniveau
der ausländischen Beschäftigten
steigt*

Nach wie vor unterscheidet sich die bekannte formale berufliche Bildung der deutschen und ausländischen Beschäftigten erheblich voneinander. Fast 40 % der ausländischen Männer und 33 % der ausländischen Frauen haben keine anerkannte Berufsausbildung - bei den deutschen Beschäftigten ist das lediglich bei jeder bzw. jedem Achten der Fall. Positiv ist zu vermerken, dass der Anteil der formal nicht Qualifizierten seit Jahren kontinuierlich sinkt - und die Akademikerquote bei den ausländischen Beschäftigten steigt: von 11 % im Jahr 2007 auf 17 % im Jahr 2014.

A.3.3 Geringfügige Beschäftigung

<i>Definition</i>	Anteil geringfügig Beschäftigter am Wohnort an der Beschäftigung (sozialversicherungspflichtige + geringfügige) insgesamt
<i>Relevanz</i>	Eine ausschließlich geringfügige Beschäftigung kann als prekäres Arbeitsverhältnis angesehen werden mit negativen Auswirkungen im Hinblick auf Einkommenshöhe, Arbeitsplatzsicherheit und mangelnde soziale Absicherung.
<i>Datenquelle</i>	Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik, jeweils 30. September). Durch eine Revision der Beschäftigtenstatistik von August 2014 mussten Daten früherer Zeitpunkte korrigiert werden.
<i>Migrationshintergrund</i>	Nur Unterscheidung nach Deutschen und Ausländer/-innen möglich
<i>Methodische Hinweise</i>	Berücksichtigt werden diejenigen Minijobber, die ausschließlich eine geringfügige Beschäftigung ausüben, nicht diejenigen, die zusätzlich zu einer regulären Beschäftigung einen 450-Euro Job haben.

Tab. 13:
Geringfügige Beschäftigung 2007 bis 2014

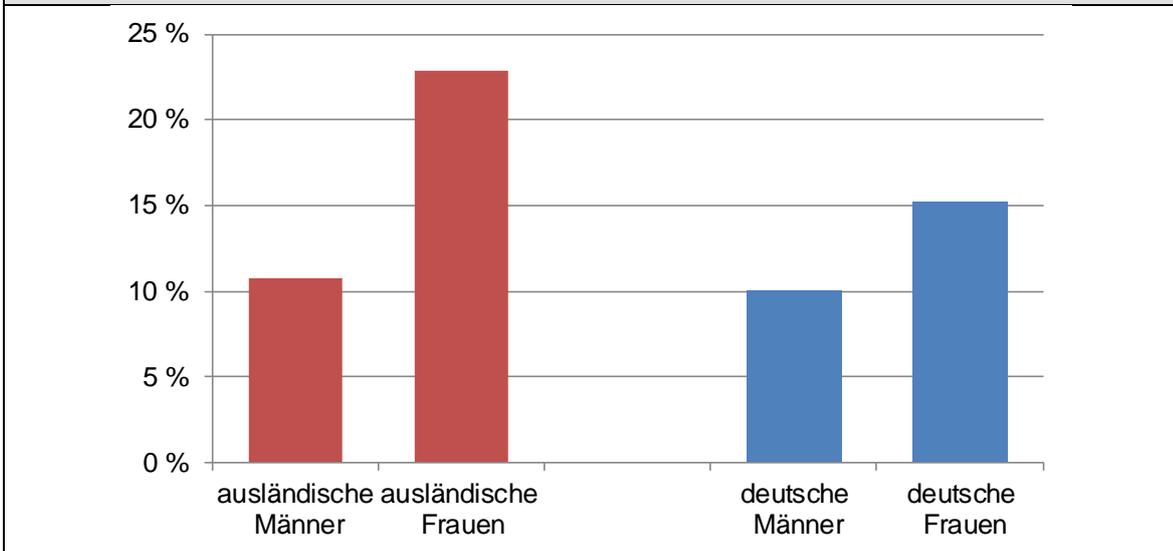
Jahr	Ausländische Minijobber			Deutsche Minijobber		
	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
	%			%		
2007	16,5	10,2	24,2	13,0	9,2	16,5
2008	16,3	9,8	24,1	12,9	9,3	16,2
2009	17,8	11,3	25,3	13,2	9,9	16,3
2010	17,2	11,0	24,5	13,0	9,7	16,1
2011	17,3	10,7	24,7	13,0	9,9	16,0
2012	16,8	10,6	23,6	12,6	9,8	15,3
2013	16,7	10,6	23,6	12,6	9,8	15,2
2014	16,4	10,8	22,9	12,6	10,0	15,2

Jeweils 30. September

Quelle: Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik)



**Bild 13:
Geringfügige Beschäftigung 2014**



30. September

Quelle: Agentur für Arbeit (Beschäftigtenstatistik)



Minijobquote bei ausländischen Frauen am höchsten

Ausländer nehmen deutlich häufiger als Deutsche eine geringfügige Beschäftigung auf: Im Jahr 2014 arbeiten 16 % aller ausländischen und 13 % der deutschen Angestellten ausschließlich in einem Minijob. Erfreulicherweise hat sich dieser Anteil bei den Ausländern seit dem Jahr 2011 etwas verringert. In beiden Bevölkerungsgruppen sind vor allem die Frauen lediglich geringfügig beschäftigt - bei den ausländischen Frauen ist es knapp jede Vierte.

A.3.4 Arbeitslosigkeit

<i>Definition</i>	Anteil der registrierten Arbeitslosen (SGB II und SGB III) an den Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose)
<i>Relevanz</i>	Eine hohe Arbeitslosigkeit ist ein Anzeichen für misslungene Integration in den Arbeitsmarkt.
<i>Datenquelle</i>	Agentur für Arbeit (Arbeitslosenstatistik), eigene Berechnungen (jeweils September)
<i>Migrationshintergrund</i>	Nur Unterscheidung nach Deutschen und Ausländer/-innen möglich

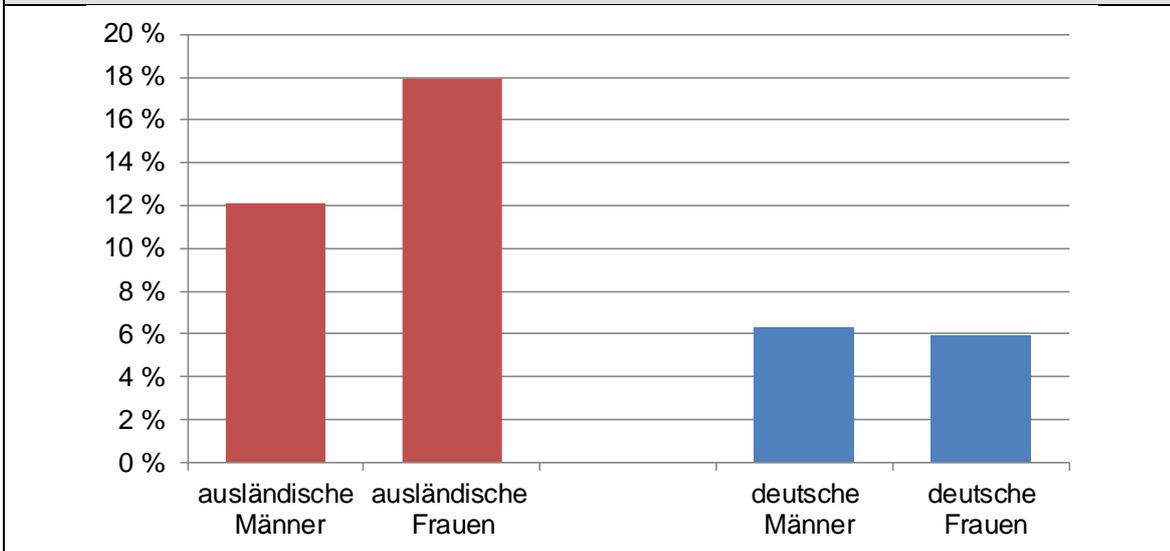
Tab. 14:
Arbeitslosenquoten 2007 bis 2014

Jahr	Ausländer			Deutsche		
	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
	%			%		
2007	15,3	13,0	18,3	6,9	7,0	6,7
2008	13,5	11,2	16,5	6,0	6,0	6,0
2009	15,2	12,9	18,2	6,9	7,1	6,8
2010	14,8	12,3	17,9	6,8	7,0	6,6
2011	13,3	11,1	16,1	5,9	6,1	5,8
2012	13,7	11,6	16,5	6,1	6,3	5,9
2013	13,9	11,7	16,5	6,1	6,4	5,9
2014	14,6	12,1	17,9	6,1	6,3	5,9

Jeweils September
Quelle: Agentur für Arbeit (Arbeitslosenstatistik, eigene Berechnungen)



Bild 14:
Arbeitslosenquoten 2014



September

Quelle: Agentur für Arbeit (Arbeitslosenstatistik, eigene Berechnungen)



*Ausländer stärker
von Arbeitslosigkeit betroffen
als Deutsche*

Ausländerinnen und Ausländer sind immer noch mehr als doppelt so häufig von Arbeitslosigkeit betroffen wie Deutsche - zudem ist die Arbeitslosenquote der Ausländer im vergangenen Jahr gestiegen. Die aktuelle Arbeitslosenquote der Ausländer/-innen liegt bei 14,6 %, die der Deutschen beträgt 6,1 %. Eine wesentliche Ursache liegt sicherlich im unterschiedlichen beruflichen Qualifikationsniveau der deutschen und ausländischen Bevölkerung. Während deutsche Frauen weniger häufig als Arbeitslose registriert sind als deutsche Männer, ist es bei den Ausländerinnen umgekehrt.

A.3.5 Jugendarbeitslosigkeit

Definition

Anteil der registrierten unter 25-jährigen Arbeitslosen (SGB II und SGB III) an den unter 25-jährigen Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose)

Relevanz

Wenn Ausländerinnen und Ausländer schon in jungen Jahren keinen Einstieg in den Arbeitsmarkt finden, ist das

ein besonders prekäres Zeichen nicht gelungener Integration.

Datenquelle

Agentur für Arbeit (Arbeitslosenstatistik), eigene Berechnungen (jeweils September)

Migrationshintergrund

Nur Unterscheidung nach Deutschen und Ausländer/-innen möglich

Tab. 15:
Arbeitslosenquoten der unter 25-Jährigen 2007 bis 2014

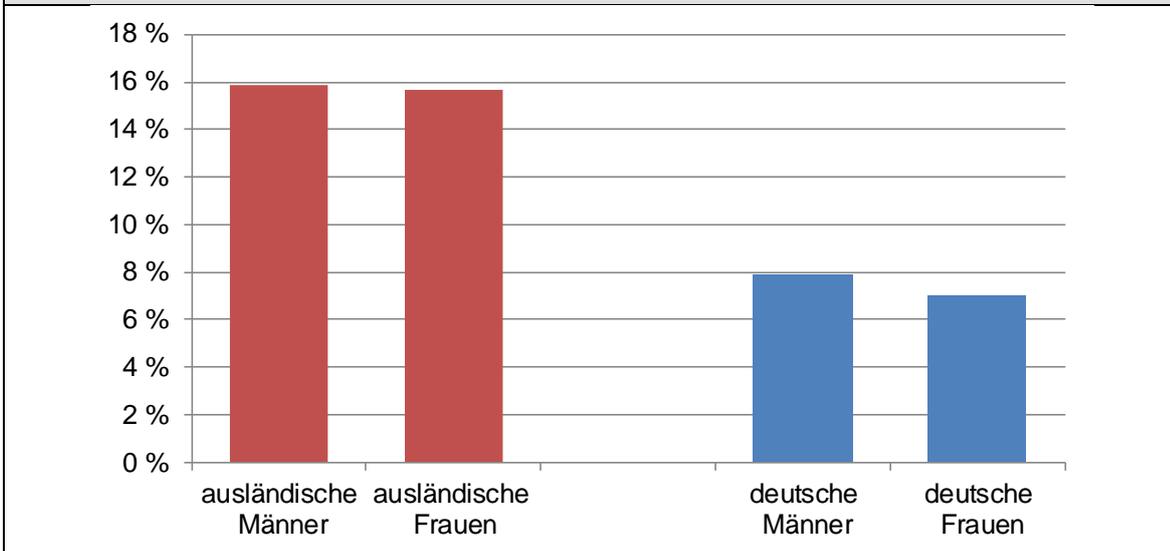
Jahr	Ausländer			Deutsche		
	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
	%			%		
2007	15,9	14,4	17,6	8,5	9,1	7,9
2008	15,1	14,2	16,1	8,4	8,7	8,2
2009	14,1	12,9	15,4	9,2	9,8	8,7
2010	16,2	14,7	17,9	9,1	10,1	8,2
2011	11,9	11,8	12,0	7,6	7,7	7,5
2012	12,6	12,7	12,4	7,5	8,1	6,9
2013	12,8	12,1	13,7	7,6	8,4	6,8
2014	15,8	15,9	15,7	7,4	7,9	7,0

Jeweils September

Quelle: Agentur für Arbeit (Arbeitslosenstatistik, eigene Berechnungen)



Bild 15:
Arbeitslosenquoten der unter 25-Jährigen 2014



Jeweils September
Quelle: Agentur für Arbeit (Arbeitslosenstatistik, eigene Berechnungen)



Arbeitslosigkeit ausländischer junger Männer am höchsten

Die Arbeitslosigkeit der unter 25-jährigen Ausländerinnen und Ausländer (15,8 %) liegt über der der jungen Deutschen (7,4 %). Junge ausländische Männer sind dabei aktuell etwas häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als junge Frauen - im Vergleich zum Vorjahr ist ihre Arbeitslosenquote zudem besonders deutlich gestiegen.

A.3.6 SGB II-Bezugsquote

Definition

Anteil der erwerbsfähigen Leistungsbezieher nach dem Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II) an der 15- bis 64-jährigen Bevölkerung

Relevanz

Sozialleistungen nach dem SGB II erhalten Personen, die entweder langzeitarbeitslos sind oder deren Einkommen unter dem Regelsatz liegt („Aufstocker“). Eine hohe SGB II-Quote ist somit ein Indikator für eine mangelnde Integration in den Arbeitsmarkt und wird auch allgemein als Armutsrisiko angesehen.

Datenquelle

Agentur für Arbeit (Statistik zur Grundsicherung für Arbeitssuchende, jeweils September)

Migrationshintergrund

Nur Unterscheidung nach Deutschen und Ausländer/
-innen möglich

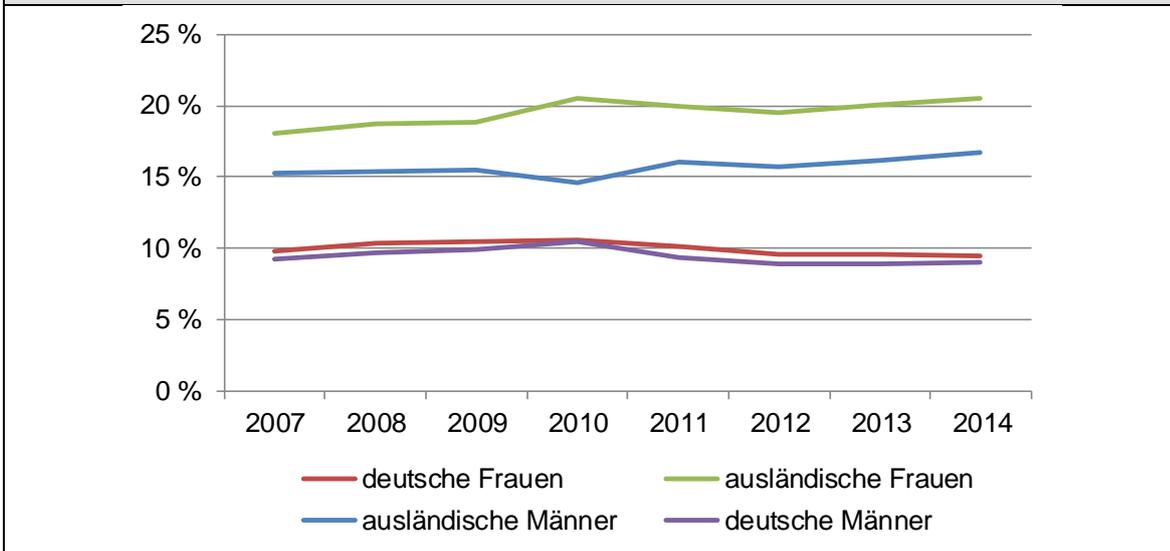
**Tab. 16:
SGB II-Bezugsquote 2007 bis 2014**

Jahr	Ausländer			Deutsche		
	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
	%			%		
2007	16,6	15,2	18,0	9,6	9,3	9,8
2008	17,0	15,4	18,7	10,0	9,6	10,3
2009	17,2	15,5	18,9	10,2	9,9	10,5
2010	17,4	14,6	20,6	10,5	10,4	10,6
2011	18,0	16,0	19,9	9,8	9,4	10,1
2012	17,6	15,7	19,6	9,2	8,9	9,6
2013	18,1	16,1	20,1	9,2	8,8	9,6
2014	18,6	16,7	20,5	9,2	9,0	9,5

Jeweils September
Quelle: Agentur für Arbeit (Grundsicherungsstatistik)



Bild 16:
SGB II-Bezugsquote 2007 bis 2014



Jeweils September
Quelle: Agentur für Arbeit (Grundsicherungsstatistik)



Ausländische Frauen am ehesten auf Sozialleistungen angewiesen

Im Jahr 2014 sind 18,6 % aller ausländischen und 9,2 % aller deutschen Wiesbadener im erwerbsfähigen Alter auf SGB II-Leistungen angewiesen. Dabei klappt die Schere immer weiter auseinander: Seit dem Jahr 2010 ist die SGB II-Quote der Deutschen gesunken oder zumindest konstant geblieben, die der Ausländerinnen und Ausländer tendenziell gestiegen. Frauen - insbesondere aber die ausländischen Frauen - sind eher auf staatliche Sozialleistungen angewiesen als Männer.

4. Integration in den Wohnungsmarkt

A.4.1 Segregationsindex

Definition

Der Segregationsindex⁶ berechnet sich aus der Summe der absoluten Differenzen zwischen den Anteilen verschiedener Bevölkerungsgruppen in den städtischen Teilgebieten. Im Rahmen des Integrationsmonitorings wird das Ausmaß der *ethnischen* Segregation quantifiziert.

⁶ DUNCAN, O.D./DUNCAN, B.: Residential Distribution and Occupational Stratification. In: American Journal of Sociology 60 (1955), S. 493 - 503.

$$\frac{1}{2} \sum_{i=1}^n \left| \frac{a(i)}{A} - \frac{b(i)}{B} \right| \cdot 100$$

mit

$a(i)$ = Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Planungsraum i

A = Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Wiesbaden

$b(i)$ = Bevölkerung ohne Migrationshintergrund im Planungsraum i

B = Bevölkerung ohne Migrationshintergrund in Wiesbaden

n = Zahl der Planungsräume in Wiesbaden (= 143)

Relevanz

Der Indikator, dessen Wert zwischen 0 und 100 liegt, misst die räumliche Konzentration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund auf bestimmte Wohngebiete. Je höher der Segregationsindex ist, desto stärker konzentriert sich die Bevölkerung mit Migrationshintergrund innerhalb der Stadt. Würden beispielsweise in allen Stadtteilen (Planungsräumen) entweder nur Migranten oder nur Nicht-Migranten leben, so läge der Segregationsindex bei 100. Falls umgekehrt der Migrantenanteil in allen Stadtteilen gleich groß wäre, würde der Index den Wert 0 annehmen.

Es ist davon auszugehen, dass weniger segregierte Stadtteile oder Nachbarschaften bessere Bedingungen für Kontakt und Begegnung bereitstellen als stärker segregierte Stadtteile. Letztlich gibt der Segregationsindex Hinweise auf Kontaktchancen, lässt aber keine Rückschlüsse auf die Existenz von freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Bevölkerungsgruppen zu.

Datenquelle

Bestandsdatensatz Einwohnerwesen
(jeweils 31. Dezember)

Migrationshintergrund

Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit, ausländischer Geburtsort, Einbürgerung oder familiärer Migrationshintergrund.

Methodische Hinweise

Der Indexwert kann interpretiert werden als das Ausmaß in Prozent, in dem die Mitglieder einer der betrachteten Teilgruppen umziehen müssten, um eine Gleichverteilung über alle städtischen Teilgebiete (hier: Planungsräume) zu erreichen.

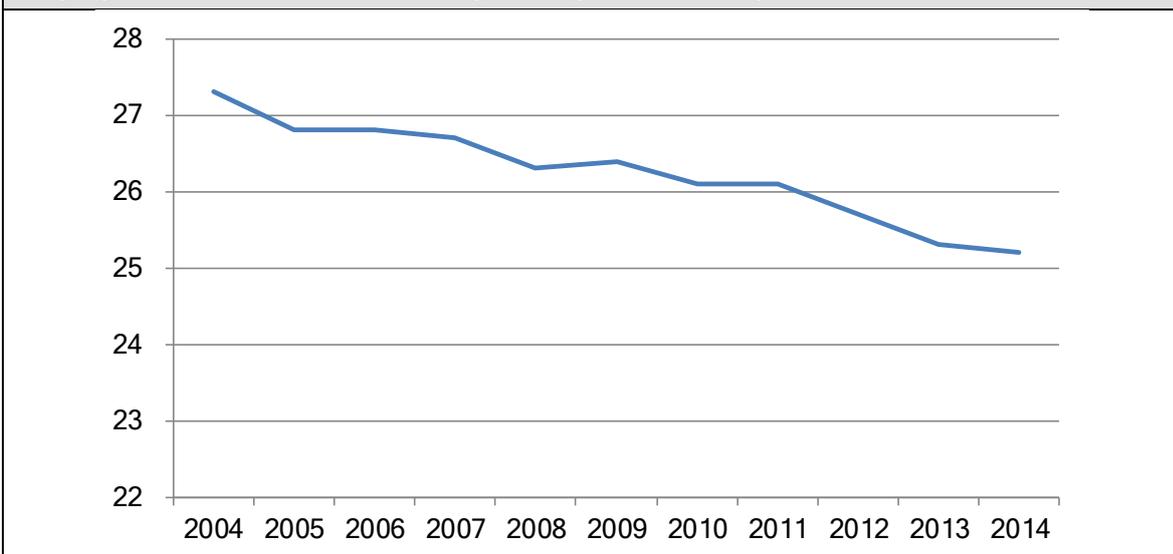
Tab. 17:
Segregationsindex der Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2004 bis 2014

Jahr	Segregationsindex
2004	27,3
2005	26,8
2006	26,8
2007	26,7
2008	26,3
2009	26,4
2010	26,1
2011	26,1
2012	25,7
2013	25,3
2014	25,2

Jeweils 31. Dezember
Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen, eigene Berechnungen



Bild 17:
Segregationsindex der Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2004 bis 2014



Jeweils 31. Dezember
Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen, eigene Berechnungen



Tendenz sinkend

Im Beobachtungszeitraum ist eine leicht rückläufige Tendenz auszumachen. Das heißt: Die räumliche Konzentration der Migranten auf einzelne Stadtteile hat geringfügig abgenommen. Aber noch immer müsste - rein rechnerisch - mehr als ein Viertel der Migrantenbevölkerung (oder alternativ: der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund) in einen anderen Planungsraum umziehen, um eine Gleichverteilung innerhalb der Stadt herzustellen.

A.4.2 Wohnungseigentümerquote

<i>Definition</i>	Anteil der Haushalte in selbstgenutztem Wohneigentum an allen Haushalten
<i>Relevanz</i>	Die Eigentümerquote misst die Integration in den Wohnungs- und Immobilienmarkt. Sie gibt einerseits Aufschluss über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, andererseits ist sie ein Indikator für eine dauerhafte Aufenthaltsorientierung.
<i>Datenquelle</i>	Bestandsdatensatz Einwohnerwesen, Haushaltgenerierung; Amt für Bodenmanagement (jeweils 31. Dezember)
<i>Migrationshintergrund</i>	Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit, ausländischer Geburtsort, Einbürgerung oder familiärer Migrationshintergrund
<i>Methodische Hinweise</i>	Betrachtet werden Haushalte, in denen ausschließlich Personen mit bzw. ohne Migrationshintergrund leben. „Gemischte“ Haushalte werden nicht berücksichtigt.

Tab. 18:
Wohnungseigentümerquote 2006 bis 2014

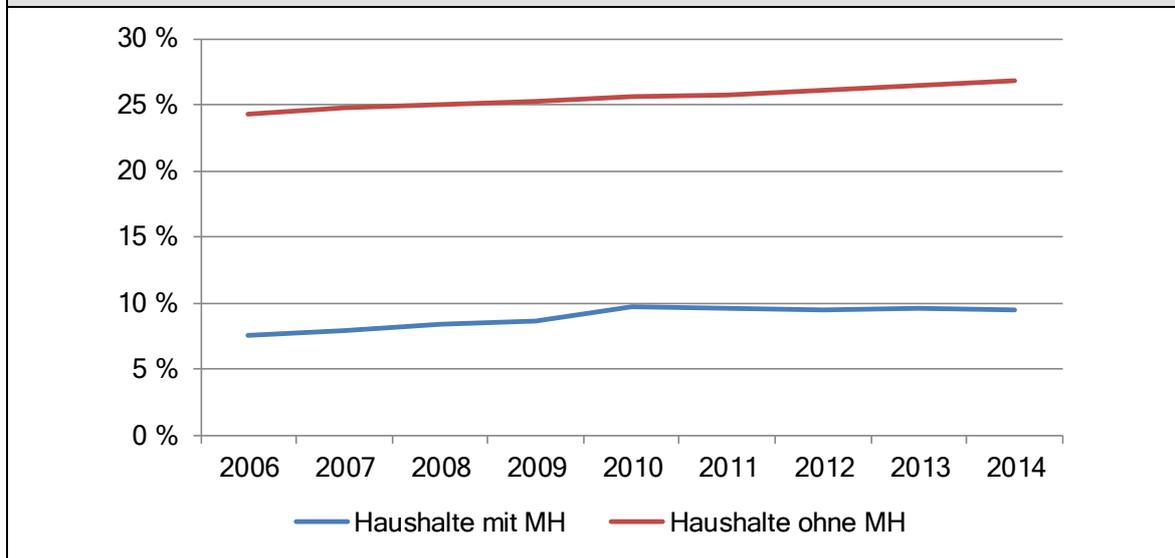
Jahr	Eigentümerquote von Haushalten	
	mit Migrationshintergrund	ohne Migrationshintergrund
	%	%
2006	7,6	24,3
2007	8,0	24,8
2008	8,4	25,1
2009	8,6	25,3
2010	9,7	25,7
2011	9,6	25,8
2012	9,6	26,2
2013	9,6	26,5
2014	9,5	26,9

Jeweils 31. Dezember.

Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen, Haushaltgenerierung; Amt für Bodenmanagement



Bild 18:
Wohnungseigentümerquote 2006 bis 2014



MH = Migrationshintergrund

Jeweils 31. Dezember.

Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen, Haushalgenerierung; Amt für Bodenmanagement



Nur wenige Migranten leben in den eigenen vier Wänden

Im Beobachtungszeitraum lässt sich insgesamt ein leichter Anstieg der Eigentümerquoten feststellen; bei Migranten stagniert die Quote allerdings seit 2010. Aktuell erreicht der Anteil der Haushalte, die über selbstgenutztes Wohneigentum verfügen, bei Migranten 9,5 % und liegt damit nicht einmal halb so hoch wie bei Einheimischen (26,9 %).

Indikatoren zur kulturellen Integration

B.1 Spracherwerb

Definition

Anteil der Kinder, die fehlerfrei oder mit leichten Fehlern deutsch sprechen.

Relevanz

Der Entwicklung der sprachlichen Fähigkeiten kommt für die kulturelle Integration eine Schlüsselrolle zu. Von den Sprachkenntnissen hängt der Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt ab. Unzureichende Sprachkenntnisse dagegen schränken die Kontakt- und Informationsmöglichkeiten ein. Umso entscheidender ist eine frühzeitige Beherrschung der deutschen Sprache und

<i>Datenquelle</i>	<p>- wenn es daran mangelt - eine rechtzeitige und wirksame Sprachförderung. Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung)</p>
<i>Migrationshintergrund</i>	<p>Anlässlich der Schuleingangsuntersuchung wird der Migrationshintergrund über die Herkunft der Eltern erfragt. Ein Migrationshintergrund besteht, wenn beide Elternteile (oder der alleinerziehende Elternteil) einer anderen Ethnie angehört. Bei Kindern aus „gemischten“ Ehen wird ein Migrationshintergrund unterstellt, wenn der nichtdeutsche Elternteil kulturell oder sprachlich stark prägt. Ein Migrationshintergrund wird auch dann angenommen, wenn in der Familie eine andere Sprache als Deutsch gesprochen wird oder das Kind bis zum dritten Lebensjahr eine andere Sprache als Muttersprache erlernt hat.</p>
<i>Methodische Hinweise</i>	<p>Der Befund wird nur bei Kindern mit Migrationshintergrund erhoben. Der Indikator entstammt dem ursprünglich von nordrhein-westfälischen Gesundheitsbehörden entwickelten und eingesetzten „Screening des Entwicklungsstandes bei Einschulungsuntersuchungen“ (S-ENS) sowie dem Nachfolgeverfahren SOPESS („Sozialpädiatrisches Entwicklungsscreening für Schuleingangsuntersuchungen“). Die Deutschkenntnisse werden auf einer fünfstufigen Skala beurteilt.</p>

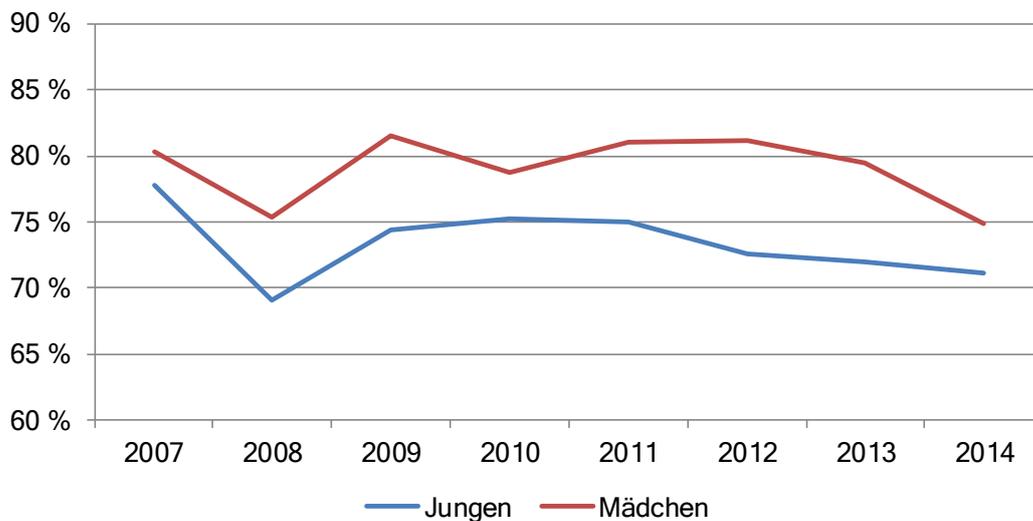
Tab. 19:
Anteil der Kinder, die fehlerfrei oder mit leichten Fehlern deutsch sprechen

Jahr	Kinder mit Migrationshintergrund		
	zusammen	Jungen	Mädchen
%			
2007	78,9	77,8	80,3
2008	72,0	69,0	75,3
2009	77,9	74,4	81,5
2010	76,8	75,2	78,7
2011	77,7	75,0	81,0
2012	76,7	72,6	81,2
2013	75,6	72,0	79,4
2014	73,0	71,1	74,9

Quelle: Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung)



Bild 19:
Anteil der Kinder, die fehlerfrei oder mit leichten Fehlern deutsch sprechen



MH = Migrationshintergrund

Quelle: Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung)



*Drei von vier Schulanfängern
 ausländischer Herkunft sprechen
 fehlerfrei oder mit leichten
 Fehlern Deutsch*

Bei der letzten Schuleingangsuntersuchung wurde festgestellt, dass in Wiesbaden 73 % der Kinder ausländischer Herkunft Deutsch entweder fehlerfrei oder mit nur leichten Fehlern sprechen. Seit 2011 hat sich der Wert kontinuierlich verschlechtert, was überwiegend auf den verstärkten Neu-Zuzug von Migrantenfamilien zurückzuführen ist.

Mädchen zeigen seit Jahren deutlich bessere Sprachfähigkeiten als Jungen.

B.2 Gesundheit / Übergewicht

Definition

Anteil der Kinder mit Übergewicht an allen einzuschulenden Kindern

Relevanz

Der Gesundheitszustand ist eine wesentliche Dimension der Lebenslage und hat Einfluss auf zahlreiche andere Bereiche. Die Prävalenz von Übergewicht indiziert ein erhöhtes Gesundheitsrisiko, denn übergewichtige Kinder leiden vermehrt an orthopädischen Beschwerden und weisen motorische Defizite auf.

Ein Zusammenhang zwischen Übergewicht und Migrationshintergrund ist aufschlussreich für die Ausrichtung von Präventionsmaßnahmen. Unterschiede können - neben dem Sozialstatus - auf das kulturell geprägte Ess- und Freizeitverhalten zurückgeführt werden.

Datenquelle

Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung)

Migrationshintergrund

Anlässlich der Schuleingangsuntersuchung wird der Migrationshintergrund über die Herkunft der Eltern erfragt. Ein Migrationshintergrund besteht, wenn beide Elternteile (oder der alleinerziehende Elternteil) einer anderen Ethnie angehört. Bei Kindern aus „gemischten“ Ehen wird ein Migrationshintergrund unterstellt, wenn der nichtdeutsche Elternteil kulturell oder sprachlich stark prägt. Ein Migrationshintergrund wird auch dann angenommen, wenn in der Familie eine andere Sprache als Deutsch gesprochen wird oder das Kind bis zum dritten Lebensjahr eine andere Sprache als Muttersprache erlernt hat.

Methodische Hinweise

Grundlage für die Diagnose von Übergewicht bei Kindern sind die alters- und geschlechtsspezifischen Referenzwerte für den Body-Mass-Index.⁷

⁷ Kromeyer-Hauschild, K. und andere (2001): Perzentile für den Bodymass-Index für das Kindes- und Jugendalter unter Heranziehung verschiedener deutscher Stichproben. Monatsschrift Kinderheilkunde, S. 807 - 818.

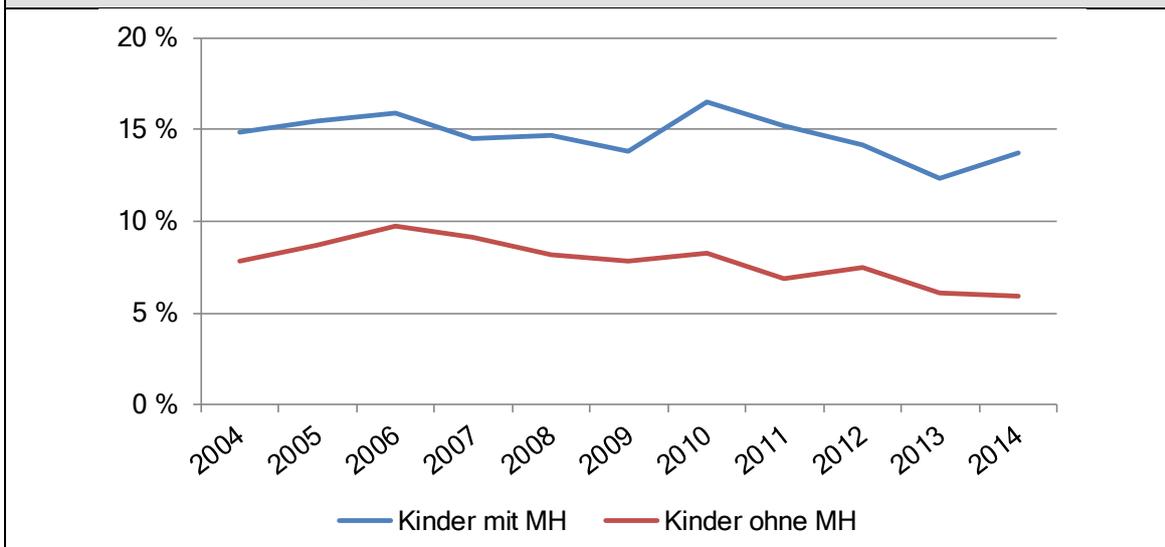
Tab. 20:
Anteil der Kinder mit Übergewicht an allen einzuschulenden Kindern

Jahr	Kinder mit Migrationshintergrund			Kinder ohne Migrationshintergrund		
	zusammen	Jungen	Mädchen	zusammen	Jungen	Mädchen
	%			%		
2004	14,9	15,6	14,1	7,8	8,3	7,4
2005	15,5	15,9	15,1	8,7	8,7	8,7
2006	15,9	16,9	14,7	9,7	10,8	8,5
2007	14,5	14,1	14,9	9,1	8,5	9,8
2008	14,7	14,5	14,9	8,2	7,2	9,2
2009	13,8	12,4	15,1	7,8	7,7	8,0
2010	16,5	18,0	14,8	8,3	8,1	8,5
2011	15,2	17,0	13,1	6,9	6,1	7,8
2012	14,2	15,4	12,9	7,5	7,3	7,7
2013	12,3	11,7	13,0	6,1	4,8	7,7
2014	13,7	15,1	12,2	5,9	6,1	5,8

Quelle: Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung)



Bild 20:
Anteil der Kinder mit Übergewicht an allen einzuschulenden Kindern



MH = Migrationshintergrund

Quelle: Gesundheitsamt (Schuleingangsuntersuchung)



*Kinder ausländischer Herkunft
häufiger zu dick*

Während der Anteil übergewichtiger Schulanfänger bei Kindern deutscher Eltern 2014 niedriger war als in den zehn Jahren zuvor, hat er sich bei Kindern mit ausländischen Wurzeln wieder etwas erhöht. Nach wie vor wurde der Befund „Übergewicht“ bei Kindern ausländischer Herkunft etwa doppelt so häufig erhoben wie bei Kindern ohne Migrationshintergrund.

Indikatoren zur sozialen Integration

C.1.1 Langer Aufenthalt in Deutschland

Definition

Anteil der Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer von 20 und mehr Jahren in Deutschland an allen Ausländern

Relevanz

Mit zunehmender Aufenthaltsdauer geht in der Regel eine zunehmende Vertrautheit mit den Lebensbedingungen in Deutschland und damit eine große Chance zur sozialen Integration einher.

Datenquelle

Ausländerbehörde (LaDiVA, jeweils 31. Dezember)

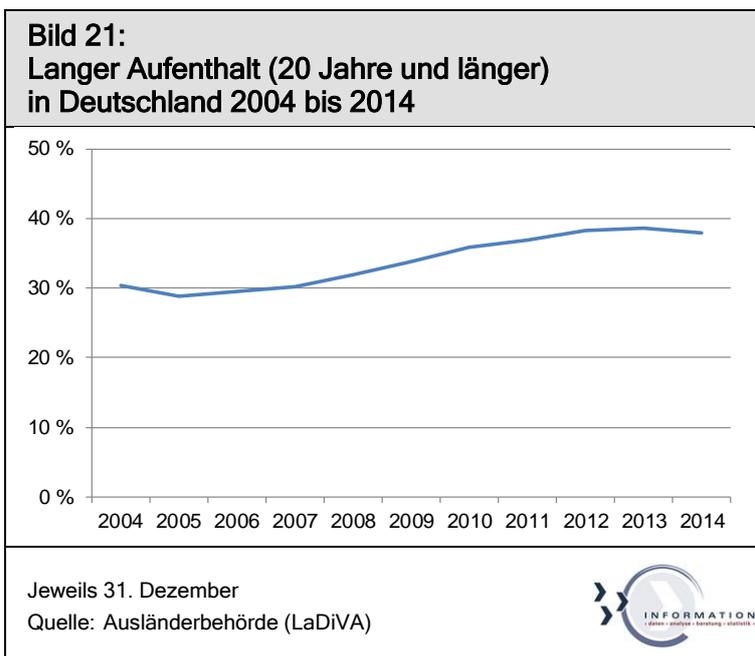
Migrationshintergrund

Die Daten beziehen sich auf Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

**Tab. 21:
Langer Aufenthalt (20 Jahre und länger)
in Deutschland 2004 bis 2014**

Jahr	Anteil langer Aufenthalt in Deutschland (%)		
	insgesamt	Männer	Frauen
2004	30,4	31,8	28,8
2005	28,9	30,5	27,4
2006	29,5	30,9	28,1
2007	30,2	31,4	29,0
2008	31,9	33,0	30,8
2009	33,8	34,9	32,6
2010	35,9	37,3	34,5
2011	36,9	38,1	35,7
2012	38,3	39,4	37,2
2013	38,6	39,5	37,8
2014	37,9	38,2	37,6

Jeweils 31. Dezember
Quelle: Ausländerbehörde (LaDiVA)

*Anteil der Ausländer
mit langer Aufenthaltsdauer hat
den Höhepunkt überschritten*

Fast 40 % aller in Wiesbaden lebenden Ausländerinnen und Ausländer sind bereits seit 20 oder mehr Jahren in Deutschland. Seit dem Jahr 2005 war dieser Anteil kontinuierlich angestiegen, erst im letzten Jahr ging er - korrespondierend mit höheren Zuwanderungszahlen - leicht zu-

rück. Gleichzeitig verringerte sich der Unterschied hinsichtlich der Aufenthaltsdauer zwischen Männern und Frauen.

C.1.2 In Deutschland Geborene

Definition

Anteil der in Deutschland geborenen Bevölkerung mit Migrationshintergrund an allen Migranten

Relevanz

Es ist unstrittig, dass die Integrationschancen mit dem Erwerb der deutschen Sprache und einer erfolgreichen Teilnahme am deutschen Schul- und Ausbildungssystem steigen. Migrantinnen und Migranten, die in Deutschland geboren sind, haben/hatten die Möglichkeit ihre komplette schulische und berufliche Ausbildung in Deutschland zu absolvieren.

Datenquelle

Bestandsdatensatz Einwohnerwesen (jeweils 31. Dezember)

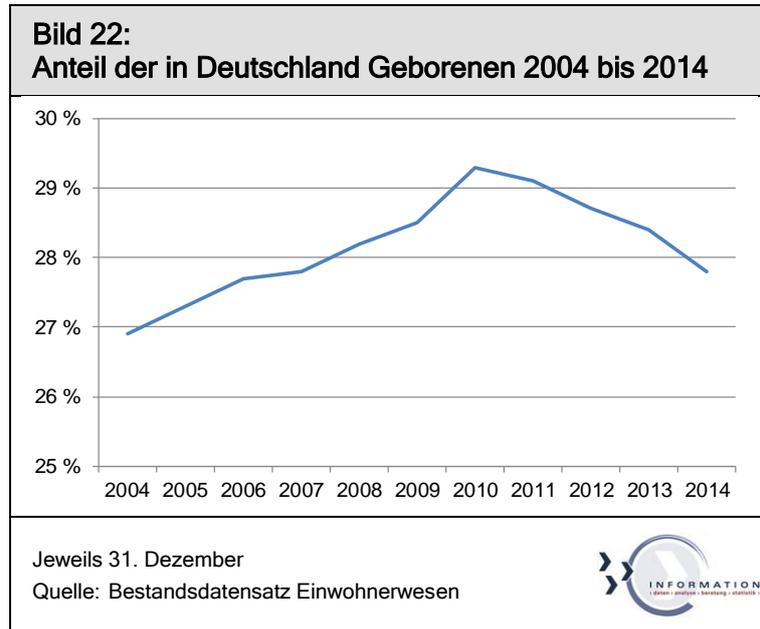
Migrationshintergrund

Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit, Einbürgerung oder familiärer Migrationshintergrund

Tab. 22: Anteil der in Deutschland Geborenen 2004 bis 2014			
Jahr	Anteil der in Deutschland Geborenen (%)		
	insgesamt	Männer	Frauen
2004	26,9	27,4	26,3
2005	27,3	28,0	26,5
2006	27,7	28,5	27,0
2007	27,8	28,6	26,9
2008	28,2	29,0	27,3
2009	28,5	29,5	27,5
2010	29,3	30,4	28,2
2011	29,1	30,1	28,1
2012	28,7	29,6	27,7
2013	28,4	29,3	27,5
2014	27,8	28,6	27,0

Jeweils 31. Dezember
Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen





Wieder leichter Rückgang des Anteils in Deutschland Geborener

27,8 % der Wiesbadener mit Migrationshintergrund sind in Deutschland zur Welt gekommen. Von 2003 bis 2010 hat sich dieser Anteil stetig erhöht, seit 2010 sinkt er wieder, bedingt durch eine verstärkte Zuwanderung aus dem Ausland.

C.2.1 Einheiratsquote

Definition

Anteil der eheschließenden Migranten, die eine/n Partner/in ohne Migrationshintergrund heiraten.

Relevanz

Die Häufigkeit interethnischer Eheschließungen gilt als Maßstab dafür, inwieweit sich Zuwanderer in die Lebensverhältnisse und die Kultur der Aufnahmegesellschaft eingliedert haben.

Datenquelle

Bewegungsdatensatz Einwohnerwesen

Migrationshintergrund

Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit, ausländischer Geburtsort oder Einbürgerung

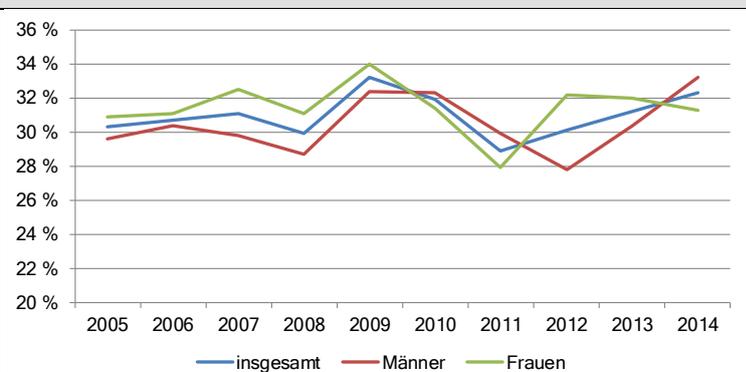
**Tab. 23:
Einheiratsquote 2005 bis 2014**

Jahr	Einheiratsquote (%)		
	insgesamt	Männer	Frauen
2005	30,3	29,6	30,9
2006	30,7	30,4	31,1
2007	31,1	29,8	32,5
2008	29,9	28,7	31,1
2009	33,2	32,4	34,0
2010	31,9	32,3	31,4
2011	28,9	29,9	27,9
2012	30,1	27,8	32,2
2013	31,2	30,4	32,0
2014	32,3	33,2	31,3

Quelle: Bewegungsdatensatz Einwohnerwesen



**Bild 23:
Einheiratsquote 2005 bis 2014**



Quelle: Bewegungsdatensatz Einwohnerwesen



*Knapp ein Drittel
der Migrant/-innen
heiraten Einheimische*

Die Einheiratsquote lag in den letzten Jahren um 30 %, d. h. rund drei von zehn Personen ausländischer Herkunft, die heirateten, schlossen die Ehe mit einem Partner ohne Migrationshintergrund. In der Mehrzahl der Jahre überstieg die Quote der Frauen ausländischer Herkunft die der Männer - eine klare Tendenz ist aber nicht zu erkennen.

C.2.2 Einreise zur Eheschließung

<i>Definition</i>	Anteil der erst nach Eheschließung eingereisten Partner in Ehen zwischen Personen mit Migrationshintergrund
<i>Relevanz</i>	Verbindungen unter Migranten, bei denen ein Partner bei der Hochzeit (noch) im Ausland lebt, gelten als ein Integrationshemmnis: Wenn Zuwanderer ihre Ehepartner in den Herkunftsgesellschaften suchen, besteht das Risiko, dass sich die aus dem Ausland nachziehenden Ehegatten erst integrieren müssen und dass die aus diesen Ehen hervorgehenden Kinder in einem vom Herkunftsland geprägten Haushalt aufwachsen.
<i>Datenquelle</i>	Bewegungsdatensatz Einwohnerwesen
<i>Migrationshintergrund</i>	Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit, ausländischer Geburtsort oder Einbürgerung
<i>Methodische Hinweise</i>	Die Tatsache, dass ein Ehepartner bis zur Hochzeit noch im Ausland lebt, sagt nichts darüber aus, ob es sich um eine arrangierte Eheschließung oder gar um eine Zwangsverheiratung handelt. Derartige Sachverhalte lassen sich anhand der Bevölkerungsstatistik nicht abbilden.

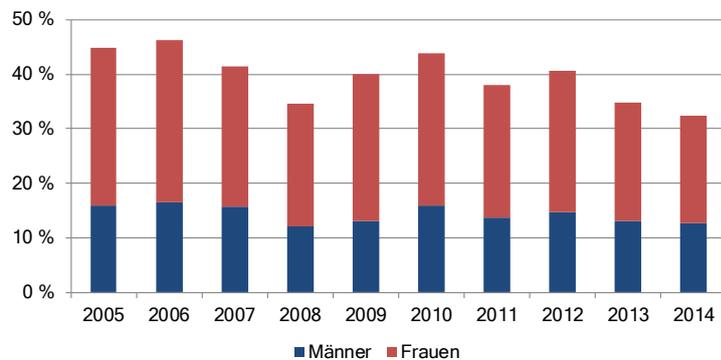
Tab. 24:
Einreise zur Eheschließung 2005 bis 2014

Jahr	Einreisequote (%)		
	insgesamt	Männer	Frauen
2005	44,8	15,9	28,9
2006	46,2	16,5	29,7
2007	41,4	15,8	25,6
2008	34,7	12,1	22,6
2009	40,0	13,2	26,8
2010	43,8	16,0	27,8
2011	38,0	13,8	24,3
2012	40,7	14,8	25,9
2013	34,8	13,2	21,6
2014	32,3	12,8	19,5

Quelle: Bewegungsdatensatz Einwohnerwesen



Bild 24:
Einreisequoten zur Eheschließung 2005 bis 2014



Quelle: Bewegungsdatensatz Einwohnerwesen



*Partnersuche im Herkunftsland
bei jeder dritten Ehe*

Im vergangenen Jahr hatte bei 32,3 % der Eheschließungen zwischen Migranten einer der beiden Partner den Wohnsitz im Ausland. In zwei Dritteln der Fälle handelte es sich dabei um die Ehefrau. Die letzten drei Jahre lassen bei beiden Geschlechtern einen rückläufigen Trend erkennen.

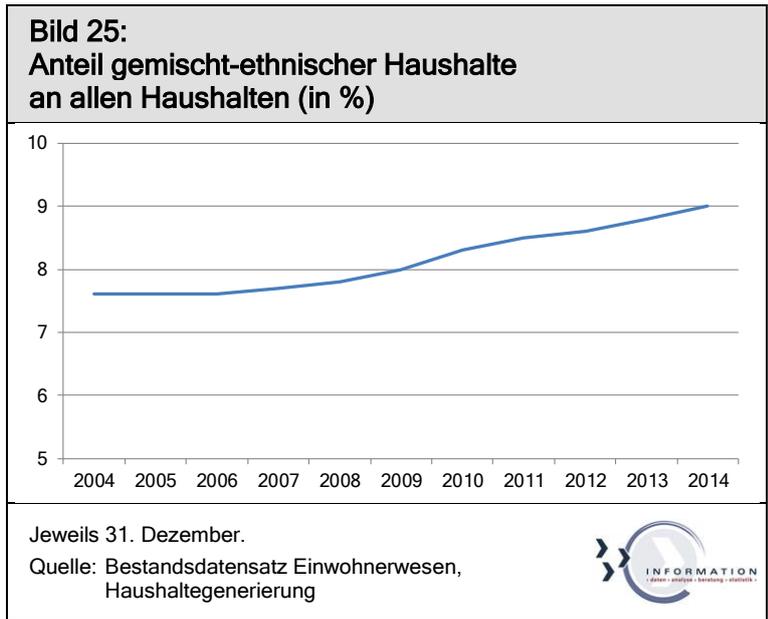
C.2.3 Haushalte gemischter Herkunft

<i>Definition</i>	Anteil der Haushalte, in denen Personen mit und ohne Migrationshintergrund leben, an allen Haushalten
<i>Relevanz</i>	Der Indikator misst die Häufigkeit des Zusammenlebens von Migranten mit Einheimischen und damit die soziale Integration in die Privatsphären der Aufnahmegesellschaft.
<i>Datenquelle</i>	Bestandsdatensatz Einwohnerwesen, Haushaltgenerierung (jeweils 31. Dezember)
<i>Migrationshintergrund</i>	Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit, ausländischer Geburtsort, Einbürgerung oder familiärer Migrationshintergrund

Tab. 25: Anteil gemischt-ethnischer Haushalte an allen Haushalten (in %)	
Jahr	Anteil gemischter Haushalte
2004	7,6
2005	7,6
2006	7,6
2007	7,7
2008	7,8
2009	8,0
2010	8,3
2011	8,5
2012	8,6
2013	8,8
2014	9,0

Jeweils 31. Dezember.
Quelle: Bestandsdatensatz Einwohnerwesen,
Haushaltgenerierung





*Jeder elfte Haushalt
 gemischt-ethnisch*

Derzeit leben in 9 % aller Wiesbadener Haushalte Personen mit und ohne Migrationshintergrund - seit 2007 mit steigender Tendenz.

Indikatoren zur identifikatorischen Integration

D.1 Einbürgerungsquote

Definition

Quotient aus der jährlichen Zahl der Einbürgerungen und der Zahl der Ausländerinnen und Ausländer mit einem Einbürgerungsanspruch; insgesamt und differenziert nach Geschlecht

Relevanz

Die Einbürgerung kann als Meilenstein der individuellen Integration oder sogar als Abschluss gelungener Integration angesehen werden. Erst die Einbürgerung vermittelt alle staatsbürgerlichen Rechte und Partizipationsmöglichkeiten. Eine Einbürgerung kann auch als Ausdruck der Identifikation mit der Bundesrepublik Deutschland gedeutet werden.

Durch den Bezug auf die Einbürgerungsberechtigten zeigt der Indikator, inwieweit das Einbürgerungspotential ausgeschöpft wird.

<i>Datenquelle</i>	Hessisches Statistisches Landesamt (Einbürgerungsstatistik); Ausländerbehörde (LaDiVA)
<i>Migrationshintergrund</i>	Nichtdeutsche Staatsangehörigkeit
<i>Methodische Hinweise</i>	<p>Bei der Berechnung des Indikators werden nur die sogenannten Anspruchseinbürgerungen nach § 10 Staatsangehörigkeitsgesetz gezählt, nicht aber die Ermessenseinbürgerungen.</p> <p>Bezugsgröße ist die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer, die einen eigenständigen Anspruch auf Einbürgerung haben: Sie sind mindestens 16 Jahre alt, haben seit acht Jahren rechtmäßig ihren gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland und verfügen über einen unbefristeten Aufenthaltstitel oder sind freizügigkeitsberechtigte EU-Bürger. Ob weitere rechtliche Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllt sind (z. B. Sicherung des Lebensunterhalts, Deutschkenntnisse oder Straffreiheit), kann hier nicht berücksichtigt werden.</p>

**Tab. 26:
Einbürgerungsquote 2004 bis 2014**

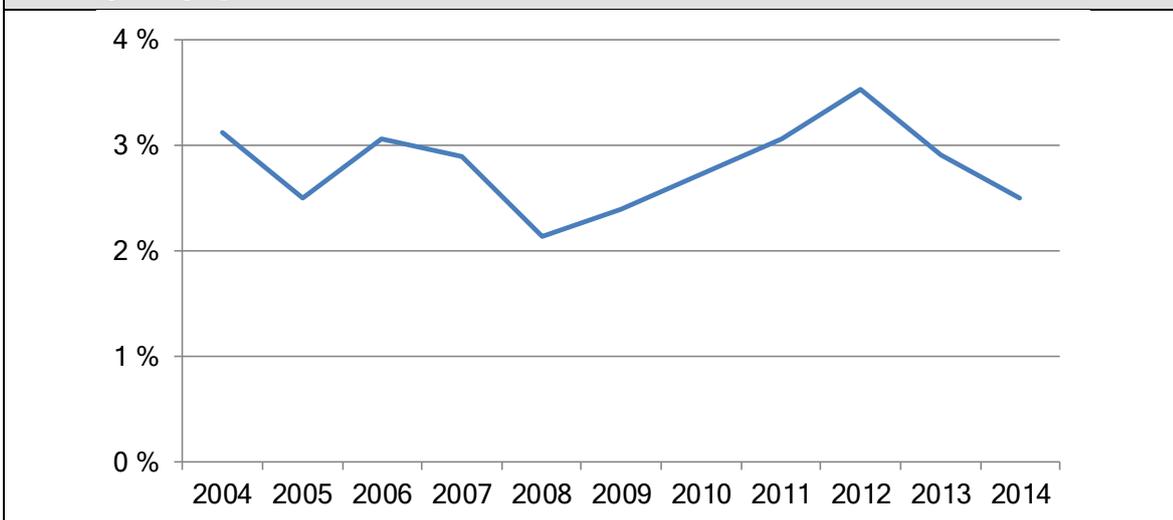
Jahr	Einbürgerungsquote (%)		
	insgesamt	Männer	Frauen
2004	3,1	2,8	3,4
2005	2,5	2,5	2,5
2006	3,1	3,2	2,9
2007	2,9	3,0	2,7
2008	2,1	2,3	2,0
2009	2,4	2,4	2,4
2010	2,7	2,8	2,6
2011	3,1	3,1	3,0
2012	3,5	3,4	3,6
2013	2,9	2,7	3,2
2014	2,5	2,4	2,6

Nur Anspruchseinbürgerungen.

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (Einbürgerungsstatistik), Ausländerbehörde (LaDiVA)



**Bild 26:
Einbürgerungsquote 2004 bis 2014**



Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (Einbürgerungsstatistik), Ausländerbehörde (LaDiVA)



*Die wenigsten lösen ihren
Einbürgerungsanspruch ein*

In den letzten zehn Jahren bewegte sich der Anteil der ausländischen Bevölkerung, der von seinem Einbürgerungsrecht Gebrauch macht, zwischen zwei und vier Prozent pro Jahr und ist damit auf einem insgesamt niedrigen Niveau. Offensichtlich sind die Vorteile eines Staatsangehörigkeitswechsels aus Sicht vieler Ausländerinnen und Ausländer begrenzt. Besonders gering ist der Anreiz für EU-Bürger, da sie rechtlich weitgehend mit deutschen Staatsangehörigen gleichgestellt sind.

3. Bürgerumfrage „Leben in Wiesbaden“

*Umfrage liefert Informationen
über Einstellungen und Bewer-
tungen zur Integration*

Ziel der Bürgerumfrage „Leben in Wiesbaden“, die im September 2014 vom Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik durchgeführt wurde, war es, Informationen über die Lebensverhältnisse der Bürgerinnen und Bürger, ihre Meinungen, Problemwahrnehmungen sowie ihr Verhältnis zur Stadt zu erhalten - insbesondere zu eher „subjektiven“ Bewertungen, zu denen ansonsten keine Datenquellen existieren. Einer der Themenschwerpunkte war die Integration; gefragt wurde unter anderem nach den sozialen Kontakten zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund, nach der Bewertung des Zusammenlebens, nach dem Stellenwert von Integration als gesellschaftlicher Aufgabe sowie nach der Verbundenheit mit Wiesbaden.

An der Befragung beteiligten sich rund 3 000 Wiesbaderinnen und Wiesbadener, darunter 21 % mit Migrationshintergrund. Die Umfrage soll künftig alle zwei Jahre in vergleichbarer Form wiederholt werden, so dass die daraus gewonnenen Informationen auch als längerfristige Trendbeobachtung in das Integrationsmonitoring aufgenommen werden können.⁸

⁸ Für eine detaillierte Beschreibung des Erhebungskonzepts vgl. Landeshauptstadt Wiesbaden, Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik: Leben in Wiesbaden 2014. Wahrnehmung und Bewertung Wiesbadens. Stadtanalyse Nr. 70, März 2015.

Tab. 27:
Ausgewählte Ergebnisse der Bürgerumfrage „Leben in Wiesbaden 2014“

	Befragte					
	ohne Migrationshintergrund			mit Migrationshintergrund		
	zusammen	Männer	Frauen	zusammen	Männer	Frauen
	%			%		
Anteil der Personen ohne MH, die Kontakte zu Personen mit MH haben....						
in der eigenen Familie oder näheren Verwandtschaft	21,5	21,3	21,9	x	x	x
am Arbeitsplatz	50,2	52,3	48,8	x	x	x
in der Nachbarschaft	52,5	56,2	49,4	x	x	x
im sonstigen Freundes- und Bekanntenkreis	59,3	61,7	57,4	x	x	x
Anteil der Personen mit MH, die Kontakte zu Personen ohne MH haben....						
in der eigenen Familie oder näheren Verwandtschaft	x	x	x	63,1	63,4	63,4
am Arbeitsplatz	x	x	x	68,3	73,1	65,1
in der Nachbarschaft	x	x	x	75,8	73,9	77,6
im sonstigen Freundes- und Bekanntenkreis	x	x	x	80,6	81,7	80,1
Anteil der Befragten, die das nachbarschaftliche Zusammenleben zwischen Menschen mit und ohne MH in ihrer Wohngegend als „gut“ oder „sehr gut“ beurteilen	63,5	63,0	63,9	77,4	77,2	77,3
Anteil der Befragten, die die Integration von Migranten als vordringliche Aufgabe ansehen	50,2	49,1	51,5	55,6	51,5	59,7
Anteil der Befragten, die gern in Wiesbaden leben	81,6	83,1	80,3	81,8	86,2	78,4
Anteil der Befragten, die sich (stark) verbunden fühlen mit ...						
ihrem Stadtteil	71,6	70,5	72,5	71,8	71,6	72,4
der Stadt Wiesbaden	77,7	79,5	76,3	79,0	82,1	76,4
dem Land Hessen	59,3	60,8	58,1	57,2	59,3	55,4

MH = Migrationshintergrund
Quelle: Bürgerumfrage Leben in Wiesbaden 2014



*Soziale Kontakte finden im
Freundes- und
Bekanntenkreis statt*

Die meisten sozialen Kontakte zwischen Wiesbadenern mit und ohne Migrationshintergrund finden im Freundes- und Bekanntenkreis statt. So haben 60 % der befragten Nichtmigranten Freunde und Bekannte mit ausländischer Herkunft und 80 % der befragten Migranten deutschstämmige Freunde. Demgegenüber ist eine Begegnung in der eigenen Familie oder näheren Verwandtschaft deutlich seltener. Gut 20 % der befragten Wiesbadener ohne Migrationshintergrund haben Migranten in der Familie und 63 % der befragten Migranten haben ein deutschstämmiges Familienmitglied. Tendenziell haben befragte Männer

- mit und ohne Migrationshintergrund - häufiger Kontakt zur jeweils anderen Gruppe als Frauen.

Migranten beurteilen das nachbarschaftliche Verhältnis positiver als „Nichtmigranten“ ...

Im Rahmen der Befragung „Leben in Wiesbaden 2014“ konnte auch das nachbarschaftliche Verhältnis zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund beurteilt werden. Migranten sind hier in ihrem Urteil deutlich positiver als Befragte deutscher Herkunft: 77 % der Wiesbader mit und 64 % der Befragten ohne Migrationshintergrund halten das nachbarschaftliche Verhältnis für gut oder sehr gut.

... und sehen mehrheitlich in der Integration von Migranten eine vordringliche Aufgabe

Die Integration von Migranten bewerten Befragte mit Migrationshintergrund eher als eine vordringliche Aufgabe als Nichtmigranten (56 % zu 50 %), insbesondere Frauen mit ausländischer Herkunft sehen hier Handlungsbedarf.

In der Verbundenheit zu Wiesbaden zeigen sich kaum Unterschiede

Befragte mit und ohne Migrationshintergrund leben gleich gerne in Wiesbaden (jeweils zu 82 %) und auch im Hinblick auf die Verbundenheit sowohl zur Stadt Wiesbaden als auch zu ihrem Stadtteil lassen sich kaum Unterschiede zwischen beiden Gruppen ausmachen.

6. Konsequenzen für die Integrationsarbeit aus Sicht der Fachverwaltung

Zusammenfassung und Kommentar zum Integrationsmonitoring 2015 aus Sicht der Integrationsabteilung des Amtes für Zuwanderung und Integration

Vorrangiges Ziel des Integrationsmonitorings ist es, den Stand des Integrationsprozesses aufzuzeigen und zu interpretieren. Das Integrationsmonitoring gibt Hinweise darauf, inwieweit sich die Partizipation von Zugewanderten in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, zu denen hinreichend aussagekräftige Daten vorhanden sind, entwickelt hat. Da die Integration von Zuwanderern ein äußerst vielschichtiger Prozess ist, können mit dem Integrationsmonitoring unter dieser Einschränkung nur Teilbereiche erfasst werden. Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass mit dem Monitoring alleine keine Wirkungsmessung der Integrationsmaßnahmen erfolgen kann.

Das Wiesbadener Integrationsmonitoring bildete beim Prozess der zweiten Fortschreibung des Wiesbadener Integrationskonzeptes für die Jahre 2015-2019 eine wesentliche Grundlage für die Festlegung der integrationspolitischen Schwerpunkte. Ergänzt wurden die Beobachtungen aus dem Monitoring durch das umfangreiche und detaillierte Experten- und Erfahrungswissen von (semi-)professionellen Akteuren sowie aktuellen wissenschaftlichen Erhebungen und Diskussionen.

Im Folgenden werden die integrationspolitischen Folgerungen aus dem vorgelegten Monitoringbericht 2015 und deren Bearbeitung aus Sicht der Integrationsabteilung im Amt für Zuwanderung und Integration vorgestellt.

Das Integrationsmonitoring 2015 gibt Hinweise auf erzielte Integrationserfolge, zeigt aber auch Handlungsbedarf auf

Die Zahl der Migrantinnen und Migranten ist seit den ersten Monitoringerhebungen kontinuierlich angestiegen. Fast die Hälfte der in Wiesbaden lebenden Migranten gehört zu der Gruppe der Deutschen mit Migrationshintergrund. Gemeinsam mit dem hohen Anteil der ausländischen Bevölkerung, der einen sicheren Aufenthaltsstatus (78,8 %) besitzt und dem mit 46 % überproportional hohen Anteil von Migranten unter 18 Jahren, kann von guten und teilweise bereits realisierten Integrationschancen, insbesondere bei den jüngeren und mittleren Altersgruppen, ausgegangen werden. Dies ist ein deutliches Zeichen dafür, dass sich die mit der Zuwanderung einhergehende kulturelle Vielfalt in Wiesbaden dauerhaft etablieren wird.

In 2014 wurde der höchste Zuwachs an aus dem Ausland zugewanderten Personen in den letzten 5 Jahren registriert. Knapp 2/3 dieser Personen (62,9 %) kamen aus einem der Europäischen Union zugehörigen Land, vor allem aus den (süd)osteuropäischen Staaten, sind überwiegend männlich (62,3 %) und im erwerbsfähigen Alter (80 % zwischen 18 und 65 Jahren). Um eine möglichst schnelle und gelingende Integration für die Gruppe der Neuzuwanderer zu erreichen, sind im vergangenen Jahr bereits Maßnahmen und Projekte in den jeweiligen Handlungsfeldern des Integrationskonzeptes entwickelt und

Die stark angewachsene Zahl der Neuzuwanderungen erfordert Maßnahmen und Programme, um eine möglichst schnelle und gelingende Integration zu ermöglichen

teilweise umgesetzt worden. Diese werden im Folgenden bei den jeweiligen Handlungsfeldern beschrieben.

Handlungsfeldübergreifend wird derzeit intensiv an der Umsetzung des Konzeptes „Integration auf Kurs“ weitergearbeitet, das unter anderem die Entwicklung und den Einsatz von Informationseinheiten für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der zahlreichen Integrationskurse in Absprache mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und den Wiesbadener Integrationskursträgern vorsieht. Teil des Konzeptes „Integration auf Kurs“ war ein Wegweiser für Neuzuwanderer, der die notwendigen Informationen in kompakter schriftlicher Form vorsieht und durch audiovisuelle Elemente ergänzt wird. Der Wegweiser wird ab September 2015 in den Ortsverwaltungen, dem Bürgerbüro und der Ausländerbehörde allen Neuzugewanderten ausgehändigt und in den Integrationskursen als Teil des Orientierungsmoduls zum Einsatz kommen.

Neben dem weiteren Ausbau der frühkindlichen Tagesbetreuung sind die entwickelten Sprachförderangebote für neuzugewanderte Kinder, die (noch) keinen Platz in der Elementarbetreuung haben, abzusichern

Handlungsfeld Bildung

Bereits realisierte Integrationschancen werden beispielhaft am seit 2003 bis 2011 steigenden Anteil der Kinder deutlich, die bei ihrer Einschulung mindestens 18 Monate einen Kindergarten besucht haben. Der leichte Rückgang dieser Quote in den letzten drei Jahren weist neben dem Ausbau der frühkindlichen Tagesbetreuung allerdings auf weitere Notwendigkeiten im integrationspolitischen Handeln hin.

Für die Gruppe der neuzugewanderten Eltern sind die Zugänge zur Tagesbetreuung durch gezielte Information über diese Möglichkeiten, z. B. durch den im September 2015 erschienen Wegweiser, zu verbessern.

Für die Kinder, die vor der Einschulung keinen oder nur einen kurzzeitigen Platz in der frühkindlichen Tagesbetreuung erhalten, wurden 2014 in Zusammenarbeit und mit finanzieller Unterstützung durch das hessische Ministerium für Soziales und Integration pilothaft an zwei Standorten Sprachfördergruppen eingerichtet. Die Ergebnisse haben zur Fortführung in 2015 geführt.

*Fördermaßnahmen für
schulische Seiteneinsteiger*

Zur Nutzung der Potentiale schulischer Seiteneinsteiger an weiterführenden Schulen und der Sicherung des schulischen oder beruflichen Ausbildungswegs hat sich die in den letzten beiden Schuljahren begonnene Unterstützung von Schülern der Deutschintensivklassen durch ergänzende Sprachcafés als erfolgversprechender Ansatz zur Verringerung der herkunftsbedingten Bildungsbenachteiligung erwiesen. Dies gilt insbesondere für Seiteneinsteiger ab der 8. Klasse. Ab dem Schuljahr 2015/2016 werden die Sprachcafés an allen Schulstandorten mit Deutschintensivklassen durchgeführt.

Für die Teilgruppe der nicht mehr schulpflichtigen Flüchtlinge im Jugendalter, die aufgrund ihres rechtlichen Aufenthaltsstatus keine Berechtigung zum Besuch eines (Jugend-)integrationskurses haben, sind auf kommunaler Ebene noch geeignete Maßnahmen zum Spracherwerb und Übergang in den Beruf oder weitergehende Ausbildungen zu entwickeln.

*Die Integration in das
Bildungssystem und den
Arbeitsmarkt von insbesondere
männlichen jugendlichen
Migranten bleibt ein integri-
onspolitisches Dauerthema*

Der immer noch deutliche Abstand beim Besuch eines Gymnasiums von Kindern mit zu den Kindern ohne Migrationshintergrund sowie der deutlich erhöhte Anteil der ausländischen Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag sind bei allen tendenziellen Verbesserungen Hinweise auf bisher noch nicht gelöste Schwierigkeiten der strukturellen Integration in das Bildungssystem und den Arbeitsmarkt und eine für alle beteiligten Akteure weiterhin bestehende Herausforderung, denen auf kommunaler Ebene mit der Gründung des Wiesbadener Netzwerks „Übergang Kindertagesstätte zur Schule“, dem Ausbau der Betreuenden Grundschule und der Schulsozialarbeit, der Erweiterung des Ganztagschulprogramms und dem Ausbau von Förderprogrammen an Schulen und durch Informationen für Eltern im Rahmen von Elternbildungsmaßnahmen, u. a. „Fit für die Schule“, begegnet wird.

Zur Verringerung der herkunftsbedingten Bildungsbenachteiligung von Seiteneinsteigern in weiterführenden Schulen sind inzwischen an allen Schulen mit Deutschintensivklassen Sprachcafés als freiwillige Angebote eingerichtet worden.

Handlungsfeld Arbeit

Nachhaltige und gleichberechtigte Teilhabe ist eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Integration. Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit Deutschlands wird davon abhängen, ob es gelingt, die „zugewanderten“ Fähigkeiten und Kompetenzen anzuerkennen und zu nutzen. Sprachliche und berufliche Qualifizierung sind dabei Schlüsselemente.

Sowohl der hohe Anteil an Beschäftigten ohne (anerkannte) Berufsausbildung als auch die erhöhte Arbeitslosenquote erfordern verstärkte Anstrengungen insbesondere bei den unter 25-Jährigen und ausländischen Mädchen und Frauen

Obwohl die sozialversicherungspflichtige Beschäftigtenquote ausländischer Frauen in den letzten Jahren überdurchschnittlich gestiegen ist, liegt sie weiterhin auf einem besonders geringen Niveau und insbesondere ausländische Frauen im erwerbsfähigen Alter sind auf staatliche Sozialleistungen angewiesen. Der Anteil der ausländischen Frauen, die lediglich einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen, liegt mit 22,9 % dagegen recht hoch.

Sonderprogramme im Rahmen SGB II und ...

Im Rechtskreis des SGB II wurden in den letzten Jahren durch das kommunale Jobcenter bereits umfangreiche Anstrengungen unternommen, die Eingliederung in Erwerbsarbeit zu verbessern.

... die schnellere Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen in Verbindung mit ...

Es ist gelungen, die seit 2010 beim Amt für Zuwanderung und Integration pilothaft aufgebaute Erstberatungsstelle für die Anerkennung von im Ausland erworbenen Schul- und Berufsabschlüssen ab 2015 bis 2020 im Rahmen des Bundesprogramms Integration durch Qualifizierung (IQ) finanziell abzusichern. Verbunden mit der Anerkennungsberatung sind im Rahmen des Programms IQ Schnittstellen zur anschließenden Qualifizierungsberatung und zu Qualifizierungsträgern. Ziel der Kooperationen ist es, nach Erhalt des jeweiligen Anerkennungsbescheides eine schnelle Qualifizierung zur Anerkennung des jeweiligen Abschlusses zu erreichen. Für Frauen besteht eine weitere Schnittstelle zu dem von der Integrationsabteilung

speziellen Förderprogrammen und ...

*... einer Motivationskampagne
sind Konsequenzen aus den vor-
liegenden Monitoringdaten*

und dem Amt für Wirtschaft und Beschäftigung geförder-
ten Programm „Kompetenzen als Chance - Neue Berufs-
Wege für qualifizierte Migrantinnen“.

Gemeinsam mit dem Amt für Soziale Arbeit und der Ar-
beitsagentur Wiesbaden startete im Herbst 2014 eine bis
Ende 2018 angelegte umfangreiche Motivationskam-
pagne zur Steigerung der Erwerbstätigkeit von Migrantin-
nen (Film und Broschüre).

Obwohl ein Großteil der zugewanderten Personen entwe-
der den Anspruch oder die Berechtigung auf den Besuch
eines Integrationskurses als Möglichkeit zum Erwerb der
deutschen Sprache nutzt, sind die im Integrationskurs er-
worbenen Sprachkenntnisse im beruflichen Kontext in der
Regel nicht ausreichend. Notwendig wäre hier eine bun-
desweite Regelung zur Fortführung hin zum Sprachni-
veau B2 nach dem Europäischen Referenzrahmen analog
zu den Integrationskursen. Insbesondere im Bereich der
berufsbezogenen deutschen Sprachkenntnisse sind ver-
stärkt Anstrengungen notwendig, in Kooperation mit Be-
trieben und Ausbildungsstellen eine Regelung zu finden.

*Eine verbesserte Kooperation er-
möglicht eine schnellere
Integration in den Arbeitsmarkt*

Im Rahmen des Bundesprogrammes „Integration verbind-
lich gestalten“ ist seit 2014 mit dem Instrument der Integ-
rationsvereinbarung die Kooperationsbeziehung zwi-
schen der Ausländerbehörde, der Arbeitsagentur und
dem kommunalen Jobcenter sowie den Migrationsbera-
tungsdiensten mit dem Ziel einer schnelleren Integration
von Neuzuwanderern in den Arbeitsmarkt intensiviert wor-
den.

Handlungsfeld Gesundheit und Sport

Insbesondere die starke Zuwanderung von Personen aus
den osteuropäischen EU-Erweiterungsgebieten hat auf-
grund fehlender oder unzureichender Krankenversiche-
rungen zu deutlich steigenden Zahlen bei der Inanspruch-
nahme der Humanitären Sprechstunde bei der allgemein-
medizinischen und der zahnmedizinischen Versorgung

sowie der Schwangerensprechstunde geführt. Die aufgebauten Kooperationsstrukturen und Hilfsangebote haben sich bisher als belastbar erwiesen. Die dauerhafte finanzielle Absicherung in diesem Bereich ist angesichts der stetig gestiegenen Kosten neben der öffentlichen Finanzierung seit 2014 kontinuierlich auf weitere Standbeine gestellt worden.

Die Ausbildung von Migrantinnen zu Übungsleiterinnen im Bereich Sport und das speziell an Migranten gerichtete Programm „Innenstadt in Bewegung“ zur besseren Kenntnis der vorhandenen Sportangebote verfolgten unter anderem das Ziel, den Anteil übergewichtiger Kinder zu reduzieren. Gleiches gilt für die im Rahmen der erweiterten Schwimmzeiten für Frauen im Hallenbad Kostheim angebotenen Schwimmkurse. Durch die Übergabe dieser Kurse an den Turnverein Kostheim 1877 besteht die Hoffnung, über die Schwimmkurse eine Brückenfunktion in die weiteren Angebote des Sportvereins herzustellen. Grundsätzlich wird es weiterhin gelten, die Potentiale des Sports verstärkt auszuschöpfen.

Handlungsfeld Vielfalt in kulturellem Leben und Stadtentwicklung

Die räumliche Konzentration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund auf einzelne Stadtteile hat in den letzten Jahren kontinuierlich abgenommen. Einige Stadtteile in Wiesbaden mit einem hohen Anteil an Neuzuwanderern erfüllen für die Gesamtstadt Wiesbaden dabei die notwendige Funktion einer transitorischen Zone und übernehmen Aufgaben der Erstintegration.

Die Ergebnisse der Bürgerumfrage „Leben in Wiesbaden“ schließen eine Lücke im Integrationsmonitoring, da sie Einstellungen und Bewertungen erfassen. Knapp 2/3 der Befragten ohne und 77 % der Befragten mit Migrationshintergrund beurteilen das nachbarschaftliche Verhältnis als gut oder sehr gut und beide Gruppen leben gleich

gerne (82 %) in Wiesbaden. Hier gilt es durch städtebauliche und sozialinfrastrukturelle Maßnahmen sowie geeignete Formen der Bürgerbeteiligung diese Werte zu halten und zu verbessern.

Stadtteile mit einem erhöhten Migrantanteil sind weiterhin mit Förderprogrammen zu unterstützen und Migrantenselbstorganisationen als gleichberechtigte Partner verstärkt einzubeziehen

Die in allen Stadtteilen mit einem erhöhten Migrantanteil existierenden Foren der Stadtteilarbeit greifen die damit verbundenen Herausforderungen auf und bearbeiten den erhöhten Unterstützungsbedarf in allen Handlungsfeldern des Integrationskonzeptes in einem konstruktiven Miteinander, das von Förderprogrammen flankiert werden muss.

Um bei der Integration in allen Handlungsfeldern sprachliche und kulturelle Hürden zu verringern, wird das im Rahmen des Programms Modellregion Integration aufgebaute Angebot der Integrationsassistenten seit 2014 ausschließlich mit kommunaler Förderung fortgeführt.

Ferner sind Migrantenselbstorganisationen stärker als bisher als Potential bei der Integration in das Wohnumfeld zu nutzen. Es gilt, deren Bereitschaft hierfür zu gewinnen und diese entsprechend zu qualifizieren.

Die leicht steigende Tendenz der Wohnungseigentümerquote von Haushalten mit Migrationshintergrund gibt nicht nur Aufschluss über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit dieser Bevölkerungsgruppe, sondern kann auch als Zeichen für eine Identifikation mit Wiesbaden und dem jeweiligen Stadtteil gewertet werden. Es bleibt in den folgenden Jahren spannend zu beobachten, wie sich diese Quote weiterentwickeln wird. Viele Zuwanderer der ersten Generation haben noch in ihrem Herkunftsland in Immobilien investiert. Dies könnte sich bei den nun folgenden Generationen stärker wie bisher auf den Erwerb von Wohnungseigentum in Wiesbaden verlagern.

Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden								
	Perso- nen- gruppe	Jahr	a) Ausländer/-innen ¹⁾ b) Personen mit Migrationshintergrund ³⁾			a) Deutsche ²⁾ b) Personen ohne Migrationshintergrund ⁴⁾		
			zusam- men	männ- lich	weib- lich	zusam- men	männ- lich	weib- lich
			A. Strukturelle Integration					
A.1 Rechtliche Integration								
Ausländer/-innen insgesamt	a)	2014	52 356	26 576	25 779	x	x	x
darunter mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel oder einer EU- Staatsangehörigkeit	a)	2014	41 235	21 050	20 184	x	x	x
Ausländer/-innen im Alter von 16 und mehr Jahren	a)	2014	47 190	23 975	23 214	x	x	x
darunter mit einem Anspruch auf Einbürgerung	a)	2014	26 029	12 703	13 326	x	x	x
A.2 Integration in das Bildungssystem								
Kinder in der Schuleingangs- untersuchung	b)	2014	1 608	816	792	1 261	654	607
darunter mit einem Kindergartenbesuch von mindestens 18 Monaten	b)	2014	1 480	738	742	1 232	641	591
Schüler/-innen in der 8. Klasse an allgemeinbildenden Schulen	b)	2014/15	1 021	530	491	1 530	792	738
davon auf ...								
Förderschule mit Schwerpunkt Lernen	b)	2014/15	32	19	13	30	21	9
Hauptschule	b)	2014/15	120	84	36	64	44	20
Realschule	b)	2014/15	243	124	119	204	118	86
Integrierte Gesamtschule	b)	2014/15	346	178	168	469	248	221
Gymnasium	b)	2014/15	280	125	155	763	361	402
Schulabgänger/-innen aus allgemeinbildenden Schulen	b)	2014	794	396	398	1 937	925	1 012
davon								
ohne Hauptschulabschluss	b)	2014	58	40	18	53	31	22
mit Hauptschulabschluss	b)	2014	164	92	72	159	88	71
mit Realschulabschluss	b)	2014	363	180	183	567	304	263
mit Hochschulreife	b)	2014	209	84	125	1 158	502	656
Berufsschüler/-innen	a)	2014/15	1 341	800	541	5 941	3 508	2 433
darunter ohne Ausbildungsvertrag	a)	2014/15	342	235	107	383	264	119

1) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit; 2) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit;
 3) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, zuzüglich Aussiedlern, Eingebürgerten und deren Kindern;
 4) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, ohne Aussiedler, Eingebürgerte und deren Kinder
 . Zahlen nicht verfügbar
 x Aussage nicht sinnvoll



Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden

	Perso- nen- gruppe	Jahr	a) Ausländer/-innen ¹⁾ b) Personen mit Migrationshintergrund ³⁾			a) Deutsche ²⁾ b) Personen ohne Migrationshintergrund ⁴⁾		
			zusam- men	männ- lich	weib- lich	zusam- men	männ- lich	weib- lich
			A.3 Integration in den Arbeitsmarkt					
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	a)	2014	16 663	9 620	7 043	83 852	42 161	41 691
darunter mit Angabe der beruflichen Ausbildung	a)	2014	11 711	6 606	5 105	73 503	63 938	36 565
davon								
ohne Berufsausbildung	a)	2014	4 325	2 628	1 697	9 976	5 415	4 561
mit Berufsausbildung	a)	2014	5 384	2 979	2 405	44 434	21 222	23 212
mit (Fach-) Hochschulausbildung	a)	2014	2 002	999	1 003	19 093	10 301	8 792
Geringfügig Beschäftigte	a)	2014	3 258	1 162	2 096	12 128	4 659	7 469
Arbeitslose	a)	2014	3 625	1 723	1 902	7 373	3 843	3 530
Unter 25-jährige Arbeitslose	a)	2014	376	206	170	883	467	416
Erwerbsfähige Leistungsbefähigte nach dem SGB II	a)	2014	7 895	3 650	4 245	13 373	6 341	7 032
A.4 Integration in den Wohnungsmarkt								
Haushalte in selbstgenutztem Wohneigentum	b)	2014	3 423	x	x	25 568	x	x
B. Kulturelle Integration								
B.1 Spracherwerb								
Kinder in der Schuleingangsuntersuchung mit Ergebnissen zur Sprachkompetenz	b)	2014	1 591	806	785	x	x	x
darunter Kinder, die Deutsch fehlerfrei oder mit leichten Fehlern sprechen	b)	2014	1 161	573	588	x	x	x
B.2 Gesundheit								
Kinder in der Schuleingangs- untersuchung	b)	2014	1 608	816	792	1 261	654	607
darunter mit Übergewicht	b)	2014	220	123	97	75	40	35

1) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit; 2) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit;
3) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, zuzüglich Aussiedlern, Eingebürgerten und deren Kindern;
4) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, ohne Aussiedler, Eingebürgerte und deren Kinder
. Zahlen nicht verfügbar
x Aussage nicht sinnvoll



Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden								
	Perso- nen- gruppe	Jahr	a) Ausländer/-innen ¹⁾ b) Personen mit Migrationshintergrund ³⁾			a) Deutsche ²⁾ b) Personen ohne Migrationshintergrund ⁴⁾		
			zusam- men	männ- lich	weib- lich	zusam- men	männ- lich	weib- lich
			C. Soziale Integration					
C.1 Aufenthaltsdauer/Bleibeabsichten								
Ausländer/-innen mit einer Aufenthaltsdauer in Deutschland von 20 Jahren und mehr	a)	2014	19 836	10 150	9 686	x	x	x
Bevölkerung mit Migrationshintergrund und Geburtsort in Deutschland ...	b)	2014	26 763	13 832	12 931	x	x	x
C.2 Multikulturelles Zusammenleben								
Eheschließende Migrant/-innen	b)	2014	1 680	852	828	x	x	x
darunter heiraten eine/n Partner/-in ohne Migrationshintergrund	b)	2014	542	283	259	x	x	x
Eheschließungen zwischen Personen mit Migrationshintergrund	b)	2014	569	x	x	x	x	x
darunter mit einem erst nach der Eheschließung eingereisten Partner	b)	2014	184	73	111	x	x	x
Haushalte	b)	2014	143 948	x	x	x	x	x
darunter Haushalte, in denen Personen mit und ohne Migrationshintergrund leben	b)	2014	13 027	x	x	x	x	x
D. Identifikatorische Integration								
D.1 Einbürgerungen								
Ausländer/-innen mit einem Anspruch auf Einbürgerung	a)	2013	26 264	12 897	13 367	x	x	x
Einbürgerungen	a)	2014	769	359	410	x	x	x
darunter Anspruchseinbürgerungen	a)	2014	661	310	351	x	x	x
1) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit; 2) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit; 3) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, zuzüglich Aussiedlern, Eingebürgerten und deren Kindern; 4) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, ohne Aussiedler, Eingebürgerte und deren Kinder . Zahlen nicht verfügbar x Aussage nicht sinnvoll								



3 Integrationskurse nach dem Zuwanderungsgesetz

3.1 Zahlen und Fakten zu den Integrationskursen

Bei den Zugangsbedingungen wird unterschieden zwischen Verpflichtungen und Zulassungen. Eine Verpflichtung kann zum einen durch die Ausländerbehörde bei Neuzuwanderern mit unzureichenden Sprachkenntnissen ausgesprochen werden und zum anderen durch das Jobcenter Wiesbaden zur Erhöhung der Chancen auf Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt. Die Zulassung zu einem Integrationskurs wird in der Regel auf freiwilligen Antrag eines sogenannten Bestandsausländers durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) erteilt

Gemeinsames Beratungsangebot der Kommune mit den Migrationsberatungsdiensten

Die Koordination und Steuerung des Angebotes an Integrationskursen erfolgt nach wie vor über das kommunale Netzwerk aller Integrationskursträger unter Federführung der Integrationsabteilung.

Erfolgreiche Zusammenarbeit der Integrationsabteilung mit den freien Trägern

Die enge Zusammenarbeit zwischen Integrationsamt und freien Trägern hat sich im Laufe der vergangenen Jahre als überaus hilfreich für die Integrationsarbeit in Wiesbaden bewährt. Dies betrifft sowohl den niederschweligen Zugang für Migranten und Migrantinnen, die hier zum Teil auch muttersprachlich beraten werden können, als auch die Zusammenarbeit in Projekten und Arbeitskreisen.

Integrationskurse und Kursteilnehmer in der Landeshauptstadt Wiesbaden im Vergleich zu Hessen					
		Beg. Kurse	Abgeschl. Kurse	Kursabsolventen	Neue Teilnehmer
2011	Wiesbaden	78	58	655	926
2011	Hessen	795	597	6.847	9.824
2012	Wiesbaden	72	55	637	862
2012	Hessen	795	550	6.521	9.819
2013	Wiesbaden	87	56	612	1.004
2013	Hessen	894	559	6.343	9.508
2014	Wiesbaden	90	58		
2014	Hessen				

3.2 Übersicht der Träger, die 2014 Integrationskurse durchgeführt haben:

- Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Wiesbaden e. V. (AWO)
- Caritasverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus e. V / Katholische Erwachsenenbildung Bildungswerk Wiesbaden
- Caritasverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus e. V. Stadtteilbüro BauHof
- Euro-Schulen-Organisation Wiesbaden GmbH
- Internationaler Bund (IB),
Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit e. V.
- Lern-Planet
- Logos Sprachschule GmbH
- Volkshochschule Wiesbaden e. V. (VHS)

3.3 Zielgruppen, Struktur, Dauer und Inhalt des Integrationskurses

Zielgruppen

Ausländer, Unionsbürger, Spätaussiedler und ehemalige Asylbewerber und Flüchtlinge mit einer Aufenthaltserlaubnis aufgrund der Bleiberechtsregelung können zu Integrationskursen zugelassen werden. Auch Deutsche, die in besonderer Weise integrationsbedürftig sind und noch nicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen, können einen Integrationskurs besuchen.

Stundenzahl

Ein Integrationskurs besteht grundsätzlich aus einem Sprachkurs mit 600 Unterrichtsstunden und einem Orientierungskurs mit 60 Stunden. Bei den speziellen Integrationskursen ist eine Erweiterung von 600 auf bis zu 900 Stunden Sprachunterricht möglich.

Spezielle Integrationskurse

Neben dem allgemeinen Integrationskurs gibt es auch spezielle Integrationskurse für Teilnehmer/-innen, die besondere Bedürfnisse haben: Angeboten werden beispielsweise Jugendintegrationskurse für junge Erwachsene zwischen 16 und 27 Jahren, die sich auf eine weiterführende Schule oder auf eine Ausbildung vorbereiten möchten. Frauen können in einer reinen Frauenklasse mit einer Lehrerin lernen. Außerdem gibt es Alphabetisierungskurse für Migrant/-innen, die nicht lesen oder schreiben können sowie Förderkurse für diejenigen, die schon länger in Deutschland leben, aber die deutsche Sprache bislang nur unvollständig und nicht korrekt erlernt haben. Die speziellen Integrationskurse können bis zu 960 Stunden Unterricht umfassen. Welcher Kurs am besten zum jeweiligen Teilnehmer passt, wird durch einen Einstufungstest, der bei den Trägern durchgeführt wird, ermittelt.

Wird die Abschlussprüfung "Deutsch-Test für Zuwanderer" (Stufe B1) und der Test zum Orientierungskurs „Leben in Deutschland“ bestanden, erhalten die Teilnehmer/-innen vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) das Zertifikat

Abschlusstest

Integrationskurs. Teilnehmer/-innen, die ordnungsgemäß am Integrationskurs teilgenommen haben und im Sprachabschlusstest nicht erfolgreich waren, haben die Möglichkeit zur einmaligen Wiederholung von 300 Unterrichtseinheiten und dem Abschlusstest.

Kosten der Integrationskurse

Ein Teil der Kosten für die Integrationskurse wird vom Staat getragen. Die Teilnehmer müssen einen Eigenbeitrag von 1,20 Euro pro Stunde leisten. Von diesem Eigenbeitrag können sie unter bestimmten Voraussetzungen befreit werden. Der Abschlusstest ist grundsätzlich kostenlos. Teilnehmer/-innen, die den Integrationskurs inklusive Abschlussprüfung in weniger als zwei Jahren erfolgreich abschließen, bekommen auf Antrag vom BAMF die Hälfte ihres Beitrages erstattet. Verpflichteten und Berechtigten, die von der Kostenbeitragspflicht befreit sind, werden die Fahrtkosten bei ordnungsgemäßer Teilnahme am Integrationskurs erstattet.

Berufsbezogene Sprachkurse (ESF-BAMF-Kurse), die nur von Fresko e. V. angeboten werden, wurden in 2014 2 Kurse begonnen und 3 Kurse abgeschlossen.

Kontakt:

Amt für Zuwanderung und Integration, Ömer Sekmen,
Tel: 06 11/31 3473, integration@wiesbaden.de

4 Einbürgerungen

4.1 Zahlen und Fakten

Ein ausländischer Staatsbürger hat in der Regel einen Anspruch auf Einbürgerung, wenn er:

- sich seit mind. 8 Jahren rechtmäßig in Deutschland aufhält
- ohne öffentliche Leistungen seinen Lebensunterhalt bestreiten kann
- über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache und über Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung verfügt
- keine Verurteilungen vorzuweisen hat
- sich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes bekennt
- bereit ist, seine bisherige Staatsangehörigkeit aufzugeben

Einbürgerungspotenzial nicht ausgeschöpft wird

Interesse am deutschen Pass geht weiter zurück.

Die Einbürgerung erfordert jedoch neben der Erfüllung der oben aufgezählten rechtlichen Voraussetzungen auch eine emotionale Bindung an Deutschland und die Bereitschaft zur Einbürgerung. Das sogenannte ausgeschöpfte Einbürgerungspotenzial liegt in Wiesbaden seit Jahren bei ca. 3 %.

Einbürgerungszahlen gesunken

Die Zahl der Einbürgerungen ist in 2014 im Vergleich zum Vorjahr erneut um über 16% gesunken. Auch im Vorjahr war ein Rückgang von 15% zu verzeichnen.

Anträge auf Einbürgerung 2012-2014			
	2012	2013	2014
Insgesamt	1012	873	728

Die Liste der am häufigsten eingebürgerten Staatsangehörigkeiten in Wiesbaden wird weiter von der Türkei angeführt.

Über die Gründe des Rückgangs der Einbürgerungen kann nur spekuliert werden. Es scheint jedoch, dass angesichts der Diskussionen im Bundestagswahlkampf um die generelle Hin- nahme von Mehrstaatigkeit, ihre Entscheidung sich einbürgern zu lassen, zurückgestellt haben. Es bleibt daher abzuwarten ob die Einbürgerungszahlen, nach den für viele unzureichenden Reformen, in 2015 wieder steigen werden.

Optionsregelung nach § 4 Abs. 3 und 40 b des Staatsangehörigkeitsgesetzes

Durch die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 1999 wurden wesentliche Neuerungen in das Staatsangehörigkeitsrecht aufgenommen, so zum Beispiel die Ergänzung des Abstammungsprinzips um das Geburtsortprinzip und die damit verbundene Optionspflicht.

Für wen entfällt nach der Gesetzesänderung vom 20.12.2014 diese Optionspflicht?

Durch die Änderung des § 29 Staatsangehörigkeitsgesetz entfällt diese Optionspflicht für Personen, die

- neben der deutschen, ausschließlich die Staatsangehörigkeit eines anderen EU-Staates oder der Schweiz besitzen **oder**
- bis zur Vollendung ihres 21 Lebensjahres
 - sich acht Jahre gewöhnlich im Inland aufgehalten haben **oder**
 - sechs Jahre im Inland eine Schule besucht haben **oder**
 - über einen im Inland erworbenen Schulabschluss verfügen **oder**
 - über eine im Inland abgeschlossene Berufsausbildung verfügen.

Durch die Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes entfällt weitgehend die Optionspflicht, sodass beim Großteil der betroffenen Mehrstaatigkeit dauerhaft hingenommen wird.

Einbürgerungsfeiern

Mit dem Ziel, der Einbürgerung als Vollendung der rechtlichen Integration einen angemessenen Rahmen zu geben und diese entsprechend zu würdigen, wurde auf Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom Juli 2005 eine Feierstunde im Rathaus für neu eingebürgerte Wiesbadener/- innen eingeführt.

Seit Oktober 2007 wird im Rahmen dieser Einbürgerungsfeier gemeinsam das Feierliche Bekenntnis mündlich abgegeben und damit eine Neuerung im Staatsangehörigkeitsrecht umgesetzt.

Kontakt:

Amt für Zuwanderung und Integration, Ömer Sekmen,
Tel:0611/ 31 3473, integration@wiesbaden.de

Einbürgerungsfeiern

Mit dem Ziel, der Einbürgerung als Vollendung der rechtlichen Integration einen angemessenen Rahmen zu geben und diese entsprechend zu würdigen, wurde auf Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom Juli 2005 ab Oktober 2005 eine Feierstunde im Rathaus für neu eingebürgerte Wiesbadener/-innen eingeführt. Seit Oktober 2007 wird im Rahmen dieser Einbürgerungsfeier gemeinsam das Feierliche Bekenntnis mündlich abgegeben und damit eine Neuerung im Staatsangehörigkeitsrecht umgesetzt.

Die Einbürgerungsfeiern werden auf Initiative von Stadträtin Scholz im Wechsel von verschiedenen Schulchören musikalisch begleitet.



Neubürger mit Stadtverordnetenvorsteher Wolfgang Nickel und Stadträtin Rose-Lore Scholz

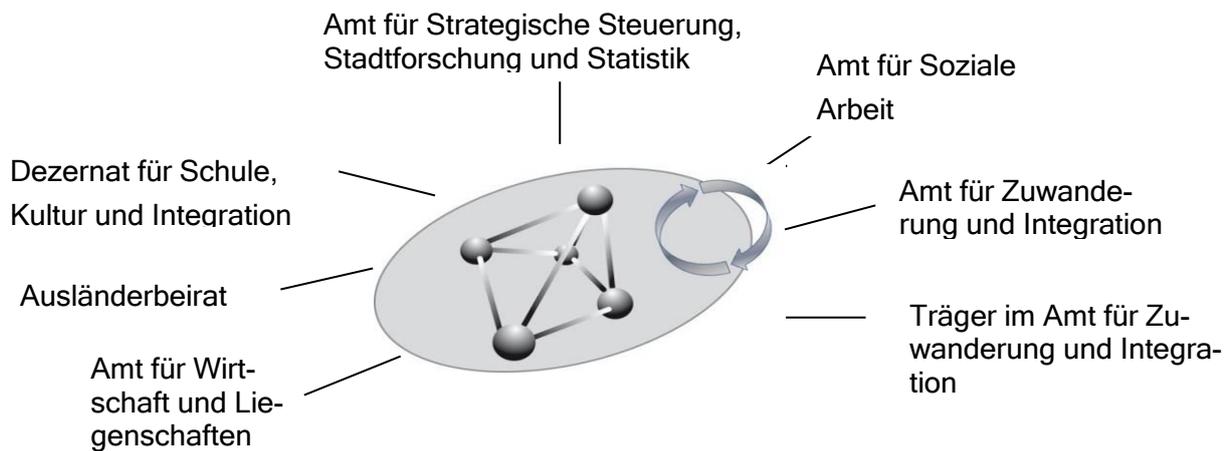
Kontakt:

Amt für Zuwanderung und Integration, Ömer Sekmen,

Tel: 06 11/31 3473, integration@wiesbaden.de

5 Sachstand zu den Handlungsfeldern

Steuerungsgruppe Integration:

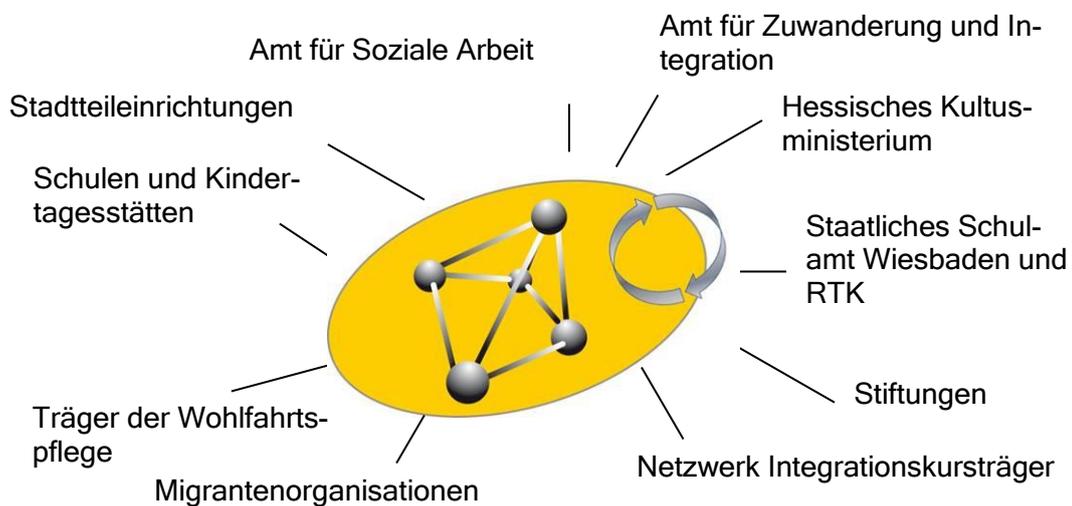


Steuerungsgruppe Integration

Wichtiger Bestandteil des Integrationskonzeptes ist die Festlegung von Strukturen zur Umsetzung der dort festgelegten Ziele. Ämter- und dezernatsübergreifende Steuerung und Vernetzung ist ein wesentliches Prinzip der Integrationsarbeit. Die ämter- und dezernatsübergreifende Steuerungsgruppe Integration begleitet und steuert kontinuierlich den Start der einzelnen Handlungsfelder und stellt die Rückkopplung zentraler Ergebnisse in den politischen Raum sicher.

5.1 Bildung

5.1.1 Vernetzung / Steuerung



Übergeordnete Fragestellungen zum Themenkomplex Bildung werden in der Steuerungsgruppe Integration abgestimmt. Die konkreten Maßnahmen im Handlungsfeld Bildung werden überwiegend durch die Integrationsabteilung, unter anderem durch die Vergabe von Zuschüssen, gesteuert.

Zum Teilnehmerkreis der Maßnahmen der zielgruppenbezogenen Elternbildung gehören in hoher Anzahl Migrantinnen und Migranten. Die Integrationsabteilung ist festes Mitglied im trägerübergreifenden Fachbeirat Elternbildung, der die Arbeit der Fachstelle Elternbildung fachlich begleitet.

Auszug Integrationskonzept 2010 - 2014

Das wollen wir erreichen:

- *Migrant/-innen verfügen über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache und der Herkunftssprache in Wort und Schrift.*
- *Die Bildungsbeteiligung und die Bildungschancen von Migrant/-innen sind nachhaltig verbessert und deren oft brachliegende Bildungsreserven und Ressourcen sind erschlossen.*
- *Eltern mit Migrationshintergrund sind über die wesentlichen Faktoren einer entwicklungs-fördernden Erziehung sowie über die relevanten Erziehungsnormen informiert.*

Bikulturelle Fähigkeiten der Kinder werden wertgeschätzt und gefördert.

Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre:

- 5.1.1. *Bikulturelle Fähigkeiten der Kinder werden wertgeschätzt und gefördert.*
- 5.1.2. *Lotsenprojekte, welche die mehrsprachigen und bikulturellen Fähigkeiten von Menschen mit Migrationshintergrund nutzen, werden insbesondere zur systematischen und zielgerichteten (muttersprachlichen) Elternansprache und -information ausgebaut.*
- 5.1.3. *Verbesserte Rahmenbedingungen in den Kindertagesstätten, die für eine individuelle, differenzierte und altersgerechte Sprachförderung von Kindern wichtig sind (Kinder-Fachkräfte-Relation, Qualifizierung des Erziehungspersonals in der Methodik zur Erfassung und Förderung der Sprachkompetenz und des Zweitsprachenerwerbs) sind erreicht.*
- 5.1.4. *Ganztägige Bildungsangebote werden im Bereich der Grundschulen und weiterführenden Schulen weiter ausgebaut, ebenso die Fördermaßnahmen und -angebote an (Grund-) Schulen mit besonderen Bedarfslagen.*
- 5.1.5. *Vorhandene Schwellen an den Übergängen des Bildungssystems und im Verlauf der weiterführenden Schulen aufgrund sozialer Selektion, die insbesondere Kinder- und Jugendliche mit Migrationshintergrund betreffen, sind kontinuierlich abzubauen.*
- 5.1.6. *Jugendliche Migrant/-innen erhalten Unterstützung für das Erreichen eines adäquaten Schulabschlusses als Grundvoraussetzung für ihre Ausbildungsreife. Sie und deren Eltern erlangen einen umfassenden Überblick über das gesamte Berufswahlspektrum und das duale Ausbildungssystem.*
- 5.1.7. *Maßnahmen zur gemeinsamen Fortbildung von Beschäftigten im Erziehungsdienst und in der Grundschule werden im Rahmen der Kooperation der lokalen Netzwerke mit Blick auf*

die Sprachförderung der Kinder in Kindertageseinrichtungen und die kontinuierliche Gestaltung des Übergangs Kindertagesstätte zur Grundschule umgesetzt.

- 5.1.8. Bestehende Angebote der zielgruppenorientierten Elternbildung sowie die Entwicklung und die Erprobung von Angeboten für Eltern mit Kindern im Kindergarten- und Schulalter (z. B. Elternbildungsangebote zum Übergang Kindergarten - Schule; z. B. Kurs "Eltern als Sprachvorbilder") werden evaluiert und ausgebaut.*
- 5.1.9. Mindeststandards in den Einrichtungen der offenen Arbeit mit Kindern und Jugendlichen einschließlich der mobilen Arbeit sind beizubehalten und entwickelte Instrumente in der interkulturellen und internationalen Jugendarbeit sind mit Ressourcen auszustatten, um diese trägerübergreifend zu verbreitern.*
- 5.1.10. Erste Maßnahmen zur Nutzung der Bildungsangebote der Seniorentreffs, sowie der soziokulturellen Angebote für Senioren durch ältere Migrant/innen sind umgesetzt.*
- 5.1.11. Die Bestrebungen auf Landesebene zur Einführung eines islamischen Religionsunterrichtes in deutscher Sprache von in Deutschland ausgebildeten Lehrer/-innen an öffentlichen Schulen werden, z. B. durch Beteiligung an einem Modellprojekt, unterstützt.*

5.1.2 Projekte und Maßnahmen

	Maßnahme	Verantwortlich
1	Sprachcafés für Schüler der Intensivklassen für Deutsch	Internationaler Bund e.V.
2	Sprachförderung „Lies mit mir!“	MitInitiative e.V.
3	TANDEM Deutsch-International	VHS Wiesbaden
4	Alphabetisierungskurs AKUT	Internationaler Bund
5	Get Together	Verami e.V.
6	Sprachförderung für Kinder von 2 bis 5 Jahren und Elternbildung für Einwandererfamilien aus Ost-Europa	Internationaler Bund e.V. Arbeiterwohlfahrt (AWO)
7	Sprachtraining	Internationaler Bund e.V.
8	Wiesbadener Bildungslotsen (WiLo)	Amt für Zuwanderung und Integration
9	Deutsch im Dialog	Amt für Zuwanderung und Integration

Zu den Maßnahmen im Einzelnen:

Zu 1:

Sprachcafés, ein Lern- und Förderprojekt als freiwilliges ergänzendes Angebot für neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe 1. (Seiteneinsteiger)

Neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler zwischen 11 und 16 Jahren, sogenannte Seiteneinsteiger und Seiteneinsteigerinnen, wurden 2014 in eine der 5 folgenden Wiesbadener Schulen mit Intensivklassen für Deutsch aufgenommen: Gerhard-Hauptmann-Schule, Theodor-Fliedner-Schule, Wolfram-von-Eschenbach-Schule, Wilhelm-Heinrich-von-Riehl-Schule und die Hans- und Sophie-Scholl-Schule. Aufgrund

Die neue Sprache wird intuitiv und spielerisch über viele Alters- und Ländergrenzen hinweg gelernt.

der steigenden Flüchtlingszahl wandelte das Staatliche Schulamt für den Rheingau-Taunus-Kreis und die Landeshauptstadt Wiesbaden Ende 2014 die Kerschensteiner Schule ebenfalls in eine Schule mit Intensivklassen für Deutsch.

Durch Fortschritte in der deutschen Sprache wird der Integrationsprozess beschleunigt. Aus diesem Grund finanziert das Amt für Zuwanderung und Integration - im Rahmen der Willkommens- und Anerkennungskultur - seit mehreren Jahren die Sprachcafés des Jugendmigrationsdiensts des Internationalen Bundes (IB) an allen 5 zuerst genannten Wiesbadener Schulen. Das Amt klärt zudem die Finanzierung eines Sprachcafés in dieser weiteren Schule und befindet sich schon in Vorbereitungsgesprächen hierfür.

In der unterstützenden Maßnahme „Sprachcafé“ wird den Jugendlichen die deutsche Sprache in einem ungezwungenen Rahmen in kleinen Gruppen von 6 bis 13 Kindern/Jugendlichen beigebracht und geübt. Eine enge Zusammenarbeit zwischen den Pädagogen des Sprachcafés und den Lehrerinnen und Lehrern der Schule ermöglicht ergänzende und aufeinander aufbauende Angebote.



Die Jungen und Mädchen helfen sich gegenseitig und machen sich Mut. Mit Spielen, Geschichten und gemeinsamen Ausflügen erweitern sie ihre Erfahrung mit der neuen „Heimat“ sowie ihre Sprachkenntnisse und wenden sie gleich praktisch an. Durch die Apfeltausch-Rallye etwa, bei der sie in der Stadt einen Apfel gegen einen anderen beliebigen Gegenstand tauschen sollen, kommen sie ganz automatisch mit deutschsprachigen Menschen ins Gespräch und verlieren ihre Scheu, auf Unbekannte und Fremdes zuzugehen.

Die Motivation der Jugendlichen äußert sich durch ihre regelmäßige Teilnahme am freiwilligen Sprachcafé und ihre mehrfach geäußerte Bereitschaft, auch bis abends am Kurs teilzunehmen. Diese Motivation spiegelt sich schon nach wenigen Monaten in ihren Sprachkenntnissen wider!

Umfassende Bearbeitung der Handlungsbedarfe an Schnittstellen durch das behörden- und ämterübergreifende „Netzwerk Seiteneinsteiger“ und die „Steuerungsgruppe Sprachcafés“ sowie Suchen nach unkonventionellen Lösungen

Für strukturelle Probleme wurden durch das „Netzwerk Seiteneinsteiger“ behörden- und ämterübergreifende Lösungen erarbeitet. Das Netzwerk besteht aus Mitgliedern des Staatlichen Schulamts (Intensivklassen für Deutsch), des Städtischen Schulamts, des Amtes für Zuwanderung und Integration (Integrationsabteilung) und des Amtes für Soziale Arbeit (Schulsozialarbeit, Sozialdienst „Asyl“ und Sozialdienst „unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“). Das Netzwerk weist erfolgreich Entscheidungsträger der verschiedenen Bereiche auf komplementären Handlungsbedarf hin, der sich nur durch eine ämterübergreifende Herangehensweise frühzeitig offenbart.

Kontakt:

Internationaler Bund (IB), Frau Jadranka Munro, Kaiser Kaiser-Friedrich-Ring 88, 65185 Wiesbaden, Tel.: 06 11/40 90 811, E-Mail: jadranka.munro@internationaler-bund.de

Zu 2.

Lies mit mir

Seit dem 01.01.2011 führt die MitInitiative e. V. das von der Integrationsabteilung aufgebaute Projekt „Lies mit mir“ inhaltlich und organisatorisch weiter. Ehrenamtliche Lesepatinnen und Lesepaten kommen an Orte, wo Kinder sich aufhalten wie z. B. Kindertagesstätten, Grundschulen, Gemeindezentren und Arztpraxen, um Kindern dort vorzulesen. Mit dem kommunalen Zuschuss werden die Schulungskosten der Lesepatinnen und Lesepaten, deren Aufwandsentschädigungen, der Kauf neuer Bücher sowie weitere Sachkosten finanziert. Insgesamt haben sich im Jahr 2014 zwischen 22 und 32 Lesepaten und -patinnen im Rahmen des Projektes „Lies mit mir“ engagiert.

Kontakt:

MitInitiative e. V., Astrid Braune, Grabenstraße 2, 65183 Wiesbaden, Tel.: 06 11/44 50 161, E-Mail: astrid.braune@mitinitiative.de

Zu 3.

Tandem

Deutsch - International

Durchschnittlich 16,5 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 73 Nationen nahmen das wöchentliche Konversationskursangebot an sechs verschiedenen Standorten im Stadtgebiet von Wiesbaden im Jahr 2014 wahr. Die TANDEM-Treffen fördern die Integration durch größere sprachliche Kompetenz, direkten Kontakt zu deutschen Leiterinnen und Leitern sowie durch Teilnahme an stadtteilbezogenen Festen und gemeinsamen Veranstaltungen. Mit dem Leistungsentgelt des Amtes für Zuwanderung und Integration können die wöchentlichen TANDEM-Treffen in der Stephanusgemeinde sowie das Honorar der Geschäftsführung sichergestellt werden.

Kontakt:

Volkshochschule Wiesbaden e. V., Gabriele Nisius, Alcide-de-Gasperi-Straße 4, 65197 Wiesbaden, Tel.: 06 11/98 89 113

Zu 4.

Alphabetisierungskurs AKUT

Der Kurs war ein Zusatzangebot für Schülerinnen und Schüler mit nichtdeutscher Herkunftssprache in den Intensivklassen für Deutsch als Zweitsprache an Schulen der Sekundarstufe I in Wiesbaden. Er fand jeweils zweistündig zweimal pro Woche nachmittags in den Räumen des Internationalen Bundes statt und diente als Ergänzung zum vormittags stattfindenden Unterricht in den Intensivklassen. Verantwortlich für die inhaltliche Konzeption war die Fachberatung des Staatlichen Schulamtes für Deutsch als Zweitsprache. Zwischen 8 und 12 Schülerinnen und Schüler nahmen regelmäßig an dem Projekt teil. Der Zuschuss des Amtes für Zuwanderung und Integration stellte die Durchführung des Projektes bis zum Beginn der Sommerferien 2014 sicher

Kontakt:

Internationaler Bund (IB), Kaiser-Friedrich-Ring 88, 65185 Wiesbaden, Tel.: 06 11/ 40908-16, E-Mail: BZ-Wiesbaden-Info@internationaler-bund.de

Zu 5.

Get Together

20 Schülerinnen und Schüler der 9. und 10. Klasse der Helene-Lange-Schule engagieren sich seit dem Schuljahr 2013/2014 im Rahmen ihres "Festen Vorhabens" für und mit 10 Kindern und Jugendlichen ab 11 Jahren einer Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge und Asylsuchende in Wiesbaden. Im Rahmen des Projektes finden durch verschiedene Aktivitäten und Ausflüge eine spielerische Begegnung und ein kultursensibler Austausch auf Augenhöhe statt. Die Kinder und Jugendlichen treffen sich 14tägig, um beispielsweise gemeinsam zu kochen und zu essen, Ausflüge zu erleben, Theater zu spielen, Fastnacht und andere Anlässe zu feiern sowie kreativ zu arbeiten.

Zentrale Idee bei den Aktivitäten ist es, dass beide Gruppen von Kindern und Jugendlichen sich kennen lernen, in der spielerischen Begegnung Freude haben und voneinander lernen. Wichtig ist dabei der präventive Ansatz, der darauf abzielt, das

Selbstbewusstsein der Kinder und Jugendlichen zu stärken und Vorurteile abzubauen, um möglichen späteren Konflikten und Problemen frühzeitig entgegenzuwirken.

Mit Beginn des Projektes erhielten die Schülerinnen und Schüler der Helene-Lange-Schule durch eine Fortbildung von Mitgliedern des Flüchtlingsrats Wiesbaden e. V. einen ersten Einblick in die Thematik „Flucht und Asyl“, die als theoretische Grundlage für die Projektteilnahme diente. Der Start des Projektes wurde mit einem Willkommensfest gefeiert, zu dem alle beteiligten Schülerinnen und Schüler sowie die jugendlichen Flüchtlinge und ihre Eltern eingeladen wurden. Bei diesem Fest wurde mithilfe der Integrationsassistenten des MigraMundi e. V., die zwischen den verschiedenen Beteiligten übersetzten, erste Kontakte geknüpft. Neben den Projektaktivitäten beteiligte sich das „get together“-Team parallel an der Organisation und Durchführung des Theaterprojekts „Fluchtbewegung“, das der JustUs e. V. Wiesbaden gemeinsam mit dem Jungen Staatstheater Wiesbaden durchführte (siehe Handlungsfeld Vielfalt). Der Beitrag war hier zum einen die Initiierung der Kontakte zu den Jugendlichen, die daran teilnahmen, zum anderen die Mitarbeit am theaterpädagogischen Konzept sowie die Supervision durch die damalige Projektleiterin.

Das erste Projektjahr von „get together“ endete mit einem großen Abschlussfest, bei dem sowohl die Schülerinnen und Schüler der Helene-Lange-Schule als auch die jugendlichen Flüchtlinge eine Anerkennung für ihre Teilnahme in Form einer Urkunde überreicht bekommen haben. Mit der Durchführung des „get together“-Projektes leistet der VERAMI

e. V. zusammen mit den zahlreichen Institutionen, mit denen er kooperiert, einen erheblichen Beitrag zur Etablierung einer Willkommens- und Anerkennungskultur in Wiesbaden.

Aufgrund der ausgesprochen positiven Resonanz und des großen Erfolges wird „get together“ auch im Schuljahr 2014/2015 durchgeführt. Im zweiten Projektjahr soll mehr Verantwortlichkeit auf die Jugendlichen selbst übertragen werden. In diesem Sinne haben die Schülerinnen und Schüler der Helene-Lange-Schule die Aufgabe, die Treffen selbständig zu planen und zu organisieren. Ebenfalls wird ein Buddy-Konzept angestrebt, bei dem ein Schüler oder eine Schülerin einem jugendlichen Flüchtling zugeordnet wird, um ihm oder ihr bei Fragen zur Seite zu stehen. Dadurch ist noch stärker als bisher gewährleistet, dass die Begegnung auf Augenhöhe stattfindet.

Kontakt:

VERAMI e. V., Frank Schulze, c/o Helene-Lange-Schule, Langenbeckstrasse 6 - 18,
65189 Wiesbaden, Tel.: 06 11/31 36 70

Zu 6.

Sprachförderung für Kinder von 2 bis 5 Jahren und Elternbildung für Einwandererfamilien aus Ost-Europa in Verbindung mit dem Besuch eines Integrationskurses, 01. September bis 31. Dezember 2014

Zielgruppen des Projektes: integrationswillige Einwandererfamilien aus Ost-Europa

Das Projekt wurde als Pilotprojekt von den Trägern Arbeiterwohlfahrt (AWO) und dem Internationalen Bund (IB) mit Finanzierung des Amtes für Zuwanderung und Integration und des Amtes für Soziale Arbeit sowie finanzieller Unterstützung des Landes Hessen im Rahmen des Landesprogramms „Sprachförderung im Kindergartenalter“ in der Zeit vom 01. September bis zum 31. Dezember 2014 durchgeführt.

Zielgruppen des Projektes waren integrationswillige Einwandererfamilien aus Ost-Europa mit Kindern im Vorschulalter, bei denen die Eltern einen Integrations- oder Orientierungs-

kurs besuchten primär Kinder, die keinen Platz in einer Kinderbetreuungseinrichtung hatten, sowie deren Eltern, die einen Integrations- oder Alphabetisierungskurs besuchten.

Ziel des Projektes: pädagogische und sprachliche Förderung der Kinder sowie Elternbildung

Ziel des Projektes war es die Kinder im Alter von zwei bis fünf Jahren parallel zum Integration- oder Orientierungskurs der Eltern sprachlich und pädagogisch zu fördern. Die Kinder wurden vier Mal wöchentlich für jeweils einen Vormittag in ihrer Entwicklung unterstützt und bestmöglich auf den Besuch einer Kindertagesstätte und/oder die Einschulung vorbereitet. Einmal wöchentlich wurden darüber hinaus an einem Vormittag Elternbildungsthemen mit den Eltern behandelt, um deren Elternkompetenz zu steigern und den Kindern bestmögliche Lern- und Entwicklungsbedingungen zu geben sowie die Integration der gesamten Familie zu unterstützen.

Grad der Zielerreichung

In der Projektlaufzeit wurden insgesamt 25 Kinder erreicht, die regelmäßig das Angebot genutzt haben. Die gesetzten Ziele wurden diesbezüglich voll erreicht. Die Vorgabe, dass die Eltern der teilnehmenden Kinder regelmäßig das Elternbildungsangebot wahrnehmen, wurde nicht erreicht. Die Gründe hierfür waren vielschichtig. Im Bereich Elternbildung musste das Konzept daher angepasst werden.

Perspektive

Das Projekt wird mit der Förderung des Amtes für Zuwanderung und Integration und des Amtes für Soziale Arbeit sowie finanzieller Unterstützung des Landes Hessen zunächst bis Ende 2015 fortgesetzt.

Kontakt:

Amt für Zuwanderung und Integration, Frau Lecke,

Tel.: 06 11/ 31 3537, integration@wiesbaden.de

Zu 7.

Sprachtraining

Mit diesem Projekt wird der Spracherwerb von jugendlichen Migrantinnen und Migranten, insbesondere von Schulpflichtigen, die die „Deutsch als Zweitsprache“-Klassen in Wiesbaden besuchen, gefördert und beschleunigt. Es gibt zwei Gruppen für Sprachanfänger und Fortgeschrittene. Methodisch wurde mit Rollenspielen, visuellen Medien und Gruppenarbeiten gearbeitet. Das Projekt wurde zweimal pro Woche für jeweils zwei Stunden in den Räumlichkeiten des Internationalen Bundes durchgeführt. In beiden Gruppen haben durchschnittlich 20 Schülerinnen und Schüler teilgenommen. Durch den Zuschuss des Amtes für Zuwanderung und Integration war die Finanzierung des Projektes für vier Monate gesichert.

Kontakt:

Internationaler Bund (IB), Ruth Kaiser, Kaiser-Friedrich-Ring 88, 65185 Wiesbaden, Tel.: 06 11/40 90 812,

E-Mail: ruth.kaiser@internationaler-bund.de

Zu 8.

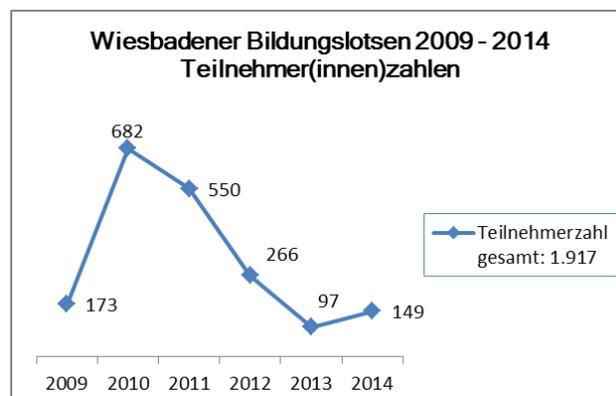
*Wiesbadener Bildungslotsen
(WiLo)*

Bildungschancen und -teilhabe von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund werden deutlich erhöht, wenn sie durch ihre informierten Eltern effektiv durch die Schule begleitet und unterstützt werden können. Dies bedeutet ein wichtiger Schritt in Richtung zu mehr Bildungsgerechtigkeit.

Aus diesem Grund wird Eltern mit geringen Sprachkompetenzen durch muttersprachige Lotsinnen und Lotsen (WiLo-Bildung) ein Einblick in das deutsche Schul- und Bildungssystem und dessen Anforderungen vermittelt. Auch der „Usus“ in Schulen und die „Erwartungen“ an die Eltern werden dargestellt. Durch zunehmende Selbstsicherheit aufgrund von Wissen über die Abläufe und Erwartungen scheuen die Eltern weniger, auch ohne negativen Anlass, Kontakt mit den Lehrerinnen und Lehrern ihrer Kinder aufzunehmen. Außerdem vermitteln die Lotsen Eltern Auskünfte über familieneigene und -ergänzende Unterstützungsmöglichkeiten und Angebote zur Sicherung der schulischen Sozialisation und Bildungsförderung.

Durch Briefe und Flyer in Deutsch oder in der Muttersprache werden viele Eltern mit Migrationshintergrund schwerlich erreicht. Die Erfahrung lehrt, dass die Besucherzahl bei Veranstaltungen mit der Qualität und Intensität der direkten Elternansprache etwa durch Lotsen, Vorbeter in Moscheen, Lehrer und Erzieher steigt und fällt. Es fällt den Lotsinnen und Lotsen schwer, ausreichend Teilnehmer für persönlich beworbene Veranstaltungen zu gewinnen; für die die angebotenen Module noch unbekannt sind. Am besten werden Eltern erreicht, wenn die Lotsen in eine bestehende Gruppe eingeladen werden. Nach Spitzen in 2010 und 2011 mit 682 und 550 teilnehmenden Eltern ist die Veranstaltungs- und Teilnehmerzahl seit 2012 rückläufig. 2014 setzte sich der Negativtrend bei der Veranstaltungszahl weiter fort, jedoch konnte aufgrund der engen Zusammenarbeit mit Moscheen und einer kirchlichen Gemeinde die zufriedenstellende Teilnehmerzahl von ca. 17 Personen im Schnitt pro Veranstaltung erreicht werden. Nur 3 der 149 erreichten Personen waren männlichen Geschlechts, die meisten Eltern waren zwischen 31 und 40 Jahre alt. Um eine rege Teilnahme zu erzielen, erstellte die Integrationsabteilung Einladungen in barrierefreiem Deutsch und in der Muttersprache. Die teilnehmenden Eltern konnten auf eine kostenlose Kinderbetreuung zurückgreifen und für das Ausloten des wahren Bedarfs der Eltern wurden versuchsweise Termine am Nachmittag, am Vormittag, am Abend oder am Wochenende angeboten.

Rückgang der Veranstaltungs- und Teilnehmerzahlen seit 2012 aber leichte Erholung in 2014



Das Lotsenprojekt weist typische Merkmale der Präventionsarbeit auf. Die Nutzen der Lotseneinsätze sind nicht sofort messbar, die Auswirkungen eines durch Integrationsassistenten/innen übersetzten Lehrer-Eltern-Gesprächs jedoch sehr wohl. Viele Eltern nutzen nur bedingt die auf lange Sicht angelegte Hilfe zur Selbsthilfe der Lotsenveranstaltungen. Wenn jedoch akute Probleme zu lösen sind, werden die Abteilung und die Lotsen angesprochen, die allerdings für Gruppeninformationsveranstaltungen zuständig sind. Zahlreiche Schulen haben inzwischen aufgrund von nicht ausreichenden Teilnehmerzahlen pro Sprachgruppe bzw. von zusätzlichen Abendterminen davon Abstand genommen, weiterhin Lotsen einzuladen, deren Arbeitsergebnisse sich oft nicht sofort auswirken.

Lotsinnen auf dem Podium als Sprachrohr der Eltern

Bei dem gemeinsamen Elternabend dreier Schulen zum Thema „Übergang in die weiterführenden Schulen“ sprachen zwei Lotsinnen, Mütter mehrerer Kinder mit verschiedenartigen Voraussetzungen und Schullaufbahnen, zu den Eltern. Rückblickend analysierten sie ihre damalige Entscheidung und teilten ihre Erfahrung und jetziges Wissen mit den Eltern zukünftiger Fünftklässler.

Kontakt:

Amt für Zuwanderung und Integration, Yvette Sommer,
Tel: 0611/ 31 4431, integration@wiesbaden.de

	Teilnehmerzahl gesamt: 1.917	Veranstaltungen 291
2009	173	2
2010	682	31
2011	550	119
2012	266	93
2013	97	37
2014	149	9

Zu 9.

Deutsch im Dialog

*Konversations- und Elternbil-
dungskurse*

„Deutsch im Dialog“, ein deutschsprachiges Konversationskursangebot mit vielfältigen Elternbildungselementen, ist das Nachfolgeprojekt des über viele Jahre erfolgreichen „Mama spricht Deutsch“ - Programms. Es wird in einer Kooperation der Ämter für Zuwanderung und Integration und für Soziale Arbeit sowie der Volkshochschule Wiesbaden, mit verschiedenen Wiesbadener Trägern durchgeführt.

Im Amt für Soziale Arbeit stellt „Deutsch im Dialog“ einen wichtigen Baustein der „Zielgruppenorientierten Elternbildung“ dar. Zielgruppe des Angebotes sind bildungsungeübte Eltern mit Migrationshintergrund. Deren Kenntnisse der deutschen Sprache sollte auf den Niveaustufen A2 oder B1 liegen. Wesentliche Ziele der Kurse sind die nachhaltige Festigung erlernter Deutschkenntnisse der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und das Kennenlernen sozialer Einrichtungen, Organisationen und Angebote, sowohl im jeweiligen Stadtteil als auch im gesamten Stadtgebiet.

Parallel zu allen „Deutsch im Dialog“ - Gruppen wird für teilnehmende Eltern kleiner Kinder jeweils eine Kinderbetreuung angeboten.

*98 Teilnehmerinnen in sieben
Stadtteilen*

2014 nahmen insgesamt 98 Frauen in sieben Stadtteilen an „Deutsch im Dialog“ teil. In den Stadtteilen wurde jeweils ein Kurs angeboten.

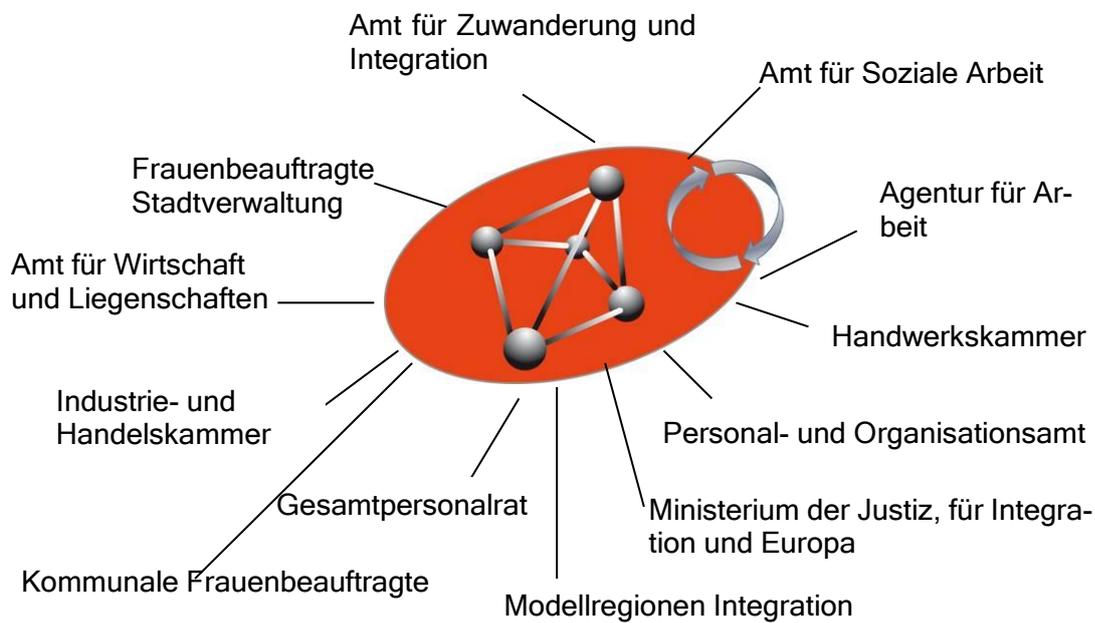
Kontakt:

Amt für Zuwanderung und Integration,

Tel: 0611/ 31 4003, integration@wiesbaden.de

5.2 Arbeit

5.2.1 Vernetzung / Steuerung



Steuerungsgruppe Arbeit

Die Steuerungsgruppe setzt sich aus Akteuren zur Umsetzung der Ziele zur Integration in den Arbeitsmarkt zusammen. Da sich die Stadt Wiesbaden mit Projekten aus dem Handlungsfeld Arbeit in das Landesprogramm Modellregionen Integration einbringt, ist die Integrationsabteilung des Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa bis Ende 2013 eingebunden gewesen.

Auszug Integrationskonzept 2010 - 2014

Das wollen wir erreichen:

- *Die Teilhabechancen von Migrant/-innen an der Erwerbsarbeit sind quantitativ und qualitativ verbessert.*
- *Die Landeshauptstadt Wiesbaden als großer Arbeitgeber übernimmt im Hinblick auf ihre interkulturelle Öffnung Vorbildfunktion.*

Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre:

- 5.2.1. *Es sind Strukturen und Projekte geschaffen, die die Erschließung der mitgebrachten teilweise sehr hohen Qualifikationen von Zuwanderern in Deutschland erleichtern.*
- 5.2.2. *Die Ausbildungsbereitschaft und die Erweiterung des Berufsspektrums von jugendlichen Migrant/-innen, insbesondere der jungen Frauen, werden gefördert.*
- 5.2.3. *Die Anpassungsfähigkeit von Personen mit Migrationshintergrund an den sektoralen und beruflichen Strukturwandel der deutschen Wirtschaft ist insbesondere durch Bildung und Fortbildung, wie z. B. individualisierte Sprachförderung, verbessert.*
- 5.2.4. *Der Anteil von Frauen an der sozialversicherungspflichtigen Erwerbsarbeit ist erhöht.*
- 5.2.5. *Die interkulturelle Kompetenz der Menschen mit Migrationshintergrund und die darin liegenden Potenziale werden anerkannt und verstärkt in Projekte der Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung eingebunden. Ein Kompetenznetzwerk, das Migranten rasche Orientierung gewährleistet, ist entwickelt.*
- 5.2.6. *Der bisher erfolgreiche Ansatz der Lotsenprojekte, der die mehrsprachigen und bikulturellen Fähigkeiten von Menschen mit Migrationshintergrund nutzt, wird verstärkt auch auf das Handlungsfeld Arbeit und damit verbundene Projekte und Themenstellungen ausgeweitet.*
- 5.2.7. *Nachhaltige Existenzgründungen und die Entfaltung der wirtschaftlichen Chancen, die das besondere soziale Kapital der Migranten und ihrer Familie in der so genannten ethnischen Ökonomie bietet, werden anerkannt und gezielt gefördert.*
- 5.2.8. *Der Anteil von Mitarbeiter/-innen mit interkultureller Kompetenz in kundenintensiven Bereichen der Stadtverwaltung ist auch in gehobenen Beschäftigungsverhältnissen erhöht.*

5.2.2 Projekte und Maßnahmen

	Maßnahme	Verantwortlich
1	Erstberatung qualifizierter Zuwander/-innen	Amt für Zuwanderung und Integration
2	Kompetenzen entdecken - Chancen nutzen / Neue Wege in den Beruf für qualifizierte Migrantinnen, durchgeführt von 08/2010 bis 12/2014	Berufswege für Frauen e.V.
3	Kampagne „Me - Migrantinnen und Erwerbstätigkeit“	Amt für Zuwanderung und Integration
4	Hessischer Bildungskredit (seit April 2012)	KIZ gemeinnützige Projektgesellschaft GmbH

Zu den Maßnahmen im Einzelnen:

Zu 1.

Erstberatung qualifizierter Zuwanderer unter dem Dach der Stadt Wiesbaden

Nach Ablauf des erfolgreichen Projektes Modellregion Integration 2013 wurde die Erstberatungsstelle für qualifizierte Zuwanderer 2014 von der Stadt Wiesbaden in Eigenregie weitergeführt, da das Beratungsangebot stark nachgefragt wurde. 360 Ratsuchende nahmen die Beratung in Anspruch, um Unterstützung bei der Anerkennung und Nutzung ihrer ausländischen Qualifikation zu erhalten. Dabei stieg der Anteil der männlichen Ratsuchenden im Vergleich zum Vorjahr von 30% auf 40%. Der Anteil der Leistungsbezieher nach dem SGB II ist auf 40% gesunken. Der größte Teil der Ratsuchenden kam aus Polen, gefolgt von Rumänien und Russland an zweiter und Spanien sowie Iran an dritter Stelle. Ein verstärkter Zulauf ist auch aus Syrien zu verzeichnen. Der Anteil der Kunden der Erstberatungsstelle, der neu zugewandert ist und seit weniger als zwei Jahren in Deutschland lebt, ist unverändert stark.

Berufsfelder, zu denen die Beratung überwiegend erfolgte

Die 2014 am häufigsten vertretene Berufsgruppe waren die Gesundheitsfachberufe wie Mediziner und qualifizierte Pflegekräfte. Im Vergleich zu den Vorjahren hat der Zulauf von ausländischen Betriebswirten in der Beratung stark zugenommen und die Berufsgruppe der Lehrer und Ingenieure auf Platz 3 verdrängt.

Zum Ende des Jahres wurde die Erstberatungsstelle für qualifizierte Zuwanderer angefragt, die gut etablierte Beratung künftig unter dem Dach des bundesweiten Netzwerks IQ - Integration durch Qualifizierung anzubieten.

Kontakt:

Amt für Zuwanderung und Integration, Frau Mrse und Frau Ebert,
Tel.: 06 11/ 31 2148, integration@wiesbaden.de

Zu 2:

Kompetenzen entdecken - Chancen nutzen / Neue Wege in den Beruf für qualifizierte Migrantinnen

Das Programm „Kompetenzen entdecken - Chancen nutzen“ bietet Frauen einen guten Einstieg bei der ersten Orientierung. In dem Berufsorientierungskurs für qualifizierte Migrantinnen begegnen sich Frauen, die eine grundsätzliche Orientierung bezüglich ihrer beruflichen Perspektiven suchen.

Den Migrantinnen stehen bei dem Träger BerufsWege für Frauen e.V. über 40 Seminare, Workshops, Vorträge und Netzwerktermine zur intensiven Förderung der Integration zur Verfügung. Im Jahr 2014 konnten aus 52 Erst- und Einführungsgesprächen 23 passende Teilnehmerinnen gefunden werden, die in den Kurs aufgenommen wurden. Der Berufsorientierungskurs fand mit zwei Staffeln im Jahr über jeweils 6 Monate statt. Alle Frauen, die nicht für den Berufsorientierungskurs in Frage gekommen sind, konnten entweder in andere Projekte bei BerufsWege für Frauen e.V. integriert oder zu anderen Einrichtungen, wie z.B. UYUM, WiF oder Hessencampus, weiter vermittelt werden.

Das Projekt wurde von 2010 bis Ende 2013 im Rahmen des Landesprogramms Modellregion Integration mit einer 50%igen Ko-

Finanzierung durchgeführt. Nach Ablauf der Landesförderung wurde das Projekt im Jahr 2014 und 2015 komplett mit kommunaler Finanzierung weiter geführt.

Kontakt:

Berufswege für Frauen e. V., Nil Esra Dagistan, Neugasse 26, 65183 Wiesbaden, Tel.: 06 11/ 59 02 99

Zu 3:

Kampagne „Me - Migrantinnen und Erwerbstätigkeit“

Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat sich bereits vor Jahren im Integrationskonzept das Ziel gesetzt, die Teilhabechancen von Migrantinnen und Migranten an der Erwerbsarbeit quantitativ und qualitativ zu verbessern und insbesondere den Anteil von Frauen in sozialversicherungspflichtigen Tätigkeiten zu erhöhen. Mit der Kampagne „Me“ informiert die Landeshauptstadt Wiesbaden in Kooperation mit der Agentur für Arbeit Wiesbaden Migrantinnen über vorhandene Unterstützungs-möglichkeiten, Beratungsangebote und die Bedeutung von sozialversicherungspflichtigen Tätigkeiten. Migrantinnen sollen durch die Kampagne motiviert werden, den Einstieg in die Erwerbstätigkeit, auch über eine geringfügige Beschäftigung hinausgehend, zu wagen.

Bausteine der Kampagne

Kurzfilm „Ich hab`s geschafft! Erfolgreiche Migrantinnen“

Der Film ist auf YouTube abrufbar.

<https://www.youtube.com/watch?v=pLo-XKgPE>

Der Film erzählt Erfolgsgeschichten von Frauen mit Migrationshintergrund. Sie kommen aus der Türkei, Kasachstan, Marokko, Polen, Ungarn und Kamerun. Ob Hebamme, Kosmetikerin, Unternehmensberaterin oder Staatssekretärin: Diese Frauen sind ihren Träumen und Hoffnungen auf eine bessere Zukunft durch ihre Erwerbstätigkeit ein Stück näher gekommen.

Broschüre: „Migrantinnen und Erwerbstätigkeit - Orientierung und Chancen für die Zukunft“

Die Broschüre gibt auf rund 55 Seiten neben Tipps für Bewerbungen und Vorstellungsgespräche zahlreiche Informationen zum regionalen und nationalen Arbeitsmarkt, zu Möglichkeiten der Stellensuche, zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zu Möglichkeiten zum Wiedereinstieg nach Familienzeit, zu Integrationskursen, zu Bildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten sowie zur Anerkennung von ausländischen Abschlüssen.

*Plakatserie „Me-Migrantinnen
und Erwerbstätigkeit“*

Die Serie besteht aus sechs Plakaten mit unterschiedlichen Motiven, auf denen beruflich erfolgreiche Migrantinnen aus unterschiedlichen Ländern, verschiedenen Berufen und Alters als Vorbilder abgebildet sind. Die Plakate sind in DIN A1, DIN A2 und DIN A3 erhältlich. Die Broschüre, die Film-DVD sowie die Plakate sind beim Amt für Zuwanderung und Integration kostenfrei erhältlich. Bestellungen bitte an integration@wiesbaden.de.

Kontakt:

Amt für Zuwanderung und Integration, Frau Akram,
Tel.: 06 11/ 31 2181, integration@wiesbaden.de

Zu 4:

*Hessischer Bildungskredit als
Modellprojekt im Landespro-
gramm Modellregion Integration*

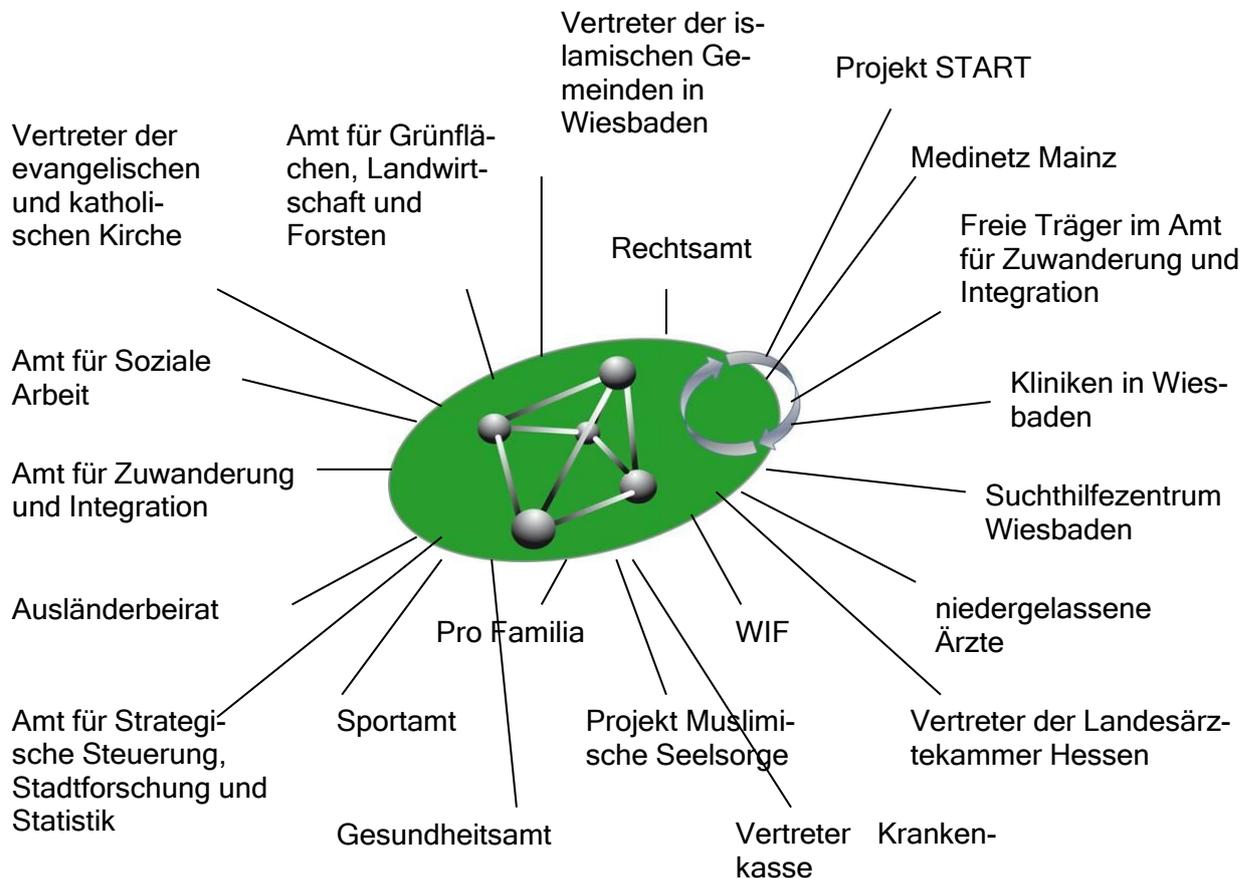
In diesem Projekt wurde ein Kreditmodell entwickelt und erprobt, das außerhalb der „normalen“ Bankenwelt funktioniert. Es ermöglicht qualifizierten Migrantinnen und Migranten mit geringem Einkommen fehlende, aber für eine Anerkennung ihrer ausländischen Abschlüsse notwendige Qualifikationsbausteine nachzuarbeiten, so dass sie entsprechend ihrem Potenzial arbeiten bzw. einen Einstieg in den Arbeitsmarkt realisieren können. Trotz umfangreicher Werbemaßnahmen wurde das Angebot des hessischen Bildungskredits durch die Zielgruppe nicht in Anspruch genommen. Es fehlte die konkrete Nachfrage.

Kontakt:

KIZ SINNOVA Gesellschaft für soziale Innovation GmbH, Dr. Bernd Curtius, Hermann-Steinhäuser-Straße 43-47, 63065 Offenbach, Tel.: 069/ 66 77 96-104

5.3 Handlungsfeld Gesundheit und Sport

5.3.1 Vernetzung / Steuerung



Netzwerk Gesundheit und Sport

Die Abstimmung des Handlungsprogramms Gesundheit erfolgte ebenso wie die Durchführung von Projekten und einzelnen Veranstaltungen in enger Abstimmung und Beratung mit dem Steuerungskreis Gesundheit.

Auszug Integrationskonzept 2010 - 2014

Das wollen wir erreichen:

- *Die Gesundheitsversorgung und gesundheitliche Prävention bei Migrant/-innen ist insbesondere durch eine kultursensible Ansprache und interkulturelle Öffnung des Gesundheitswesens verbessert.*

- *Die Integrationspotentiale des Sports bei der sozialen und kulturellen Integration werden systematisch genutzt.*
- *In beiden Bereichen (Gesundheit und Sport) findet die Kooperation mit Migrantenselbstorganisationen regelmäßig statt.*

Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre:

Gesundheit:

- 5.3.1. *Die muttersprachlichen und kultursensiblen Informationsveranstaltungen der Wiesbadener Lotsen sind thematisch erweitert und methodisch ausgebaut.*
- 5.3.2. *Muslimische Seelsorge als institutionalisiertes Angebot ist aufgebaut und niedrigschwellige Angebote zur Förderung der seelischen Gesundheit und der psychosozialen Versorgung von Migrantinnen und Migranten sind bedarfsgerecht vorhanden.*
- 5.3.3. *Es findet eine ämterübergreifende Kooperation mit der Hochschule RheinMain und Netzwerken der Migrantinnen und Migranten zur Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen für ältere Migranten zur Förderung der Gesundheitsprävention und des selbständigen Lebens im Alter statt.*
- 5.3.4. *Die Teilhabechancen für Migrantinnen und Migranten mit Behinderungen oder chronischen Erkrankungen sind durch einen erhöhten Kenntnisstand über Angebote der Behindertenhilfe und des Gesundheitswesens einerseits und der interkulturellen Öffnung dieser Systeme andererseits verbessert.*
- 5.3.5. *Vorhandene Selbsthilfegruppen sind für migrantenspezifische Bedarfe sensibilisiert und eine Beratungsstruktur für Migrantinnen und Migranten ohne Krankenversicherungsschutz ist etabliert.*
- 5.3.6. *Angebote der kultursensiblen Altenpflege sind am Bedarf orientiert vorhanden.*
- 5.3.7. *Konzepte zur Förderung der interkulturellen Kompetenz werden von Akteuren des Gesundheitswesens regelmäßig nachgefragt, umgesetzt und ausgewertet.*

Sport:

- 5.3.8. *Die Infrastruktur an (geschützten) Räumen für Migrantinnen und Angebote zur Sportausübung sind bedarfsangemessen verbessert bzw. ausgeweitet (z. B. Fortführung des Projektes "Start - Sport überwindet Hürden").*
- 5.3.9. *Auf der Grundlage einer Bestandsaufnahme (quantitativ und qualitativ) werden in Kooperation mit den Wiesbadener Sportvereinen Maßnahmen zur Förderung der interkulturellen Kompetenz und der sozialen und kulturellen Integration geplant und umgesetzt.*
- 5.3.10. *Die Öffnung überwiegend monoethnischer Sportvereine hin zu Mehrspartenvereinen wird gefördert.*
- 5.3.11. *Freiflächen für vereinsungebundene Sportaktivitäten stehen in zunehmendem Maße insbesondere in den dicht besiedelten Innenstadtbereichen zur Verfügung.*

5.3.2 Projekte und Maßnahmen

	Maßnahme	Verantwortlich
	Gesundheit	
1.	Wiesbadener Gesundheitslotsen	Amt für Zuwanderung und Integration
2.	Muslimische Seelsorge, Migraself	Muse e.V., Migraself
3.	Weiterführen eines offenen Angebotes für ältere Migranten	WiF e.V.
4.	Humanitäre Sprechstunde	Amt für Zuwanderung und Integration i.V.m. Gesundheitsamt und Amt für Soziale Arbeit
5.	WiF - Wiesbadener internationales Frauen- und Mädchen-Begegnungs- und Beratungs-Zentrum e. V.	WiF e. V.

	Sport	
1.	Ausbildung von Migrantinnen als Übungsleiterinnen	Amt für Zuwanderung und Integration
2.	Frauenschwimmen	Amt für Zuwanderung und Integration

Zu den Maßnahmen im Einzelnen: **Gesundheit**

Zu 1

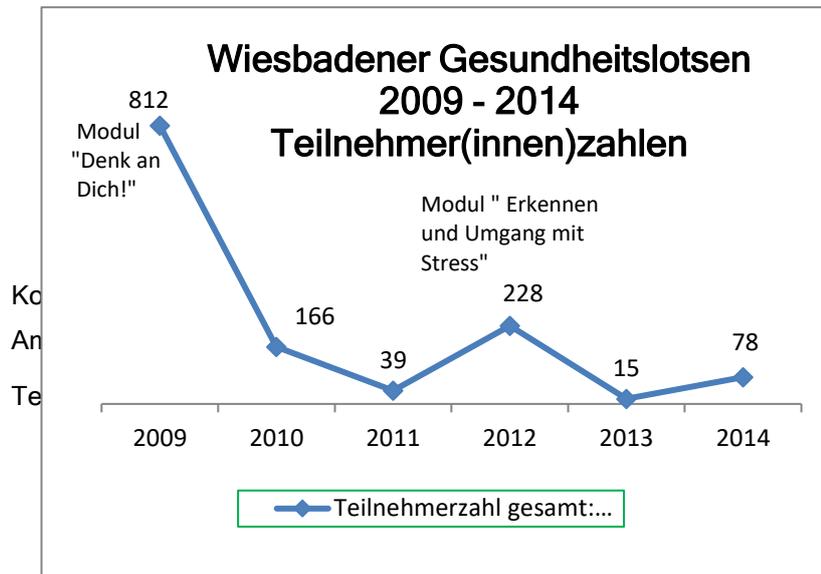
Gesundheitslotsen

Die Schulung der aktuellen WiLo-Gesundheitslotsen wurde größtenteils im Rahmen des Vorgängerprojekts „MiMi - mit Migranten für Migranten“ (2006 bis 2008) durchgeführt. In der Zeit von 2009 bis 2014 wurden 1.338 Migrantinnen und Migranten durch die muttersprachlichen und kultursensiblen Informationsveranstaltungen der Wiesbadener Gesundheitslotsen (WiLo-Gesundheit) erreicht.

Zahlreiche Lotsinnen und Lotsen haben sich inzwischen beruflich oder privat verändert, sind erkrankt oder weggezogen, so dass nicht mehr alle Gesundheitsmodule in allen Sprachen angeboten werden können. Im Jahre 2014 konnten daher nur 4 Veranstaltungen im Bereich Gesundheit stattfinden.

Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer in den Communities der „WiLo-Gesundheit“ sind im Laufe der Zeit schon sensibilisiert worden.

Die Erfahrung zeigt, dass potentielle Teilnehmer an einer Sensibilisierungs- und Informationsveranstaltung nur selten durch Flyer erreicht werden. Werden sie aber direkt angesprochen und kennen sie die Lotsinnen und Lotsen persönlich, lassen sie sich leichter zur Teilnahme gewinnen. Nach insgesamt neun Jahren Tätigkeit fällt es den Lotsinnen und Lotsen immer schwerer, in ihrer Community Teilnehmer zu finden, für die ihre Module noch unbekannt sind. Weitere Veranstaltungen können nur noch stattfinden, wenn bisher nicht kontaktierte Migrantenorganisationen um eine Informationsreihe in ihren Räumen bitten oder die Lotsin/der Lotse über ihren/seinen Schatten springt und mündliche Akquise bei Unbekannten betreibt, die befürchten, dass ihnen etwas verkauft werden soll. Da alle Sensibilisierungsveranstaltungen in bestehenden Gruppen stattfanden, wurde die zufriedenstellende Zahl von 78 Frauen, also knapp 20 Teilnehmerinnen pro Veranstaltung, erreicht.



WiLo Gesundheit 2009-2014

Kontakt:

Amt für Zuwanderung und Integration, Yvette Sommer,

Tel: 06 11/31 4431, integration@wiesbaden.de

Zu 2:

*Muslimische Seelsorge,
Migraself*

Seit dem 01.02.2013 ist MUSE ein eingetragener Verein. Durch die kommunale Anschlussfinanzierung an die vom Europäischen Integrationsfonds geförderte Periode konnte das Dienstleistungsangebot von MUSE e.V. (s. Integrationsberichte ab 2010) bis zum Jahresende 2014 aufrechterhalten werden.

Muse e.V. beantragte 2013 beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eine einjährige Förderung des Projekts „MigraSelf“ aus Mitteln des Europäischen Integrationsfonds, diese wurde im März 2014 bewilligt. Ziel des Projekts ist es, eine Bewusstseins-schaffung für die Existenz und die Funktionsweise von Selbsthilfegruppen zu bewirken sowie Informationen über existierende Selbsthilfegruppen zu vermitteln. Insgesamt sollen eine interkul-turelle Öffnung und eine strukturelle Veränderung erreicht werden. Durch dieses Projekt erweitert MUSE e. V. seine Aufgaben um die gesundheitliche Versorgung von Migranten und geht mit dem Amt für Zuwanderung und Integration in Absprache mit dem

Gesundheitsamt einen wichtigen Schritt auf die Gründung von interkulturellen Selbsthilfegruppen zu.

In der ersten Projektphase wurde das Interesse und der Bedarf an Selbsthilfegruppen durch themenbezogene Infoveranstaltungen für die Zielgruppe in Zusammenarbeit mit verschiedenen KooperationspartnerInnen (z. B. Moscheen, Vereine, islamische Kita, türkisch/arabische Geschäfte) und potentiellen MultiplikatorInnen festgestellt. Daneben erfolgte eine gezielte Bewerbung des Projekts durch einen deutschsprachigen Flyer, der an die KooperationspartnerInnen versendet oder dort persönlich ausgelegt wurde. Weiterhin wurde der Internetauftritt des Muse e. V. um das Angebot des Projektes „Migraself“ ergänzt.

Da das Konzept der Selbsthilfegruppen in den Migrantenmilieus noch weitgehend bekannt gemacht werden muss, ist die Inanspruchnahme eines solchen Angebots durch die betroffenen Personen noch zu etablieren.

Kontakt:

MUSE e.V., Muslimische Seelsorge in Wiesbaden, Gülbahar Erdem, Alcide-de-Gasperi Straße 2, 65197 Wiesbaden, Tel.: 0611/ 31 4406, E-Mail: muse@wiesbaden.de

Zu 3:

Weiterführung eines offenen Angebotes für ältere Migrantinnen bei WiF e. V.

Zur Vorbereitung der Integrationskonferenz und des Integrationskonzepts 2015-2019 tauschten der Steuerungskreis Gesundheit sowie Fachleute der Seniorenarbeit mit Migrantenselbstorganisationen, Vereinen, freien Trägern/Wohlfahrtsverbänden, Sozialarbeitern, Lotsinnen und Lotsen in einem Workshop zum Thema „ältere Migranten“ ihre Erfahrungen, Daten, Kenntnisse und Wünsche aus.

Gemeinsam wurde in einem ersten Schritt eine Einschätzung des Handlungsbedarfs ausgearbeitet, der im Rahmen der Integrationskonferenz weiter entwickelt wurde und in den Entwurf des neuen Integrationskonzepts eingeflossen ist.

Eine Handlungsempfehlung des Abschlussberichts der Enquetekommission „Migration und Integration“ des Hessischen

Das Thema „ältere Migrantinnen und Migranten“ wurde konzeptionell weiter behandelt.

Landtags lautet: Die Seniorenpolitik sollte umfassend und neu ausgerichtet werden, und das bestehende Altenhilfesystem sich auch an der Lebenswirklichkeit der Seniorinnen und Senioren nicht deutscher Herkunft orientieren.“

Im Rahmen des Projekts AmiQus (2009-2012) wurde von den beteiligten Wiesbadener Migranten und Migrantinnen am Ende der Projektlaufzeit mehrfach der Wunsch nach einem regelmäßigen Treffen geäußert. In der Folge förderte die Integrationsabteilung ab März 2012 regelmäßig - sowie der Ausländerbeirat einmalig - die niedrighschwellige „Interkulturelle Frauenrunde für Frauen ab 55 Jahren“ bei WiF e. V. Der Seniorinnentreff wird von einer Diplom-Sozialpädagogin geleitet und findet einmal pro Woche für vier Zeitstunden in den Räumen von WIF e. V. statt. Ziel des Projektes ist es, die Teilnehmerinnen über die vorhandenen Institutionen im Bereich der kommunalen Altenarbeit zu informieren, deren Angebote vorzustellen und die Teilnehmerinnen zur Partizipation zu ermuntern. Die kommunikative Beziehung der älteren Migrantinnen zu den öffentlichen Einrichtungen soll dabei qualitativ verbessert und eine Vernetzung der Teilnehmerinnen durch Vermittlung von Kontakten ermöglicht werden. Darüber hinaus sollen gemeinsam mit den Teilnehmerinnen Vorschläge für die Angebotsgestaltung der Altenarbeit entwickelt werden, die den Wünschen und sprach- oder kulturbedingten Bedürfnissen der älteren Migrantinnen und Migranten entsprechen. Unter anderem wünschten sich die Seniorinnen Tage mit Essen, das den Anforderungen „Halal“ oder „Koscher“ entspricht, frauenspezifische Angebote gemeinsam mit deutschen Frauen sowie Abende mit Musik oder Tanz aus anderen Kulturen.

Während der gesamten Laufzeit wurde die „Internationale Frauenrunde ab 55 Jahren“ bei WIF e. V. durch ämterübergreifende Auswertungsgespräche begleitet, an denen neben den Projektverantwortlichen auch Vertreter der Abteilung „Integration“ (Amt für Zuwanderung und Integration), des „Ausländerbeirats“ und der „Sozialkulturellen Angebote“ des Amtes für soziale Arbeit teilnahmen.

Folgende Entwicklung ist zu beobachten: Im Jahr 2014 ist die Teilnehmerinnenzahl im Vergleich zum Vorjahr um 5 Frauen auf nunmehr im Schnitt 15 Frauen pro Veranstaltung gestiegen. Die Teilnehmerinnen kommen nicht mehr ausschließlich aus dem Westend, was den Bedarf an einem derartigen städtischen Angebot unterstreicht. Allgemein hat die Heterogenität der Gruppe im Alter und im kulturellen Hintergrund zugenommen. Im Rahmen der Kooperation mit dem Amt für Soziale Arbeit nahmen die Teilnehmerinnen am gemeinsamen Ausflug „Meine Heimat - Deine Heimat“ teil. Der gemeinsame Kochtreff verschiedener Nationen „Safran trifft Schnittlauch“ ist inzwischen fester Bestandteil des Angebots der soziokulturellen Angebote der Abteilung Altenarbeit geworden und hat seinen Weg in die Programmflyer der Seniorentreffs gefunden. Den Frauen wurde die Möglichkeit einer Stadtrundfahrt in der Thermen, sowie ein Ausflug in die Salzgrotte und die Kaiser-Friedrich-Therme ermöglicht.

Unter Anleitung betätigten sich die Frauen künstlerisch und organisatorisch, warben z. B. auf der Messe Lateinamerika für den Kochtreff „Safran und Schnittlauch“. Es wurde eine Reihe von Informationsgesprächen zum Thema „Gesundheit“ angeboten, die den Wunsch entstehen ließ, mehr über das Gesundheitssystem zu erfahren.

2014 wurden die Teilnehmerinnen mit zögerlichem Erfolg zum unbegleiteten Wahrnehmen von Angeboten der Altenarbeit im Seniorentreff Blücherstraße motiviert. Die anvisierte Selbstorganisation des Seniorentreffs durch die Teilnehmerinnen nach Ende der Projektlaufzeit ist zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht möglich. Die kulturelle Vielfalt und die sprachliche Heterogenität verstärken die in jeder Gruppe vorhandenen Hürden für selbstorganisierte Angebote.

Mit dem offenen Angebot „Internationale Frauenrunde für Frauen ab 55 Jahren“ bei WiF e. V. gewinnen die Ämter der Landeshauptstadt Wiesbaden Erfahrung mit multikulturellen ge-

schlechtsspezifischen Seniorentreffs und leiten eine unterstützende Kooperation beider Abteilungen in dieser - aus demographischen Gründen - immer wichtiger werdenden Querschnittsaufgabe ein.

Kontakt:

WiF e. V., Mila Kovacevic, Rheinstraße 79, 65185 Wiesbaden,
Tel.: 0611/ 160 2352

Zu 4:

„Humanitäre Sprechstunde“
für Menschen ohne legalen Aufenthalt/ ohne Krankenversicherung am 1. Juni 2011 gestartet

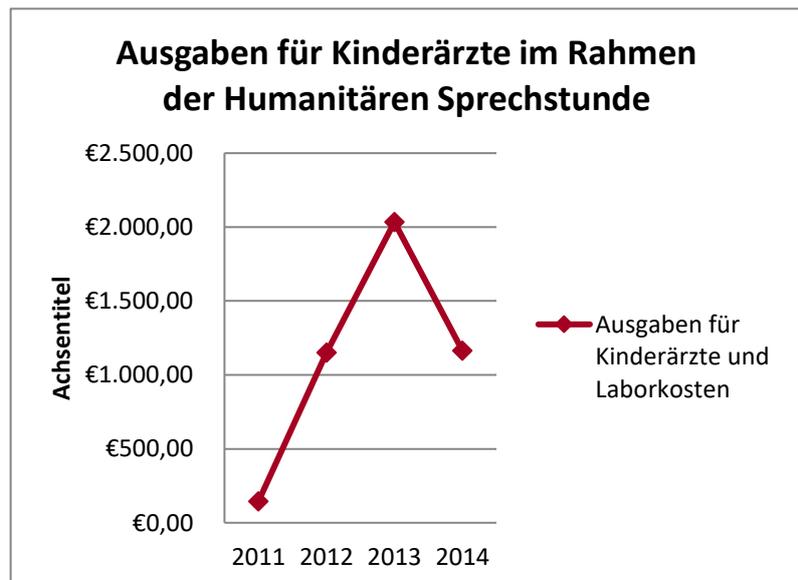
Mit der finanziellen Unterstützung des Amtes für Zuwanderung und Integration findet im Rahmen der Humanitären Sprechstunde seit Ende 2010 eine kostenlose Impfsprechstunde für Kinder ohne Versicherungsschutz beim Gesundheitsamt statt. 2014 impfte der kinder- und jugendärztliche Dienst des Gesundheitsamtes elf Kinder gegen diverse Krankheiten. Davon waren vier Kinder bulgarischer und drei Kinder libyscher Herkunft.

14 akut erkrankte Kinder wurden in 37 Behandlungsterminen bei fünf niedergelassenen Kinderärzten behandelt. Die Anzahl der behandelten Kinder hat sich zum Vorjahr halbiert. Die Zahlen sind insgesamt nach einem starken Anstieg in den letzten Jahren seit Anfang 2014 rückläufig, da die Eltern der Kinder mittlerweile mehrheitlich über eine Krankenversicherung verfügen.

Baustein 1:

Kinderärztliche Versorgung

Ausgaben für kinderärztliche Behandlung nach dem einfachen Gebührenordnungssatz sind gesunken



Quelle: Amt für Zuwanderung und Integration

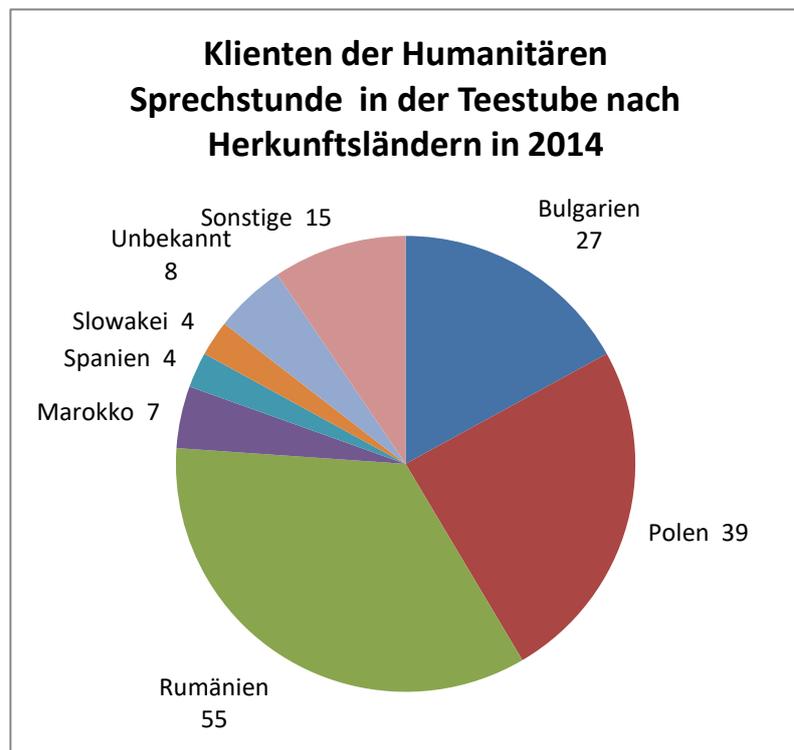
Baustein 2:

Allgemein- und zahnmedizinische Versorgung

Im Juni 2011 begann die allgemein- und zahnmedizinische Versorgung im Rahmen der Humanitären Sprechstunde in den Räumen der Teestube des Diakonischen Werkes. Im Jahr 2014 wurden dort mittlerweile 159 Personen ausländischer Herkunft in 348 allgemeinärztlichen und 76 zahnärztlichen Terminen behandelt, davon 96 Männer und 63 Frauen. Der Anteil der behandelten Frauen ist im Jahr 2013, wie im Vorjahr, wieder gestiegen.

Die Behandlung wird einmal pro Woche von ehrenamtlich tätigen Ärzten durchgeführt. Parallel wird eine sozialpädagogische Begleitung und Unterstützung angeboten, in der u.a. geklärt wird, ob die Voraussetzungen zur Behandlung im Rahmen der Humanitären Sprechstunde gegeben sind.

Die Mehrzahl der behandelten Patienten in der allgemein- und zahnmedizinische Versorgung kam aus den EU-Osterweiterungsgebieten



Quelle: Teestube/Diakonisches Werk Wiesbaden

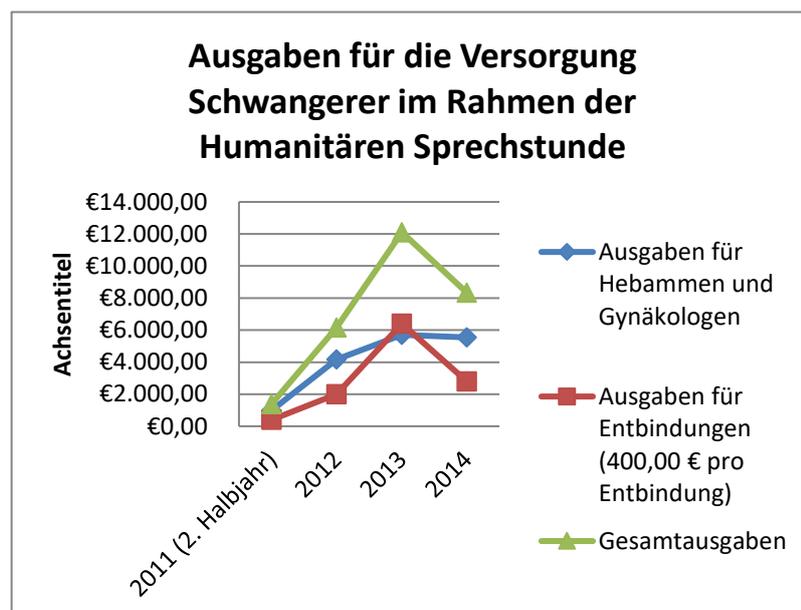
Baustein 3:

Betreuung und Versorgung von Schwangeren

Der Bedarf für die Versorgung Schwangerer hat sich in 2014 auf einem hohen Niveau eingependelt

Die ambulante Betreuung Schwangerer begann ebenfalls am 1. Juni 2011 in Kooperation mit Pro Familia, einer Gynäkologin und zwei niedergelassenen Hebammen.

Im Jahr 2013 wurden bereits 37 Schwangere in 130 Beratungsterminen bzw. Hausbesuchen von zwei Hebammen betreut. Darüber hinaus wurden 28 schwangere Frauen ambulant in drei gynäkologischen Praxen behandelt. Sieben Entbindungen in Wiesbadener Kliniken wurden im Rahmen der Humanitären Sprechstunde mit einer Kostenpauschale von 400 Euro pro Entbindung finanziert.



Quelle: Amt für Zuwanderung und Integration Wiesbaden

Kontakt:

Amt für Zuwanderung und Integration, Martina Tischel,

Tel: 0611/ 31 4045, integration@wiesbaden.de

Zu 5:

WiF - Wiesbadener internationales Frauen- und Mädchen-Begegnungs- und Beratungszentrum e. V.

WiF ist ein niedrighschwelliges Begegnungs- und Beratungszentrum, das als offene Anlaufstelle für Mädchen und Frauen aus einem interkulturellen Kontext dient. Es ist seit 2007 in der psychosozialen Migrationsberatung der Landeshauptstadt Wiesbaden tätig und arbeitet eng mit den weiteren freien und öffentlichen Trägern in diesem Bereich zusammen.

Die Zielgruppe sind Mädchen und Frauen, die vorwiegend aus den bildungsbenachteiligten Bereichen der Gesellschaft stammen. Obgleich auch Frauen ohne Migrationshintergrund zum Kreis der Zielgruppe gerechnet werden, konzentriert sich die Arbeit im WiF vorwiegend auf hilfeschuchende Frauen und Mädchen mit teilweise erheblichen Sprachproblemen und kulturellen Ausgrenzungserfahrungen. Auch werden als Zielgruppe Angehörige aus dem familiären Umfeld berücksichtigt, die in entsprechenden Problemlagen eigenständig als Vermittler tätig und auf Wunsch der Nutzerinnen in die Beratung miteingebunden werden.

Die Angebote von WiF treffen auf eine deutliche Nachfrage von Frauen und Mädchen

Im Jahr 2014 wurden insgesamt 181 persönliche und 34 telefonische psychosoziale Beratungen durchgeführt.* Bei dem offenen Gruppenangebot, dem Internationalen Frauenfrühstück, mit Fachreferentinnen nahmen insgesamt 401 Frauen und Mädchen teil. Die Gruppenangebote wurden von 1741 Mädchen und Frauen besucht. An Projekten oder Fachveranstaltungen nahmen 120 Personen teil. Darin sind 39 Personen enthalten, die das neue Angebot „Lese-Schreib-Hilfe“ wahrgenommen haben. Bei den zwei „Hennaabenden“ waren ca. 400 Besucherinnen als Gäste zu verzeichnen.

** Von dieser Zahl sind laut E-Mail von Frau Kovacevic vom 30.04.2015 die Vielzahl von Kurzberatungen ausgenommen, die entweder persönlich oder telefonisch „zwischen Tür und Angel“ stattfanden und aus zeitlichen Gründen durch das WiF e. V. nicht erfasst werden konnten. Wie auch in den Vorjahren geht der Verein davon aus, dass die Anzahl dieser Kurz- und Telefonberatungen bei über 250 liegt.*

Kontakt:

WiF e. V., Mila Kovacevic, Rheinstraße 79, 65185 Wiesbaden,
Tel.: 0611 / 160 2352, E-Mail: info@wif-zentrum.de

Zu den Maßnahmen im Einzelnen: **Sport**

Zu 1:

120stündige Ausbildung von Migrantinnen zu Übungsleiterinnen

17 Migrantinnen erhielten die C - Lizenz des DOSB Kontakt:

2014 erhielten 17 Frauen mit Migrationshintergrund ihre Lizenz „Übungsleiterinnen C - Breitensport“ nach den Richtlinien des Deutschen Olympischen Sportbundes. Die 120 Stunden umfassende sportliche Ausbildung der Frauen fand im Rahmen des sehr erfolgreichen Projektes „Fit - gemeinsam, sportlich, miteinander“ des Amtes für Zuwanderung und Integration statt. Ziel dieser Maßnahme war sowohl die Erhöhung der Migrantinnenquote im Breitensport als auch die Stärkung der beteiligten Sportvereine. 12 dieser Frauen sind bereits in verschiedenen Wiesbadener Sportvereinen und sozialen Einrichtungen als Übungsleiterinnen tätig.

Kontakt:

Amt für Zuwanderung und Integration,

Tel: 0611/ 31 4003, integration@wiesbaden.de

Zu 2:

Frauenschwimmen

2014 blieb die Inanspruchnahme der erweiterten Öffnungszeiten für Frauen erneut auf hohem Niveau erhalten

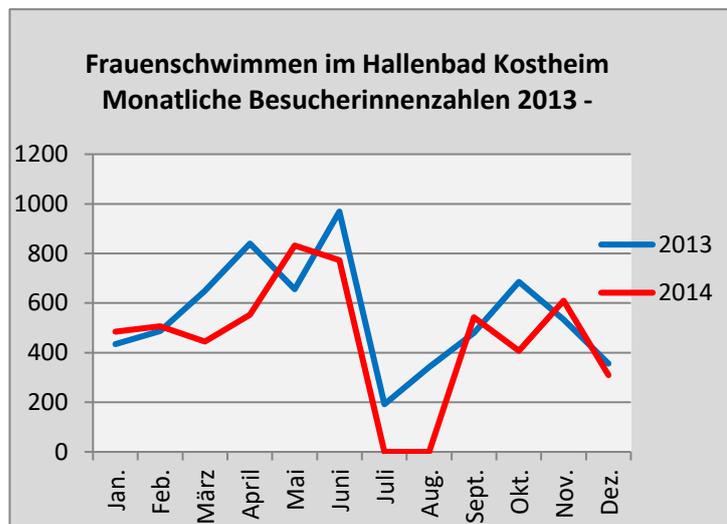
Das Angebot zusätzlicher Badezeiten für Frauen findet regen Zuspruch insbesondere von muslimischen Frauen

Das Hallenbad Kostheim hat seit März 2009 seine Öffnungszeiten erweitert und ist nun samstags von 17:00 Uhr bis 20:00 Uhr ausschließlich für weibliche Badegäste geöffnet. Insbesondere bei muslimischen Frauen findet dieses vom Amt für Zuwanderung und Integration finanzierte Angebot großen Anklang. Im Jahr 2014 nutzten im Monatsdurchschnitt 546 Frauen die Frauenbadezeit. Damit blieb deren Nutzung auf einem ähnlich hohen Niveau wie im Vorjahr, in dem monatlich durchschnittlich 552 Frauen zum Schwimmen kamen.

Das Interesse insbesondere von Migrantinnen am Schwimmen wird durch die konstant hohen Nutzerinnenzahlen bestätigt

Schwimmkurse für Frauen sind stark nachgefragt

Während der Frauenbadezeit wurden im Rahmen einer Kooperation mit dem Turnverein Kostheim 1877, im Hallenbad Kostheim vier Schwimmkurse für Frauen, mit insgesamt 44 Teilnehmerinnen angeboten. Wie schon in den Vorjahren, übertraf die Nachfrage das Angebot an Teilnahmeplätzen bei weitem.



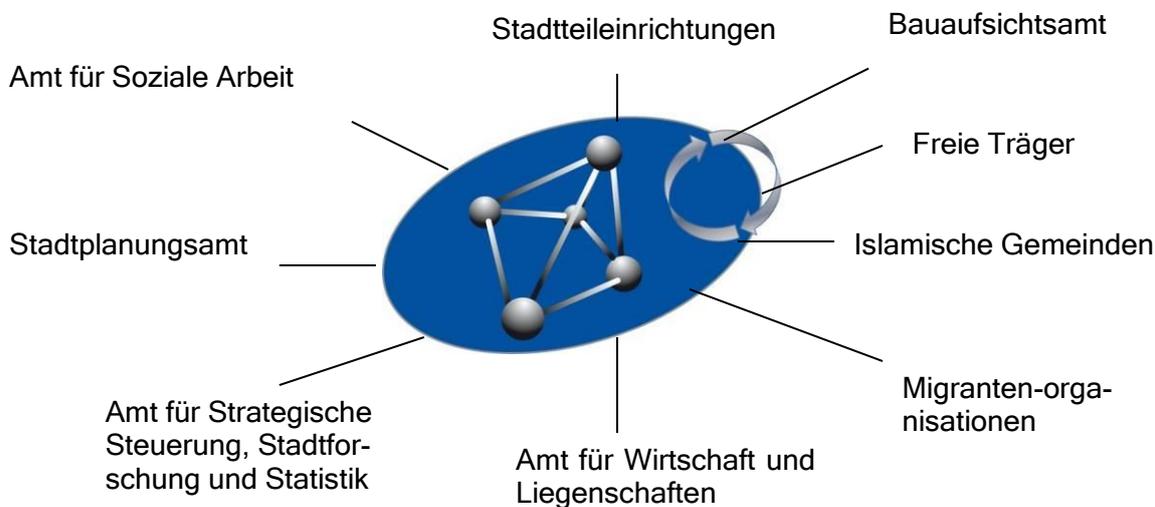
Kontakt:

Amt für Zuwanderung und Integration, Oliver May,

Tel: 0611/ 31 4003, integration@wiesbaden.de

5.4 Vielfalt in Stadtentwicklung und kulturellem Leben

5.4.1 Vernetzung / Steuerung



Netzwerk Islamische Gemeinden

Seit 2004 arbeitet regelmäßig unter Federführung des Amtes für Zuwanderung und Integration und dem Caritasverband das Netzwerk der Islamischen Gemeinden in Wiesbaden. In diesem Netzwerk werden aktuelle integrationsrelevante Themen bearbeitet sowie Maßnahmen zur Umsetzung der Integrationsvereinbarung entwickelt.

Arbeitsgruppe Moscheestandorte

Eine dezernats- und ämterübergreifende Arbeitsgruppe aus Mitgliedern des Amtes für Zuwanderung und Integration, des Bauaufsichtsamtes, des Amtes für Wirtschaft und Liegenschaften sowie des Stadtplanungsamtes bearbeiten gemeinsam die Frage nach möglichen Standorten für Moscheen und beraten in enger Abstimmung islamische Gemeinden mit aktuellen Anfragen zu Grundstücken oder Bauobjekten.

Begleitausschuss „Toleranz fördern - Kompetenz stärken“

Die Integrationsabteilung ist Mitglied im Begleitausschuss des Standorts Biebrich im Rahmen des Bundesprogramms „Toleranz fördern - Kompetenzen stärken“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Auszug Integrationskonzept 2010 - 2014

Das wollen wir erreichen:

- *Die Potentiale ethnischer, kultureller und religiöser Vielfalt für die Lebensqualität und Dynamik der Stadt sollen sich stärker als bisher in öffentlichen Räumen entfalten können. Eine diversitätsbejahende Stadtentwicklung orientiert die Nutzung und Gestaltung des Stadtraums an zentralen wie dezentralen Orten an diesem Ziel.*
- *Zivilgesellschaftliche und politische Institutionen schaffen als Träger urbaner Öffentlichkeit Wege zur aktiven Teilhabe an der Stadtgesellschaft. Durch ihre interkulturelle Offenheit gelingt die Widerspiegelung von Vielfalt im sichtbaren Stadtbild.*

Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre:

- 5.4.1. *Um an bereits bestehenden Orten wie z. B. Parks, Grünanlagen und Spielplätzen die Vielfalt im alltäglichen Zusammenleben als eine wertzuschätzende Eigenschaft sicherzustellen, werden Interessens- und Kulturdifferenzen kontinuierlich mit dem Ziel einer gegenseitigen Anerkennung und akzeptierten Übereinkunft bearbeitet.*

- 5.4.2. *Die Integrationsleistung der Stadtteile mit einem hohen Maß an Vielfalt, die oftmals geprägt sind von hohen Mobilitätsraten, wird anerkannt. Diese Stadtteile erfahren unter anderem durch Stadterneuerungsprojekte wie z. B. Soziale Stadt und durch Stadtteilarbeit und Stadtteilkonferenzen eine besondere Unterstützung.*
- 5.4.3. *Die Planung und Sicherung von Standorten für Moscheen mit dazu gehörenden sozialen Einrichtungen, sowie von Gebetshäusern anderer Religionsgemeinschaften wird als reguläre Aufgabe der planenden Verwaltung erfüllt.*
- 5.4.4. *Eine repräsentative islamische Begegnungsstätte mit Moschee und angeschlossenen sozialen Einrichtungen ist in Wiesbaden realisiert. Ziel ist, unter diesem gemeinsamen "Dach" möglichst mehrere Gemeinden Wiesbadens zusammenzuführen.*
- 5.4.5. *Die Aktivitäten von Migrant/-innen in Vereinen, Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen etc. werden dahingehend gefördert, dass sie diese sozialen Chancen für sich nutzbar machen und ihre eigenen Potentiale zum beiderseitigen Vorteil verstärkt in das städtische Gemeinwesen einbringen.*
- 5.4.6. *Konzepte und Maßnahmen zur Öffnung von Institutionen für ehrenamtliches Engagement für Personen mit Migrationshintergrund, wie zum Beispiel für die Freiwillige Feuerwehr oder den Freiwilligen Polizeidienst, sind entwickelt und umgesetzt.*
- 5.4.7. *Die Chancen der Migrant/-innen zur Teilhabe am Leben in den örtlichen Gemeinschaften und zur Pflege ihrer kulturellen Identität, wozu z. B. Familien- oder religiöse Feiern gehören, sind in der Stadt und in den Stadtteilen gewachsen*

5.4.2 Projekte und Maßnahmen

	Maßnahme	Verantwortlich
1.	Fluchtbewegung (theaterpädagogische Stückentwicklung)	JUSTus Wiesbaden e.V
2.	TEAM - Toleranz, Esprit, Akzeptanz und Mitmachen - Aktivierung und Einbindung junger Migrantinnen und Migranten	Internationaler Bund (IB)
3.	Veranstaltungswoche „Buntes Leben“, durchgeführt vom 06.10.2014 bis 11.10.2014	Soziale Stadt Biebrich Süd-Ost
4.	Veranstaltungsreihe „WIR in Wiesbaden - Macht Sprache Anerkennung“	Hendrik Harteman, Jugendinitiative Spiegelbild

5.	Veranstaltungsreihe „Koran trifft Bibel“	Katholische Erwachsenenbildung
6.	Unterstützung des laufenden Geschäftsbetriebs des Vereins für den Zeitraum vom 01.01. bis 31.08.2014.	MigraMundi e.V.
7.	Amöneburger Straßenfest der Kulturen	Evangelische Kirchengemeinde Mainz-Amöneburg
8.	Hallo - Willkommen in Wiesbaden	Kubis e.V. in Kooperation mit MigraMundi e.V.
9.	Erlebte Geschichte und Geschichten“ - Ein Zeitzeugenprojekt	Verein zur Förderung des Stadtarchivs Wiesbaden e.V.,
10.	Integration bulgarischer Familien	Familienbildungsstätte der AWO Wiesbaden
11	Integrationsassistenten Wiesbaden	MigraMundi e.V.
12	RoSi - Unterstützung zur selbständigen Orientierung und Organisation von Sinti und Roma	Internationaler Bund (IB)
13	Welt steh und uns offen oder einer muss dran glauben	Verein zur Förderung des Stadtarchivs Wiesbaden e. V.,
14	Das Landesprogramm WIR	Amt für Zuwanderung und Integration

Zu den Maßnahmen im Einzelnen:

Zu 1:
Fluchtbewegung

Das Projekt „Fluchtbewegung“ beinhaltet eine theaterpädagogische Stückentwicklung mit 12 Menschen aus Wiesbaden zwischen 12 und 48 Jahren, darunter 10 Menschen mit Flucht-

hintergrund. Das Theaterstück wurde am 18. und 19. Mai, sowie am 09. und 10. Juni 2014 in der Studiobühne des Hessischen Staatstheaters aufgeführt. Begleitend zu diesem Theaterprojekt wurde eine Kunstaussstellung mit dem Titel „Ich bin so frei“ erarbeitet mit Texten, Photographien und eigenen Kunstwerken der Teilnehmer. Die Kunstwerke waren in das Theaterprojekt integriert, stellten einen Hauptteil des Bühnenbildes dar und wurden im Mai 2014 im Landesmuseum Wiesbaden ausgestellt.

Kontakt:

JUSTus Wiesbaden e. V - Verein zur Förderung kultureller Bildung,
Oliver Wronka,
Adolfsallee 13, 65185 Wiesbaden, Tel.: 06 11/98 71 21 50,
E-Mail: o.wronka@justus-wiesbaden.de

Zu 2.

TEAM - Toleranz, Esprit, Akzeptanz und Mitmachen - Aktivierung und Einbindung junger Migrantinnen und Migranten

Das Projekt richtet sich an Jugendliche im Alter von 12 bis 16 Jahren mit unterschiedlicher kultureller Herkunft. Sein Ziel ist es, durch kreativ-künstlerische Angebote für und von Jugendlichen unter fachlicher Begleitung Begegnungen zu fördern, voneinander zu lernen und gemeinsam Vorurteile abzubauen. Das Projekt hat eine Laufzeit von drei Jahren und wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend kofinanziert. Der Zuschuss des Amtes für Zuwanderung und Integration stellt den für die Projektlaufzeit den kommunalen Kofinanzierungsanteil sicher.

Kontakt:

Internationaler Bund (IB), Ruth Kaiser, Kaiser-Friedrich-Ring 88,
65185 Wiesbaden, Tel.: 06 11/40 90 812
E-Mail: ruth.kaiser@internationaler-bund.de

Zu 3.

*Veranstaltungswoche „Buntes Leben“, durchgeführt vom
06.10.2014 bis 11.10.2014*

Die Veranstaltungswoche „Buntes Leben“ stand im Jahr 2014 unter dem Motto „Demokratie und Toleranz - Einer für alle - alle für einen“. Im Rahmen der Woche fanden u. a. ein Aktionstag für Kinder sowie ein Jugendtag mit einem Theaterprojekt in der

Riehlschule statt, bevor traditionell ein Stadtteilstadtteilfest auf dem Gelände des Toni-Sender-Hauses stattfand. Das Bühnenprogramm wurde hier vor allem durch aktive Kinder und Bewohner des Stadtteils gestaltet. Die integrations- und generationsübergreifenden Stadtteilaktionen und Veranstaltungen fanden bereits zum zwölften Mal statt, erfreuen sich eines hohen Zuspruchs bei den Menschen vor Ort und sind über den Stadtteil hinaus bekannt.

Kontakt:

Stadtteilkonferenz Biebrich, c/o Quartiermanagement Soziale Stadt Biebrich SüdOst,

Walter Barth, Breslauer Straße 45, 65203 Wiesbaden, Tel.: 06 11/4 11 58 32,

E-Mail: biebrich-suedost@caritas-wirt.de

Zu 4.

Veranstaltungsreihe „WIR in Wiesbaden - MACHT SPRACHE ANERKENNUNG“, durchgeführt vom 07.11. bis 19.12.2014

Die Veranstaltungsreihe „WIR in Wiesbaden“ wurde 2014 zum fünften Mal durchgeführt. Unter dem Leitmotiv „MACHT SPRACHE ANERKENNUNG“ lag der Fokus der 40 verschiedenen Veranstaltungen auf der Wechselwirkung von Sprache, Sprachgebrauch und Ausgrenzung sowie Machtausübung und Machtmissbrauch. Der Trägerkreis von WIR in Wiesbaden umfasst derzeit über 30 Initiativen und Institutionen, die sich an dem Veranstaltungsprogramm beteiligt haben. Mit dem städtischen Zuschuss wurden die Eröffnungsveranstaltung, die Veranstaltungen „Worte auf der Flucht - Los Heimat los“ und „Bilder und Worte machen Rassismus! - Workshop für einen kritischen Sprachgebrauch“ sowie die Werbemaßnahmen für die Veranstaltungsreihe finanziert.

Kontakt:

Hendrik Harteman, Jugendinitiative Spiegelbild, Spiegelgasse 11, 65183 Wiesbaden, Tel. 0611/ 360 83 05,

E-Mail: hendrik.harteman@spiegelbild.de

Zu 5:

Veranstaltungsreihe „Koran trifft Bibel“

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Koran trifft Bibel“ ging es im Jahr 2014 an zwei Gesprächsabenden mit fachlichem Input um die Weitergabe des Glaubens im jüdischen, christlichen

und islamischen Kontext. Daneben fand ein Vortragsabend statt, der die Weitergabe des Glaubens als Gegenstand des neu eingerichteten schulischen islamischen Religionsunterrichts im Land Hessen zum Thema hatte. Die Veranstaltungsreihe wurde von insgesamt 51 interessierten Teilnehmerinnen und Teilnehmern besucht.

Kontakt:

Katholische Erwachsenenbildung, Dr. Frank Van der Felden, Friedrichstraße 26,

65185 Wiesbaden, Tel.: 06 11/174 120

E-Mail: keb.wiesbaden@bistum-limburg.de

Zu 6:

Unterstützung der Vereinsarbeit von MigraMundi e.V.

Der Verein MigraMundi e. V. wurde im Dezember 2009 von 13 Frauen gegründet. Hervorgegangen ist der Verein aus mehreren Vorgängerprojekten (Ausbildung von Integrationslotsen, Projekt PAKT - anpacken - zupacken - Qualifizierung von Migrantenorganisationen), die bis Ende 2011 in der Trägerschaft des Caritasverbands Wiesbaden Rheingau-Taunus e. V. durchgeführt wurden. Im Rahmen einer Anteilsfinanzierung beteiligte sich das Amt für Zuwanderung und Integration an der Unterstützung des laufenden Geschäftsbetriebs des Vereins für den Zeitraum vom 01.01. bis 31.08.2014.

Kontakt:

MigraMundi e. V., Susanne Dobos de Prada, Friedrichstraße 32, 65185 Wiesbaden, Tel.: 0611/ 97 150 872,

E-Mail: s.prada@migramundi.de

Zu 7:

Amöneburger Straßenfest der Kulturen

Am 21.09.2014 konnten Kinder beim „Amöneburger Straßenfest der Kulturen“ unter Anleitung von zwei Künstlern Flieger aus Recyclingmaterial gestalten. Die gebastelten Flieger konnten dann auf einer großen Wiese nahe der Kindertagesstätte Amöneburg ausprobiert werden.

Kontakt:

Evangelische Kirchengemeinde Mainz-Amöneburg, Pfarrer Martin Kreuzberger, Melanchthonstraße 15, 65203 Mainz-Amöneburg, Tel.: 06 11/86 317

Zu 8:

Hallo ... und willkommen in Wiesbaden

Das gemeinsame Projekt von Kubis e. V. und MigraMundi e.V. soll Neubürgern die Eingewöhnung in Wiesbaden erleichtern. Das Modell wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gefördert. Die Landeshauptstadt Wiesbaden übernimmt die Kofinanzierung.

Migranten werden dabei unterstützt, sich in der Stadt zurechtzufinden, Beratungsstellen, Freizeitangebote und Institutionen kennenzulernen. Dazu wird den Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine ehrenamtlich tätige Person zugewiesen, die sie drei Monate lang ein bis zweimal in der Woche auf den ersten Wegen in der Stadt begleitet und mit ihnen z. B. Kitas, Schulen, Bibliotheken, Ämter oder Freizeiteinrichtungen aufsucht. Ergänzt wird das Projekt durch Gesprächskreise, bei denen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, angeleitet durch einen Sozialpädagogen, über Arbeitsmarkt, Gesundheitssystem oder Ausbildungsmöglichkeiten informiert werden.

Kontakt:

Kubis e. V., Verein für Kultur, Bildung und Sozialmanagement, Janet Yalaza, Wellritzstraße 49, 65183 Wiesbaden,

Tel.: 0611 - 582 960 43, E-Mail: janet.yalaza@kubis-wiesbaden.de

MigraMundi e. V., Zsuzsanna Dobos de Prada, Friedrichstraße 32, 65185 Wiesbaden Tel.: 0611/ 97 150 872,

E-Mail: s.prada@migramundi.de

Zu 9:

Erlebte Geschichte und Geschichten“ - Ein Zeitzeugenprojekt“

Im Rahmen dieses Interviewprojekts werden Menschen mit Migrationshintergrund vorgestellt, die berichten, wie es ihnen gelungen ist, sich erfolgreich in Wiesbaden zu integrieren. Damit übernehmen die interviewten Personen eine Vorbildfunktion für Neuzuwanderer und -zuwanderinnen. Die Interviews werden mit entsprechenden Fotos versehen und sowohl in gedruckter Form als auch im Internet veröffentlicht.

Kontakt:

Verein zur Förderung des Stadtarchivs Wiesbaden e. V., Ulrich Kirchen, Im Rad 42, 65197 Wiesbaden, Tel.: 06 11/52 32 94,

E-Mail: ukircheni@aol.com

Zu 10:

Integration bulgarischer Familien

Bildungsfernen Eltern überwiegend bulgarischer Herkunft wird im Rahmen eines Elternbildungsangebotes durch aktive und interkulturelle Informationsweitergabe und Austausch über Themen wie Kinderbetreuung, Schule, berufliche Orientierung, gesundheitliche Fürsorge u. ä. sowie durch Besichtigung von verschiedenen Institutionen wie z. B. Behörden der Zugang zum System der Aufnahmegesellschaft erleichtert. Bei den insgesamt 34 Kurstreffen zwischen November 2013 und Juli 2014 nahmen durchschnittlich 15 Frauen teil. Die geringste Teilnahme lag bei 11 Frauen, die höchste bei 21 Frauen. Das Projekt wurde im Juli 2014 beendet.

Kontakt:

Internationale Familienbildungsstätte der Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Wiesbaden e. V., Beatrice Fischer, Walramstraße 16a, 65183 Wiesbaden, Tel.: 06 11/945 19 75

E-Mail: familienbildung@awo-wiesbaden.de

Zu 11:

Integrationsassistenten Wiesbaden

Das Projekt „Integrationsassistenten Wiesbaden“ wurde von August 2010 bis Dezember 2013 im Rahmen des Programms „Modellregionen Integration“ des Landes Hessen unter der Trägerschaft des Caritasverbandes Wiesbaden-Rheingau-Taunus e. V. durchgeführt. Zum 01.01.2014 übernahm der Verein MigraMundi die Trägerschaft des Dienstleistungsangebots, so dass dieses ohne Unterbrechung weiter durchgeführt werden konnte.

Die Arbeit der Integrationsassistenten ermöglicht eine problemlose und effektive Zusammenarbeit zwischen dem Fachpersonal im Bildungs-, Gesundheits-, Arbeits- und Sozialwesenbereich und dessen Klientinnen und Klienten. Damit erfahren beide Seiten gleichermaßen Hilfestellungen für eine kultursensible Verständigung. Dies führt zu einer Verbesserung der strukturellen Integration von Migrantinnen und Migranten in das Sozial-, Bildungs- und Arbeitssystem.

Mit dem Zuschuss des Amtes für Zuwanderung und Integration wurde die Überleitung der Integrationsassistenten aus Projektstrukturen in ein stetiges Dienstleistungsangebot sichergestellt. Im Förderzeitraum zwischen Dezember 2013 und April 2014 wurde bei MigraMundi e. V. eine Finanz- und Personalbuchhaltung eingerichtet, die nötigen Formulare und Werbematerialien aktualisiert und die betroffenen Mitarbeiterinnen innerhalb des Projektes für die neue EDV geschult. Daneben hat eine Nachqualifikation des ehrenamtlichen Projektpersonals in den Modulen „Kultursensibles Dolmetschen“, „Dolmetschinszenierung“ und „Interkulturelle Kompetenz“ stattgefunden.

Bis Ende April 2014 konnten zahlreiche Behörden und Institutionen wie z. B. diverse Abteilungen des Amtes für Soziale Arbeit, der Jugendhilfeverein Antoniusheim e. V. und betreuende Grundschulen als neue Kunden akquiriert werden.

Kontakt:

MigraMundi e. V., Susanne Dobos de Prada, Friedrichstraße 32,
65185 Wiesbaden, Tel.: 06 11/97 150 872,
E-Mail: s.prada@migramundi.de

Zu 12:

RoSi - Unterstützung zur selbständigen Orientierung und Organisation von Sinti und Roma

Ziel des Projektes ist es die in Wiesbaden lebenden Sinti und Roma bei der Eingliederung in die neue Heimat zu unterstützen und ihnen zu helfen, ihr Leben nach eigenen Vorstellungen und in Selbstbestimmung zu gestalten. Dabei sollen vielfältige Impulse in Bezug auf Information, Kommunikation und Begegnung gegeben und die in Wiesbaden praktizierte Willkommenskultur erfassbar werden.

Ein wichtiges Ziel unseres Projektes besteht auch darin, Kindern und Jugendlichen aus Roma Familien die zentrale Bedeutung von Bildung, für die Entwicklung zur Selbständigkeit und zum Gelingen von Integration zu vermitteln. Über 80 Personen haben an dem Projekt teilgenommen. Da die Zielgruppe des Projektes zunehmend in der Lage ist, sich selbst und einander zu helfen, wurde das Projekt zum Jahresende 2014 eingestellt.

Kontakt:

Internationaler Bund (IB), Kaiser-Friedrich-Ring 88, 65185 Wiesbaden, Tel.: 06 11/40908-16, E-Mail: BZ-Wiesbaden-Info@internationaler-bund.de

Zu 13:

Welt steh und uns offen oder einer muss dran glauben

Das Theaterprojekt ist die Folgeproduktion der Inszenierung „Fluchtbewegung“ und beinhaltet eine Adaption von Ödön von Horváth's „Jugend ohne Gott“ und seine zeitlose Warnung vor dem Krieg. Mit der Inszenierung soll eine soziale und kulturelle Vielfalt abgebildet und die Mehrschichtigkeit von Migration thematisiert werden. Dafür wurde ein Ensemble von 16 Menschen aus acht Nationen, von denen die Mehrheit einen Fluchthintergrund hat, zusammengestellt. Das Stück wurde am 14. und 15.01.2015 in der Wartburg des Hessischen Staatstheaters aufgeführt.

Kontakt:

JUSTus Wiesbaden e. V - Verein zur Förderung kultureller Bildung, Oliver Wronka, Adolfsallee 13, 65185 Wiesbaden, Tel.: 06 11/98 71 21 50, E-Mail: o.wronka@justus-wiesbaden.de

Zu 14:

Das Landesprogramm WIR

Nach Ablauf des Landesprogramms „Modellregionen Integration“, in dem die Landeshauptstadt Wiesbaden als eine von sechs Modellregionen von 2010 bis Ende 2013 mit drei erfolgreichen Projekte teilgenommen hat, werden die Ansätze der im Rahmen dieses Programms geleisteten Integrationsarbeit mit einem neuen Landesprogramm „WIR“ aufgenommen und in ein Gesamtförderkonzept integriert.

Ziel der Förderung im Rahmen des WIR-Programms ist die Umsetzung einer zukunftsorientierten Integrationspolitik für Menschen mit Migrationshintergrund als gesamtgesellschaftliche Querschnittsaufgabe unter Einbeziehung von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Insbesondere sollen eine

Willkommenskultur entwickelt und strukturelle Veränderungsprozesse angestoßen und umgesetzt werden, um die Integrationsbedingungen langfristig zu verbessern.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat ihren Schwerpunkt in der Laufzeit des Landesprogramms bis 2018 auf die „strukturelle Etablierung einer Willkommens- und Anerkennungskultur“ gelegt und in diesem Rahmen im Jahr 2014 mit vier Projekten begonnen: Drei davon sind dem Handlungsfeld „Vielfalt in Stadtentwicklung und kulturellem Leben“ zugeordnet. Die Beschreibung des Projektes „Kampagne ME“ finden Sie im Kapitel 5.2.2 im Handlungsfeld Arbeit.

Willkommensnetzwerk

Aufbau eines Netzwerks für eine schnelle und gelingende Integration von neuzugewanderten Menschen mit den relevanten Akteuren: Hierzu wird eine vernetzte Struktur aufgebaut, die vorhandene Netzwerke einbezieht und miteinander verbindet, neue Netzwerke und Maßnahmen da schafft, wo sie notwendig sind und dabei das Ziel verfolgt, zu einer schnelleren und gelingenden Integration von neuzugewanderten Menschen zu kommen.

Integration auf Kurs

Sowohl für die neu zugezogenen als auch für bereits in Wiesbaden lebende Bewohner mit Migrationshintergrund besteht, neben dem unterschiedlichen Bedarf an Unterstützungsmaßnahmen beim Erwerb deutscher Sprachkenntnisse, die Notwendigkeit, Informationen zur schnellen und gelingenden sozialen, kulturellen und strukturellen Integration aufzubereiten und zu vermitteln. Mit dem Projekt sollen ergänzende Informationsmodule, bezogen auf das Leben in Wiesbaden, innerhalb der Integrations- und Orientierungskurse implementiert werden. Ziel ist es durch diese systematische Informationsvermittlung den Teilnehmenden der Integrationskurse den Zugang zu weitergehenden Integrationsangeboten in Wiesbaden aufzuzeigen und zu verbessern.

Wegweiser für Migrantinnen und Migranten

Vielen Bürgerinnen und Bürgern sind die Wiesbadener Einrichtungen, Beratungsangebote und Migrantenselbstorganisationen nicht bekannt, obwohl der Bedarf für Unterstützung erheblich ist. Aus diesem Grund wird ein Wegweiser in einer leicht verständlichen Form erstellt, der einen Überblick über die in Wiesbaden verfügbaren Beratungsangebote und wichtigen Institutionen bietet. Die Broschüre die im Jahr 2015 erscheint, wird in Printform und in anderer medialer Aufbereitung vorgelegt.

Kontakt:

Frau Akram, Tel.: 0611/31-2181, E-Mail: integration@wiesbaden.de

6 Schlüsselprojekt

Fortsetzung der Sprachcafés des Internationalen Bundes Wiesbaden

Ziel:

Integration der Seiteneinsteiger und Seiteneinsteigerinnen in die Klassengemeinschaft und Gesellschaft durch sprachunterstützende Maßnahmen

Seit 2013 führt der Internationale Bund das Projekt „Sprachcafé“ für Seiteneinsteiger und Seiteneinsteigerinnen an fünf Schulen in Wiesbaden durch. Das Ziel der einzelnen Sprachcafés ist es Neuzugewanderte im Deutscherwerb bestmöglich zu unterstützen, Hemmnisse im Sprachgebrauch abzubauen und durch das spielerische Angebot die Integration in die Schulklasse und in die Gesellschaft zu erleichtern.

Besonders für Seiteneinsteiger und Seiteneinsteigerinnen auf weiterführenden Schulen ist die Integration in die bestehende Klassengemeinschaft eine Herausforderung. Die Sprache im Unterricht ist anspruchsvoll, es haben sich schon Gruppen innerhalb der Schulklasse gebildet und um Freundschaften schließen zu können braucht es ein gemeinsames Sprachni-

veau und gemeinsame Freizeit. Auch innerhalb der Familie gestaltet sich das Üben der Sprache schwierig, da noch überwiegend in der Muttersprache kommuniziert wird. Dadurch entsteht eine deutliche Benachteiligung der Neuzugewanderten gegenüber den Schülerinnen und Schülern die zuhause Deutsch sprechen.

Dieser Herausforderung nahm sich der Internationale Bund Wiesbaden bereits 2013 gemeinsam mit fünf Wiesbadener Schulen an und richtete ein zusätzliches Sprachangebot in Form eines Sprachcafés für Jugendliche ein. Das Sprachcafé ist allerdings nicht als zusätzlicher Unterricht einzustufen, sondern bietet den Raum um Deutsch ohne Leistungsdruck zu „probieren“.

Die Teilnehmenden der Sprachcafés

In kleinen Gruppen von sechs bis elf Schülern vertiefen so die Jugendlichen die Lerninhalte aus dem Deutschunterricht. Die Schülerinnen und Schüler stammen überwiegend aus europäischen Ländern wie Polen, Rumänien, Ungarn, Italien und Spanien sowie Estland und der Türkei. Ein geringerer Teil stammt 2014 aus arabischen Ländern wie dem Iran, Afghanistan und Libyen.

Insgesamt 51 Schüler im Alter von elf bis sechzehn Jahren, überwiegend aus den Deutsch-Intensiv Klassen, nehmen 2014 dieses Angebot wahr, erweitern kontinuierlich ihren Wortschatz und bauen ihre Hemmungen im Sprachgebrauch ab.

Deutschwerb durch erlebnispädagogische Maßnahmen

Die Inhalte des Sprachcafés beschränken sich nicht nur auf das Vertiefen des Deutschunterrichts, sondern erweitern durch interessenbezogene Gesprächsthemen den Wortschatz der Jugendlichen. In den Sprachcafés reden die Teilnehmer und Teilnehmerinnen über wichtige Einrichtungen in Wiesbaden und unternehmen Ausflüge wie etwa Bowling Spielen oder ein Besuch im Open-Air Kino an den Reisinger Anlagen in Wiesbaden. Somit erkunden die Jugendlichen ihre neue Heimat und üben gleichzeitig die Sprache.

Das Projekt Sprachcafé bedient zu einem großen Teil einen erlebnispädagogischen Aspekt mit Spielen wie „Tabu“, „Wer bin ich?“, Stadt- und Tauschrallys. Dadurch entsteht eine lockere Atmosphäre die es den Teilnehmenden leichter macht sich zu öffnen und spielerisch Deutsch zu lernen.

Migrantenanteil: 13,2 %

Positive Nebeneffekte sind das „miteinander in Kontakt treten“, sich gegenseitig Mut machen, Ängste und Scheu abbauen und der Austausch von persönlichen Erfahrungen über die neue Heimat der Jugendlichen. Sie können durch die positive Erfahrung in den Sprachcafés leichter auf Mitschüler und Mitschülerinnen zugehen und den Unterrichtsstoff schneller verarbeiten. Die 26 Schüler und 25 Schülerinnen zeigen großes Engagement in den Sprachcafés. Dies zeigt sich an der Teilnahmebereitschaft in den Kursen und an den Verbesserungen im Deutschunterricht.

Die Schulleitungen, Schulsozialarbeiter und die Dikla- Lehrer agieren während der gesamten Projektphase sehr unterstützend und machen das Sprachcafé so erfolgreich.

Fazit der Sprachcafés 2014

Die Schulleitungen, Schulsozialarbeiter und die Dikla- Lehrer agieren während der gesamten Projektphase sehr unterstützend und machen das Sprachcafé so erfolgreich.

Das Sprachcafé erweist sich somit an den fünf Wiesbadener Schulen als ein wichtiger Anknüpfungspunkt für die Neuzugewanderten und leistet einen wichtigen Beitrag für die Integrationsarbeit in Wiesbaden.

7 Wiesbadener Integrationspreis

Verleihung des Wiesbadener Integrationspreises

Am 01.10.2014 verlieh Oberbürgermeister Sven Gerich den im Jahr 2014 zum achten Mal ausgelobten Integrationspreis der Landeshauptstadt Wiesbaden an die multikulturelle Stadtteilzeitung „Mensch!Westend“, die seit November 2013 unter der redaktionellen Leitung des Journalisten Erdal Aslan veröffentlicht wird.

Der Preisträger



v. l. n. r. Stadtverordnetenvorsteher Wolfgang Nickel, Oberbürgermeister Sven Gerich, Herr Erdal Aslan, Stadträtin Rose-Lore Scholz,

„Mensch!Westend“ wendet sich einmal im Monat an die Bewohnerinnen und Bewohner des Wiesbadener Westends. Ihnen gilt das Hauptaugenmerk des Blattes, das gratis in alle der rund 13.000 Haushalte zugestellt wird. Darüber hinaus gibt es Auslagenstellen innerhalb und außerhalb des Westends. Die Leserinnen und Leser mit Migrationshintergrund sollen auch als Macher des Blattes gewonnen werden. Deshalb werden sie gezielt in die Berichterstattung miteingebunden. Mindestens die Hälfte der Artikel handelt von ihren Themen, Problemen und Festen. Dabei

versteht sich „Mensch!Westend“ jedoch nicht als Zeitung für Migranten, sondern für einen Stadtteil mit vielen Migranten: Die Menschen sollen mehr über sich und ihr Viertel erfahren.

Bei dem ausgewählten Preisträger ist nach Ansicht der Jury besonders hervorzuheben, dass die Stadtteilzeitung zwar einen besonderen Fokus auf die Internationalität des Viertels legt, aber gleichzeitig durch eine einfühlsame, humorvolle und authentische Berichterstattung alle Bevölkerungsgruppen wie

z. B. Alteingesessene, Neuzugezogene, Studenten, Kinder

oder Kreative anspricht. Dadurch leistet die Zeitung einen erheblichen Beitrag zu einem guten und nachbarschaftlichen Miteinander in einem Wiesbadener Stadtteil.

Insgesamt wurden 12 Bewerbungen für den Integrationspreis der Landeshauptstadt Wiesbaden eingereicht. Diese haben erneut gezeigt, wie vielfältig, fantasievoll und mit welchem großem Engagement Integrationsarbeit in dieser Stadt geleistet wird.

Der Integrationspreis ist mit 2.500,00 € dotiert und wird jährlich an Privatpersonen sowie Vereine, Verbände, Institutionen oder Initiativen aus Wiesbaden verliehen, die im Bereich der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund herausragendes Engagement bewiesen haben. Vorschlagsberechtigt sind alle Wiesbadener Einwohner, die das 14. Lebensjahr vollendet haben. Eigenbewerbungen sind möglich. Eine unabhängige zwölfköpfige Jury entscheidet über die Verleihung des Integrationspreises.

Kontakt:

Amt für Zuwanderung und Integration, Christian Böß, Alcide-de-Gasperi-Str. 2, 65197 Wiesbaden Tel.: 06 11/31 44 32

E-Mail: Integration@wiesbaden.de

8 Wiesbadener Gespräche zur Integration

Wiesbadener Gespräche zur Integration

2014 wurde die Veranstaltungsreihe „Wiesbadener Gespräche zur Integration“ fortgesetzt. Mit dieser Reihe greift der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration der Stadtverordnetenversammlung gemeinsam mit dem Ausländerbeirat und dem für Integration zuständigen Dezernat integrationsrelevante Themen auf und stellt sie zur Diskussion.

Die Veranstaltung des Jahres 2014 mit dem Titel „Integration ist ein Genuss - ein kulinarisches Jahrhundert in Wiesbaden“ befasste sich mit der Bereicherung der kulinarischen Landschaft Wiesbadens, durch die in den vergangenen hundert Jahren zugezogenen Menschen aus den unterschiedlichsten Ländern der Welt.

Im Rahmen der Vorjahresveranstaltung wurden alle Wiesbadenerinnen und Wiesbadener dazu aufgefordert an einem Ausstellungsprojekt mitzuarbeiten, das die kulturelle Vielfalt Wiesbadens anhand des kulinarischen Spektrums der Stadt aufzeigen sollte.

Dieser Einladung sind 25 Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger aus 17 verschiedenen Ländern gefolgt. Sie haben gemeinsam mit dem Wiesbadener Stadtmuseum und MigraMundi e. V. die kulinarische Entwicklung Wiesbadens, mit seiner durch Zuwanderung geprägten Vielfalt beleuchtet.

Beim Wiesbadener Gespräch zur Integration 2014 haben die Akteure einen Einblick in den Projektprozess gegeben, der bereits die mediale Aufmerksamkeit des Hessischen Rundfunks erfahren hat. Im Frühjahr 2015 wird diese Arbeit in einer Ausstellung münden, welche die kulinarische Migrationsgeschichte der zurückliegenden 100 Jahre Wiesbadens im Schaufenster Stadtmuseum widerspiegelt.

